Morgenausgabe

Nr. 535 / A 269 — 46. Jahrgang

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,80 M. im voraus zahlbar. Postbezug 3,22 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund". Ferner „Unterhaltung und Wissen", „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Donnerstag 14. November 1929

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenkasse Lindenstr. 3.

22. Dezember Volksentscheid.

Vorbereitungen des Reichsinnenministeriums.

Amtlich wird mitgeteilt: Für den voraussichtlich durchzuführenden Volksentscheid ist der 22. Dezember in Aussicht genommen worden. Gegen die Wahl dieses Datums sind in der Oeffentlichkeit verschiedentlich Einwendungen erhoben worden, zu denen folgendes zu bemerken ist:

Entsprechend dem Ergebnis der Fraktionsführerbesprechung beim Reichskanzler am 6. November sollte der Volksentscheid noch vor Weihnachten stattfinden. Für die Abhaltung der Volksabstimmung noch vor Weihnachten waren zwingende außenpolitische Gründe maßgebend. Ueberdies hat auch der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei, der Abg. Graf v. Westarp, den Wunsch geäußert, daß die Volksabstimmung noch vor Weihnachten vorgenommen werde.

Nun wird das endgültige Ergebnis des Eintragungsverfahrens frühestens am 23. November feststehen. In den darauf folgenden Tagen muß sich der Reichstag mit dem Gesetzentwurf beschäftigen. Da auch die Frist für die Auslegung der Stimmkarteien gewahrt und über etwaige Einsprüche gegen deren Richtigkeit entschieden werden muß, kann ein früherer Termin als der 22. Dezember für die Volksabstimmung nicht in Frage kommen.

Der Reichsminister des Innern hat sich heute wegen Einleitung der vorbereitenden Maßnahmen zur Durchführung des Volksentscheides am 22. Dezember in einem

Rundschreiben an die Landesregierungen

gewandt. In diesem Rundschreiben wird folgendes angeführt:

Der Einzelhandelsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages hat in seiner Sitzung vom 12. November sich dahin ausgesprochen, daß, wenn eine Verlegung des Volksentscheids auf einen anderen Sonntag als die beiden letzten Sonntage vor Weihnachten nicht möglich sei, folgende Maßnahmen der zuständigen Regierungsstellen getroffen werden möchten:

a) Der Abstimmungssonntag solle auf jeden Fall für den Verkauf frei bleiben, d. h. es soll die Offenhaltung der Verkaufsläden in dem bereits zugestandenen Umfange bestehen bleiben.

b) Es solle außer den bereits zur Offenhaltung freigegebenen Sonntagen ein weiterer Sonntag im Dezember freigegeben werden als Ersatz dafür, daß am Abstimmungssonntag mit Rücksicht auf die Abstimmung das Verkaufsgeschäft voraussichtlich Einschränkungen erleiden wird.

Der Reichsminister des Innern hat hiervon den Landesregierungen Kenntnis gegeben mit dem Beifügen, daß er gegen die Wünsche des Einzelhandelsausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages keine Bedenken habe. Was Punkt b anlange, so stelle er zur Erwägung anheim, ob ihm dadurch Rechnung getragen werden soll, daß für die Orte, wo übungsgemäß nur die beiden letzten Sonntage vor Weihnachten für den Weihnachtsverkauf freigegeben werden, auch noch der 8. Dezember freigegeben wird.

Reichsbahn und DAZ.

Jährlich 300 000 Mark Subvention. — Ein Presseskandal.

Das „Berliner Tageblatt" teilt mit:

„Wie wir hören, wendet die Reichsbahn seit längerer Zeit, und zwar seit etwa Frühjahr 1927, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" größere Summen zu. Wie wir weiter erfahren, handelt es sich hierbei um einen Betrag von monatlich 25 000 M., also jährlich 300 000 M.

Man hat dafür die Form gewählt, daß man 5000 Exemplare der Zeitung zu 5 M. monatlich abonniert. Selbstverständlich werden die nicht an die Reichsbahn geliefert, die ja dafür auch gar keine Verwendung haben würde. Geliefert werden der Reichsbahn etwa 200 Stück, während die übrigen zu beliebiger Verwendung, insbesondere zur Verteilung in großen Hotels, dem Verlage verbleiben."

Die Reichsbahn gibt zu.

Die Reichsbahn verbreitet zu der Enthüllung des „B. T." die folgende faule Ausrede:

„Schon seit langen Jahren, zurückreichend in die Kriegszeit, bestehen Beziehungen zwischen der Eisenbahnverwaltung und der früheren „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", die damals amtlichen Charakter trug, jetzt der „Deutschen Allgemeinen Zeitung". Dies ist darauf zurückzuführen, daß die „DAZ." als einzige große Tageszeitung in ausgeprägter Form in ihren verschiedenen Beilagen technische und Verkehrsfragen besonders ergiebig behandelt, was auch in einer eigenen technischen Schriftleitung zum Ausdruck kommt. Die Reichsbahn als größtes technisches Verkehrsunternehmen, hat an diesen Beilagen Interesse, weil sie in weiten Kreisen aufklärend über Eisenbahnfragen sowie Fortschritte der Eisenbahntechnik und außerdem verkehrswerbend für Deutschland wirken.

Es ist richtig, daß zur weiten Verbreitung dieser Beilagen eine größere Zahl von Exemplaren von der Reichsbahn abonniert wird, die zur Verkehrswerbung für Deutschland im Inland und Ausland zur Verteilung gebracht werden. Dem Gedanken, daß die Reichsbahn der „DAZ." allein ihr Interesse zuwende, widerspricht die Tatsache, daß alle deutschen Tageszeitungen von ihren über das ganze Reich verzweigten Stellen in großer Zahl bezogen werden. Außerdem erwägt die Reichsbahn, auch andere Zeitschriften und Zeitungen, die solche Beilagen, wie sie die „DAZ." besitzt, an diesen Aufgaben zu interessieren, um damit die Arbeit der „Reichsbahnzentrale für den deutschen Reiseverkehr" auf technischem Gebiet zu ergänzen."

*

Die Tatsache der Subventionierung ist also zugestanden. Die Begründung ist eine oberfaule Ausrede. Die „DAZ." vertritt systematisch eine Bürgerblockpolitik, ganz im Sinne jener großindustriellen Kreise, die die Reichsbahn beherrschen. Hier liegt der wahre Grund des Interesses der Reichsbahn an dieser Zeitung. Wenn die Herren Siemens und Co. sich eine Zeitung kaufen wollen, sollten sie gefälligst nicht das Geld der Reichsbahn verwenden.

Die „DAZ." hat mit großem Eifer alle Tariferhöhungspläne der Reichsbahn vertreten. Sie hat seinerzeit Stimmung für Herrn Luther gemacht, so beflissen, daß jeder nach den Hintergründen der Beflissenheit gefragt hat. Man weiß jetzt, daß der Eifer einen finanziellen Hintergrund hat.

Die in der Reichsbahnverwaltung tonangebende Großindustrie hat also eine Zeitung gehalten, die unter scheinbar unabhängiger Flagge zur Vertretung der Verwaltungsinteressen verpflichtet war.

Die „DAZ." gehört zu den Zeitungen, die von wirklichen Abonnenten am wenigsten gelesen wird — gerade diese Zeitung sieht die Reichsbahnverwaltung als repräsentatives Organ an.

Es ist bekannt, daß die „D. A. Z." mit faschistischen Gedankengängen liebäugelt. Sie steht in Opposition zur Reichsregierung. Sie bemüht sich gerade jetzt, für eine Sprengung der Regierungskoalition Stimmung zu machen — mit dem Geld der Reichsbahn.

Die „D. A. Z." ist von Hand zu Hand gegangen und hat sich nur als subventioniertes Organ behauptet. Ihre letzte Phase war, daß sie von „Handels- und Schiffahrtskreisen" gekauft wurde. Wer in Wahrheit diese Zeitung finanzierte und subventionierte, ist restlos niemals aufgeklärt worden, so daß unklar blieb, welchen Interessen das Blatt in Wahrheit dienstbar war. Es hat niemals der journalistischen Anstandspflicht des offenen Visiers entsprochen. Nach der öffentlichen Aufklärung darüber, daß diese Zeitung jahrelang im Geheimen von der Reichsbahn subventioniert wurde, und daß Redaktion wie Geldgeber diese Beziehung jahrelang verheimlicht haben, wird niemand mehr der Stimme dieses Blattes Wertschätzung beimessen.

Dagegen erhebt sich die Forderung, daß weiter aufgeklärt wird. Wem gehört die „D. A. Z." noch?

Für das rote Berlin!

Morgen und in den nächsten Tagen veranstaltet die Sozialdemokratische Partei zahlreiche Wahlkundgebungen

Nähere Angaben im lokalen Teil

Sorgt für Massenbesuch! Werbt für unsere Partei!

Rüstet zur Wahl!

Der Sozialdemokratie gehört der Sieg!

Von Franz Künstler.

Am Sonntag fällen die Wählerinnen und Wähler Berlins die Entscheidung über die künftigen Geschicke der Reichshauptstadt der Republik. Wie in den Zeiten des Reichslügenverbandes des Generals von Liebert führen die politischen Gegner in der unanständigsten Weise den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Lüge und Verleumdung sind die Waffen der Rechtsradikalen und Kommunisten. Die Gegner schätzen aber die Berliner Bevölkerung sehr gering ein, wenn sie glauben, daß sie mit ihrem wahldemagogischen Treiben die starke Position der Berliner Sozialdemokratie erschüttern könnten.

Auch unter politischen Gegnern sollte bei aller sachlichen Schärfe nicht ein Kampfboden betreten werden, der wohl den Demagogen weiten Spielraum läßt, der aber ungeeignet ist, wirtschaftliche und politische Probleme sachlich zu entscheiden. Auch unter politischen Gegnern muß der Anstand gewahrt bleiben! Die Sozialdemokratie hat im Berliner Kommunalwahlkampf diese Richtlinie eingehalten. Sie hat in Reden und Propagandaschriften den Wählern in ganz objektiver Weise aufgezeigt, was in Berlin auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltung durch die Sozialdemokratie erreicht worden ist. Diese Rechnungslegung der Sozialdemokratischen Partei über die positiven Leistungen ihrer Vertrauensmänner im Stadtparlament wird die Wählermassen viel eher befriedigt haben, als die blöde Schimpferei und üble Sensationsmache der gegnerischen Parteien.

Was allein auf dem Gebiete des Berliner Verkehrswesens, der Jugendwohlfahrt und Fürsorge geschaffen worden ist, überragt bei weitem das Werk anderer Städte. Auch die großen Städte der Länder, die aus dem Weltkrieg als Sieger hervorgingen, wie London und Paris, haben nicht das geleistet, was Berlin in der Nachkriegszeit für die Bevölkerung getan hat.

Die viel umstrittene Wohnungspolitik der Stadt Berlin erscheint in einem viel günstigeren Licht, wenn man die Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Wohnungsnot in Berlin erforscht. Sind doch seit dem Bestehen der neuen Stadtgemeinde Berlin in den Jahren 1920/28 weit über 400 000 Personen nach der Reichshauptstadt zugezogen. Allein im Jahre 1925 betrug die Zahl der aus der Provinz Zugezogenen rund 104 000. Diese Hunderttausende haben das Elend unter den Erwerbslosen und Wohnungsuchenden um ein Vielfaches vermehrt. Somit stand die Berliner Stadtverwaltung vor der schwierigen Aufgabe, eine Wohnungspolitik treiben zu müssen, die bei weitem nicht das Wohnungselend lindern konnte, da die Zahl der Neubauwohnungen stets überboten wurde allein durch die große Zahl der von außen Zugezogenen. Die Bautätigkeit wurde dadurch wesentlich beeinträchtigt, daß die bürgerlichen Parteien im Landtag und Reichstag stets verhindert haben, daß Berlin von seinem Gesamtsteueraufkommen auch nur annähernd das erhielt, was es unbedingt braucht, um dem Wohnungselend ein Ende zu machen. Von der im Jahre 1928 in Berlin aufgebrachten Kraftfahrzeugsteuer von 20 Millionen Mark erhielt die Stadt genau 2 300 00 Mark. In den Jahren 1924/29 sind in Berlin aufgekommen an Hauszinssteuer eine Forderungen über Forderungen und verweigerten die Einnahmen, die erst eine Ausgabe überhaupt ermöglichen. Darum ist es auch zu verstehen, daß sie in Ermangelung positiver Leistungen für die arbeitende Bevölkerung sich im Wahlkampf auf ein Gebiet begeben, auf dem sie ihre ganze Niedertracht gegen die Sozialdemokraten ausspielen.

Diese Tatsachen sind auch den politischen Gegnern bekannt, und trotzdem werden sie von ihnen nicht sachlich gewürdigt. Die Kommunisten haben nicht das Recht, an der kommunalpolitischen Arbeit unserer Genossen auch nur die geringste Kritik zu üben. Sie waren es, die sich stets weigerten, in sachlicher Arbeit mit den Sozialdemokraten den Haushaltsplan der Stadt zu verabschieden. Sie stellten Forderungen und verweigerten die Einnahmen, die erst eine Ausgabe überhaupt ermöglichen. Darum ist es auch zu verstehen, daß sie in Ermangelung positiver Leistungen für die arbeitende Bevölkerung sich im Wahlkampf auf ein Gebiet begeben, auf dem sie ihre ganze Niedertracht gegen die Sozialdemokraten ausspielen.

Die Tätigkeit der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion in den letzten vier Jahren ist selbst von der Kommunistischen Partei nicht anerkannt worden. Von den bisher 43 Stadtverordneten hat die KPD. nur acht an aussichtsreiche Stellen auf ihre Listen gesetzt. Damit hat diese Partei das Urteil gefällt, daß von den 43 kommunistischen Stadtverordneten 35 unbrauchbar waren. Und das, obwohl in der „Roten Fahne" immer und immer wieder behauptet worden ist, die Kommunisten wären die einzigen und wirklichen Arbeitervertreter im Stadtparlament. Eine Partei, die eine solche „Generalsäuberung" vornehmen muß, wird bei den Arbeitern Berlins nicht den

Glauben finden, daß sie auch für die bevorstehende Wahl nur die geeigneten Männer präsentiert.

Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende in der Berliner Verkehrsgesellschaft, der Kommunist Deter, ist nicht wieder aufgestellt worden, obwohl die KPD. diesen Mann monatelang als einen „Märtyrer" sozialdemokratischer Personalpolitik hingestellt hat. Auch die Stadtverordneten Repschläger und Zager, die noch vor einigen Tagen eine führende Rolle in der Berliner kommunistischen Ortsverwaltung des Zimmererverbandes spielten, sind nicht wieder bei der Aufstellung berücksichtigt worden. Die Kommunistische Partei, die durch Repschläger die Verwaltung des Berliner Zimmererverbandes zu einer Moskauer Filiale gestaltete, hat auch diesem Mann durch seine Nichtberücksichtigung bei der Aufstellung bescheinigt, daß er für die KPD. dienstuntauglich ist.

Die Wählerinnen und Wähler haben seit mehr als zehn Jahren das Treiben der Kommunistischen Partei beobachtet und werden trotz des hysterischen Geschreies sich nicht bestimmen lassen, einer Partei zu Wahlerfolgen zu verhelfen, die sich in der Praxis stets als die Avantgarde der Reaktion betätigte. Wie oft haben die Kommunisten schon die Pleite der Sozialdemokratie prophezeit! Trotz alledem ist unsere Partei organisatorisch gewachsen, während die Kommunistische Partei organisatorisch immer mehr zurückging.

Auch am 17. November wird die arbeitende Bevölkerung Berlins in ihrer Mehrheit abermals den Beweis erbringen, daß sie treu zur Sozialdemokratie steht. Die ekelhafte und niederträchtige Propaganda der Kommunisten hat stets dazu geführt, daß die sozialdemokratischen Massen sich enger zusammenschließen und im Abwehrkampf gegen gewissenlose Demagogen sich zu behaupten verstehen. Die Sozialdemokratie wird, gestützt auf das Vertrauen der Arbeitermassen Berlins, dafür Sorge tragen, daß mit dem 17. November der Einfluß der Arbeiterschaft im Stadtparlament gestärkt wird.

„Studenten."

Der Hauptheter wegen Faulheit nicht wieder immatrikuliert

Die Disziplinaruntersuchung gegen die Rädelsführer des Hakenkreuzradaus vor der Universität ist im Gange. Inzwischen erfährt man eine interessante Einzelheit über den „Studenten" Hoppe, der der Führer der Demonstration war. Dieser Hoppe war Student, er ist es nicht mehr. Er hat seine Wiedereintragung als Student beantragt, der Antrag aber ist abgelehnt worden — wegen mangelnden Fleißes.

Das ist bezeichnend für die Hakenkreuzflegel. Sie suchen ernstes Bemühen um das Studium, Fleiß und Kenntnisse zu ersetzen durch Radau. Wie einfach ist es, sich um den Nachweis der Kenntnisse zu drücken, wenn man sich wegen „nationaler" Rüpeleien disziplinieren läßt! Lieber „nationaler" Märtyrer als durchgefallener Kandidat!

Hugenbergs Ketzergericht.

Der Graf zu Dohna wird rausgeschmissen.

Es ist nicht ganz einfach für Deutschnationale, gegen Herrn Hugenberg zu rebellieren. Der Landesverband Ostpreußen der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht in der „Ostpreußischen Zeitung" folgende Erklärung:

„In der Sitzung vom 9. November 1929 hat sich der Geschäftsführende Vorstand des Landesverbandes Ostpreußen mit dem von seinem Mitgliede, Herrn Grafen zu Dohna-Brunau in der „Berliner Börsenzeitung" Nr. 515 veröffentlichten Aufsatz „Zu neuen Ufern" beschäftigt. Der Geschäftsführende Vorstand hält in voller Uebereinstimmung eine Verletzung der Parteizucht und eine Schädigung des Ansehens der Partei für vorliegend. Dieser Auffassung ist der erweiterte Vorstand des Landesverbandes beigetreten, so daß die in der Satzung hierfür vorgesehenen Maßnahmen eingeleitet worden sind und bis zur Durchführung des Verfahrens die Parteiämter des Herrn Grafen zu Dohna ruhen."

Hugenberg hält den deutschnationalen Organisationsapparat, den er mit seinem Geld vor dem Bankerott gerettet hat, fest in der Hand. Die Rebellen werden gemaßregelt — und wenn auch der letzte Wähler davonläuft!

Wilhelm klagt.

Er fühlt sich von der „Morgenpost" beleidigt.

Die „Morgenpost" hat die Behauptung aufgestellt, daß Wilhelm von Doorn sich vor dem Kriege so sehr als Geschäftsteilhaber Krupps gefühlt habe, daß er die ausschließliche Belieferung der Armee mit Krupp-Geschützen durchgesetzt habe, obwohl diese Geschütze gegenüber anderen (Ehrhardt) minderwertig waren.

Wilhelm von Doorn hat eine Beleidigungsklage gegen die „Morgenpost" eingeleitet und hat an den Generalstaatsanwalt das Ersuchen stellen lassen, Offizialklage zu erheben. Er bemüht sich — wie die B.S.-Korrespondenz mitteilt — militärische Dienststellen der Reichswehr in den Prozeß hineinzuziehen.

Neue Koalition in Baden.

Sozialdemokratie und Zentrum.

Karlsruhe, 13. November.

Die Zentrumsfraktion des Badischen Landtages veröffentlicht ein Kommuniqué, in dem unter Hinweis auf die zwischen den Demokraten und der Deutschen Volkspartei erzielten Einigung mitgeteilt wird, daß die beiden vereinigten Parteien das Unterrichtsministerium für sich beanspruchten und es abgelehnt hätten, ein anderes Ministerium zu übernehmen.

Nachdem, so heißt es in dem Kommuniqué weiter, die Deutsche Volkspartei erklärt habe, daß sie unter anderen Bedingungen auch in eine rechtsgerichtete Regierung nicht einzutreten gewillt sei, sei den beiden großen Parteien (Zentrum und Sozialdemokratie) keine andere Möglichkeit geblieben, als allein die Regierung zu übernehmen. Die beiden Parteien verfügen über 52 von 88 Mandaten.

1200 Japaner sind in Rio de Janeiro eingetroffen; sie werden sich in Brasilien ansiedeln.

In Sofia wurden zahlreiche mazedonische Komitatschis verhaftet; sie werden in der Provinz interniert werden. Ihre Verhaftung erfolgte offenbar wegen der blutrünstigen Drohungen der Mazedonierverbände.

Separatismus in Holstein?

Die Auswüchse der „Landvolk"bewegung.

Flensburg, 13. November.

Das deutsch geschriebene Dänenblatt „Der Schleswiger" in Flensburg brachte in seiner Dienstagausgabe eine Meldung, wonach man sich in schleswig-holsteinischen Kreisen mit dem Plane beschäftige, durch eine Volksabstimmung die Provinz Schleswig-Holstein aus dem preußischen Staatsverband loszulösen und zu einem selbständigen deutschen Freistaat zu machen. In Schleswig-Holstein solle eine Art norddeutsches Bayern entstehen, das den Rechtsradikalen als Operationsbasis gegen die Republik dienen könne.

*

Gegenüber Versuchen, diese Meldung als eine Sensationsmache abzutun, stellen wir fest, daß so unsinnige und noch weitergehende Projekte tatsächlich von den Drahtziehern des „Landvolk" betrieben worden sind. Am 13. September schrieb Ernst von Salomon in der von H. G. Techow redigierten Wochenschrift „Die Kommenden" einen Aufsatz an das „Landvolk", in dem sich folgender Absatz befindet:

„Das Landvolk muß sich darüber klar sein, in welche Richtung seine gesammelte Stoßkraft angesetzt werden muß. Selfgovernment! Und zwar nicht in der Form einer Partei oder eines wirtschaftlichen Zweckverbandes, sondern in der Form eines, zentralistisch oder föderativ, selbstverwalteten Gebildes eines Staates im Staate der durch Gesandte und Botschafter mit anderen ähnlich geformten berufsständigen Verwaltungen verkehrt. Der Weg zu diesem Ziele wäre dann ähnlich, wie ihn auch Ghandi durchzusetzen sucht; durch passiven Widerstand, durch einen wütenden Kleinkrieg zu einer allmählich immer lockeren Bindung an das Reich in seiner jetzigen Gestalt zu gelangen, um dann im entscheidenden Augenblick den Gegner vor die Tatsache einer festgelegten Selbständigkeit zu stellen."

Hier sind die separatistischen Pläne der Putschisten und Bombenwerfer offen ausgesprochen. In der Praxis würden sich natürlich für so verbrecherischen Unsinn keine drei Dutzend Leute finden.

Tscheka über Rote Armee.

Die Unzufriedenheit soll unterdrückt werden.

Der vom Orlow-Pawlunowski-Prozeß sattsam bekannte Leiter der Außenabteilung der GPU., Trilisser, ist vor wenigen Tagen seines Postens enthoben worden. Im Kampfe der leitenden Persönlichkeiten der GPU. untereinander, ist er Jagoda unterlegen; die Flucht Bessedowskis aus der Pariser Sowjetgesandtschaft und manche andere Mißstände in den ausländischen GPU.-Abteilungen haben ihn zu Fall gebracht. Für einen so tüchtigen Tschekisten wie Trilisser, gibt es aber in Sowjetrußland genug Arbeit; so ist er zum Leiter der Personalabteilung der Roten Armee bestimmt worden. Diese Ernennung hat symptomatische Bedeutung. In der roten Armee gärt es: die innerpolitischen Kämpfe, die Unzufriedenheit der Bauern, die allgemeine Lebensmittelnot spiegeln sich in der Mißstimmung innerhalb der roten Armee wider.

Die Pariser Zeitung des bekannten Demokraten Miljukow, „Die letzten Neuigkeiten", bringt eine Reihe interessanter Zitate aus der russischen Militärzeitschrift „Der rote Stern". Da liest man z. B. in der Nummer vom 5. Juli d. J. die Erklärung eines Flottenkommandeurs, der der Ansicht ist, man müsse bei den Rechtsstehenden (er meint die rechte Opposition) alles für den Aufbau nützliche für sich nehmen; nicht alles sei bei ihnen schlecht, es seien alte Mitglieder der Partei. Solche Funktionäre sollte man schonen. Ein anderes Parteimitglied, ein Kommandeur aus dem Wolgagebiet meint, wenn Brot fehle, so trage man selbst die Schuld daran; man müsse eben die Brotpreise erhöhen. . . . Und ein kommunistischer roter Divisionskommandeur äußert sich dahin, daß es überhaupt keine „Kulaks" gäbe. Man müsse nur warten, bis die Agrarentwicklung ihren Höhepunkt erreicht habe, dann würden die Bauern schon von selbst zur Kollektivwirtschaft übergehen.

Die Nummer des „Roten Sterns" vom 6. Oktober gibt die Aeußerung eines Parteimitgliedes und Divisionskommandeurs aus Jekaterinenburg (Ural) wieder, der eben erst von seinem Urlaub aus dem heimatlichen Dorf zurückgekehrt ist. Er sagt klipp und klar:

„Wenn wir die Bauern auch weiter so bedrücken, wie wir es bis jetzt tun, so geht der wirtschaftliche Fünf-Jahrplan flöten.

Kollektivwirtschaften werden erst möglich sein, wenn wir genug landwirtschaftliche Maschinen haben. Mit Gewalt läßt er sich nicht machen. Die Kluft zwischen Stadt und Dorf ist im Augenblick größer, als im Jahre 1925." Und der politische Leiter eines der Regimenter hat an das Bureau der Parteizelle eine Eingabe gemacht, in der er erklärt, daß er im Interesse der proletarischen Revolution für die umgehende Aenderung einer Politik kämpfen werde, die zum Niedergang der Landwirtschaft, somit auch Verhinderung des sozialistischen Aufbaus führt.

Schärfer als die roten Kommandeure reden aber die roten Soldaten. So sagt z. B. einer („Der rote Stern" vom 1. März):

„Die Sowjetregierung plündert die Bauern mit ihrer Besteuerung";

ein anderer meint, dieses Plündern werde nur dazu führen, daß die Bauern im Falle eines Krieges die Sowjets nicht verteidigen. („Die rote Armee" vom 31. August.) Dasselbe Blatt führt Klage, daß der Klassenfeind innerhalb der Armee eine schamlose Agitation gegen die Sowjetregierung treibe. So hätten z. B. ganze Gruppen von Rotarmisten ihre Freude über die Mißerfolge der Sowjetpolitik in China zum Ausdruck gebracht. „Forsche Kerle, die Chinesen," sagen sie, „so ist es richtig; die Bolschewiken sagen immerzu: Imperialismus, Imperialismus — und haben selbst eine fremde Eisenbahn an sich reißen wollen." Und der Rotarmist Jakimenko meinte gar:

„Meinem Vater haben sie das letzte Getreide fortgenommen, kommt es zum Kriege, so laufe ich als erster davon."

Der „Rote Stern" vom 1. November bringt einen Auszug aus dem Tagebuch des früheren politischen Leiters eines Infanterieregiments, des Kommunisten Federow, den seine Arbeit im Dorfe in schwierige innere Konflikte gestürzt hat: „Ich wollte durchaus nicht fahren", schreibt er, „ich konnte aber nicht nein sagen, es ist nicht schön, zu predigen, was Deinem Innern widerspricht. Es ist schwer für die Kollektivwirtschaft zu agitieren, während der Bauer das ganze Jahr über halb hungrig da sitzt.

Es ist schwer, das schnelle Wachstum der Volkswirtschaft zu rühmen, wenn in Wirklichkeit nichts davon zu merken ist. Wie soll man vor den Leuten behaupten, daß die Lage der Arbeitenden sich von Jahr zu Jahr bessere, wenn sie sich in Wirklichkeit von Tag zu Tag verschlechtert.

Nun haben wir es gar erreicht, daß wir nur dreihundert Gramm Brot und hundert Gramm Fleisch pro Tag erhalten, Butter und Gemüse sehen wir überhaupt nicht mehr. Alles nur Redensarten!" Natürlich verlangt der „Rote Stern" Bestrafung der Offenherzigen.

Durch diese Vorkommnisse ernstlich beunruhigt, hat die Sowjetregierung angesichts der bevorstehenden Aushebung eine Verfügung erlassen, die eine größere Durchdringung der Armee mit Arbeiterelementen bestimmt, die Nichtaufnahme junger Leute, die sich in ihrem heimatlichen Dörfern unliebsam bemerkbar gemacht haben, und die Auswahl der Rekruten nach dem Klassenprinzip statt durch Losung anordnet.

Man wußte nur zu gut, weshalb man den Tschekisten Trilisser zum Chef der Personalabteilung machte. Die GPU. wird auch in der roten Armee Trumpf.

Neue Tscheka'leitung.

Denkmal für Dserschinski.

Moskau, 13. November. (Ost-Expreß.)

Nach dem Rücktritt Trilissers vom Posten des stellvertretenden Chefs der Politischen Polizei (GPU.) ist folgendes Kollegium bestätigt worden: Chef der GPU. bleibt Menschinski, erster Gehilfe Jagoda, zweiter Stellvertreter Messing weitere Mitglieder Jewdokimow, Boltz, Balitzki, Rebeks, Prokofjew und Blagonrawow. Balitzki war jahrelang Leiter der Charkower GPU.

Ein Denkmal für Dserschinski, den verstorbenen ersten Chef der Tscheka, soll in Kursinsk errichtet werden. Bei der Grundsteinlegung war der neuernannte Volksbildungskommissar Bubnow anwesend, der bisher an der Spitze der Roten-Armee-Polizei stand.

Die Reparationsbank perfekt.

Die Verhandlungen in Baden-Baden sind abgeschlossen

Nach sechswöchiger Tagung hat am Mittwoch abend der Organisationsausschuß der Bank für Internationale Zahlungen seine Arbeiten abgeschlossen. Nach Erledigung der letzten Streitpunkte in den Treuhandverträgen konnte zur Unterzeichnung der hier ausgearbeiteten drei Schriftstücke, nämlich der Statuten, der Gründungurkunde und der Treuhandverträge geschritten werden. Die Unterzeichnung wurde vorbehaltlos und einstimmig von sämtlichen anwesenden Abordnungen vorgenommen. Nur die Unterschriften der abwesenden belgischen Vertreter fehlen. Die Schriftstücke werden jetzt dem Präsidenten der Haager Konferenz zugeleitet. Ein Bericht dazu ist nicht ausgearbeitet worden. Ueber die Person des kommenden Präsidenten des Weltbankdirektoriums in Baden-Baden sind keine Vereinbarungen getroffen. Die Statuten werden am Donnerstag veröffentlicht.

Das Sklarekgeld der Deutschnationalen

Bruhn klagt gegen den „Lokal-Anzeiger".

Herr Bruhn hält in der „Wahrheit" trotz der Berichtigungen des Herrn Laverrenz alle seine Behauptungen über den wiederholten Geldbezug des Deutschnationalen Landesverbandes Berlin von den Sklareks aufrecht. Er teilt mit, daß er den „Lokal-Anzeiger", der von „Verleumdungen" gesprochen hatte, verklagt habe, und daß er vor Gericht die Wahrheit seiner Behauptungen beweisen werde.

Im übrigen teilt er mit, daß die Schnorrerei bei den Sklareks eine Folge des Konkurses der „Nationalpost" des Herrn Laverrenz gewesen sei. Die Erinnerung an diese Affäre wird weder Herrn Laverrenz noch den Deutschnationalen angenehm sein.

Inflationsbegehren in Mecklenburg.

Einzeichnungen durch Hausiammlung anerkannt.

Schwerin, 13. November. (Eigenbericht.)

Der Abstimmungsausschuß für den Wahlkreis Mecklenburg-Lübeck beschloß am Mittwoch entgegen einem Antrag der Sozialdemokratischen Partei mit 4 gegen 2 Stimmen, auch die Einzeichnungslisten für das Inflationsbegehren anzuerkennen, die durch das Tragen von Haus zu Haus entstanden sind.

Nach dem endgültigen amtlichen Ergebnis haben sich in Mecklenburg-Lübeck 123 207 Personen eingezeichnet. Davon entfallen auf Mecklenburg-Schwerin 101 002, auf Mecklenburg-Strelitz 17 430 und auf Lübeck 4775 Unterschriften.

Zur Haager Konferenz.

Die Reichsregierung wird auf der zweiten Haager Konferenz durch den Reichsaußenminister Dr. Curtius und den Reichsfinanzminister Dr. Hilferding vertreten werden.

Englands neue Botschafter. Der frühere Botschafter in Berlin und Staatssekretär des Außenministers Chamberlain, Lindsay, geht als englischer Botschafter nach Washington und der frühere britische Gesandte in Mexiko, Ower, übernimmt die Vertretung Englands in Moskau.

Bürgerliche Sauberkeit.

Der Bruder des Oberbürgermeisters als Monopolanwalt

Köln, 13. November. (Eigenbericht.)

Die „Rheinische Zeitung" veröffentlicht am Mittwoch einen interessanten Schriftwechsel, der bezeichnend für die Art ist, wie die bürgerlichen Parteien ihre Arbeit für die Allgemeinheit auffassen.

Der Vorsitzende der Kölner sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion forderte in einem Brief an den Oberbürgermeister darüber Aufklärung, wieviel städtische Aufträge in den letzten Jahren an Stadtverordnete vergeben wurden.

In seinem Antwortschreiben lehnte Oberbürgermeister Adenauer dieses Ersuchen mit dem Hinweis auf den augenblicklichen Wahlkampf ab. Aus dem weiteren Schriftwechsel geht hervor, daß die städtischen Prozesse fast ausschließlich an zwei Rechtsanwälte übertragen wurden, die der Stadtverordnetenversammlung angehören, sowie einem dritten, und zwar dem Bruder des Oberbürgermeisters. Der letztere allein hat zusammen mit einem Sozius in fünf Vierteljahren über 100 000 Mark Honorare von der Stadt Köln erhalten. Da die Gebühren für die von der Stadt gewonnenen Prozesse von den Gegnern bezahlt werden, dürfte diese Rechtsanwaltsfirma mehr als das Doppelte der genannten Summe aus städtischen Prozessen bezogen haben. Das ist insofern bemerkenswert, als für die meisten Prozesse alle Schriftsätze von städtischen Beamten angefertigt wurden. Die Rechtsanwälte bezogen also ihre Riesenhonorare lediglich für Briefträgerdienste.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer hat es inzwischen abgelehnt, die geschäftlichen Verbindungen mit dieser Rechtsanwaltsfirma zu lösen. Er betrachtet sie als vollkommen in der Ordnung.

Feine Leute!

Der „nationale" Wahlkampf.

In den parteiamtlichen Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei schreibt der Landtagsabgeordnete Steuer einen Schimpfartikel gegen die Sozialdemokratie. Ueberschrift: „Keine Kandidaten aus der Kirche, eher schon Kandidaten aus dem Zuchthaus."

Schlagzeile aus dem Organ des Herrn Goebbels: „Verschwindet, ihr Bonzen! Fußtritte auf die fetten Bäuche!"

Durchkreuzte Demagogie.

Kampftag in der Kammer.

Paris, 13. November. (Eigenbericht.)

In der Kammer kam die Regierung Tardieu in eine recht heikle Situation. Der reaktionäre Abg. Marin stellte den Antrag, sämtliche französische Schulden aufzuwerten. Die kleinen Sparer, so erklärte er, die Mehrzahl der Renteninhaber, seien durch die Wertverminderung der Währung in große Not geraten. Es sei ein Unrecht, sie jetzt im Stich zu lassen, zumal man ihnen im Kriege den Dank des Vaterlandes feierlich versprochen habe. Finanzminister Chéron sprach entschieden gegen den Antrag, der das Budget aus dem Gleichgewicht und die Staatsfinanzen in heillose Unordnung zu bringen drohe.

Ministerpräsident Tardieu stellte die Vertrauensfrage. Mit deutlicher Anspielung darauf, daß Marin als Minister im Kabinett Poincaré die Stabilisierung des Franken mitgemacht habe, erklärte Tardieu, daß alle Welt wissen müsse, welche Verantwortung man mit dieser Stabilisierung auf sich genommen habe. Revalorisieren heiße die Folgen der Stabilisierung nachträglich ablehnen. Werte man jetzt generell auf, so schaffe man genau soviel Ungerechtigkeit, wie mit der Stabilisierung, da die Vorteile dieser Maßnahme doch nicht den Richtigen zufallen. Dagegen sei die Regierung bereit, ja, sie verpflichte sich feierlich, jedem in Not geratenen Rentner individuell zu helfen.

Marin ließ sich einschüchtern und zog seinen Antrag zurück. Sofort aber nahm ihn der sozialistische Abg Lafour wieder auf, damit eine klare Abstimmung erfolge und damit niemand die Möglichkeit habe, mit der Revalorisierung Demagogie zu treiben. In der Abstimmung wurde der Revalorisierungsantrag mit 317 gegen 237 Stimmen, also mit 60 Stimmen Mehrheit, abgelehnt.

In der Debatte über die Landwirtschaftspolitik verlangte Abg. Chastanet (Soz.) energische Maßnahmen gegen die Spekulationen in Getreide, Zucker und sonstigen lebenswichtigen Nahrungsmitteln.

Straßburger Opposition.

Straßburg, 13. November.

Im Gemeinderat hatte die republikanisch-demokratische Fraktion einen Protestantrag wegen der Nichtbeflaggung der städtischen Gebäude am Waffenstillstandstage eingebracht und die Anfrage gestellt, welche Gründe hierfür maßgebend gewesen seien. Der Autonomist Schall erhob die Gegenfrage, aus welchen Gründen der 11. November als Nationalfeiertag begangen werde. Der kommunistische Bürgermeister Hueber antwortete, daß der 11. November wohl ein gesetzlicher Feiertag sei, daß er ihn aber nicht feiere, weil die gegenwärtige Regierung nicht genügend Friedensbürgschaften biete.

Botschafter von Hoesch bei Tardieu.

Paris, 13 November.

Von amtlicher deutscher Seite in Paris wird mitgeteilt: Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte am Mittwoch abend eine einstündige Unterhaltung mit Ministerpräsident Tardieu, in der die deutsch-französischen Beziehungen behandelt wurden.

Wer schießt eine ganze Fraktion aus?

Wer denn sonst als die Kommunisten!

Im Pariser Gemeinderat ist jetzt kein einziger „echter" Kommunist mehr vorhanden. Von den bisherigen neun kommunistischen Stadtverordneten sind acht nacheinander aus der Partei ausgestoßen worden. Der neunte, der vorläufig noch als letzte hohe Säule figuriert, sitzt im Gefängnis und kann sich daher der Ketzerei nicht verdächtig machen. Es ist der ehemalige Abgeordnete Marty, der einstige Führer der aufständischen Matrosen von der „Schwarzen-Meer-Flotte", der wegen Aufruhrpropaganda eine neue längere Gefängnisstrafe abbüßt.

Bürgerliche Stadtkultur.

„Das Bürgertum, nicht die Sozialdemokratie hat unsere städtische Kultur geschaffen."
„Stimmt. Hier auf'm Hinterhof sieht man's deutlich."

Der belgische Parteitag.

Wichtige Beschlüsse in der Sprachen- und Schulfrage.

Brüssel, 13. November. (Eigenbericht.)

Die Beratungen und Beschlüsse des am vergangenen Sonntag abgeschlossenen Parteitages der belgischen Arbeiterpartei sind von beträchtlicher Bedeutung sowohl hinsichtlich der Klärung der Ansichten innerhalb der Partei als auch für die allgemeine politische Lage in Belgien. Wie das ganze politische Leben Belgiens, so ist auch die Tätigkeit der Arbeiterpartei wesentlich davon beherrscht, daß in Belgien

zwei fast gleich starke Bevölkerungsgruppen

mit zwei Sprachen nebeneinander leben und miteinander auskommen müssen. Das Verhältnis zwischen Wallonen und Flamen wirft außer der Sprachenfrage namentlich Religions- bzw. Kulturfragen und zum Teil sogar sozialpolitische und Steuerfragen auf, weil die religiöse und soziale Struktur der Bevölkerung in beiden Landesteilen wesentlich verschiedene Züge aufweist.

Im Augenblick, wo die Sprachenfrage, oder besser die Frage der vollständigen Flämisierung der — jetzt gemischten, früher rein französischen — Universität von Gent die bürgerliche Koalitionsregierung auseinanderzusprengen droht, ist die Arbeiterpartei über diesen Punkt zu einer vollständigen Einigung gelangt. Das kurz vor dem Kongreß von namhaften wallonischen und flämischen führenden Genossen ausgearbeitete „Kompromiß der Belgier" ist, mit den von diesen Führern auf dem Kongresse gemachten Kommentaren, einstimmig und mit großer Begeisterung angenommen worden. Es beruht auf dem Grundsatz der

vollen kulturellen Autonomie

der beiden Landesteile mit besonderen Bestimmungen für Brüssel und einige andere zweisprachige Orte. Die Frage des kulturellen Schutzes der sogenannten Minoritäten, das zu Schwierigkeiten hätte Anlaß geben können, ist ebenfalls zur Zufriedenheit beider Teile gelöst worden, indem solche Minderheitsrechte nur solchen Bürgern zuerkannt werden, deren Muttersprache tatsächlich nicht die der Mehrheit der Bevölkerung ist.

Schwierig ist auch die Lösung der Schulfrage. Hier handelt es sich vor allem darum, ob die von der katholischen Kirche unterhaltenen Schulen weiterhin öffentliche Subsidien erhalten sollen. Auch in dieser Frage gelangte der Parteitag zu einer Verständigung, indem er als Ziel die allmähliche Abschaffung der Subsidienpolitik proklamierte, ohne jedoch die Dinge überstürzen zu wollen. Er forderte gleichzeitig Maßnahmen zur Vermeidung von Mißbräuchen und zur wirksameren öffentlichen Kontrolle der katholischen Schulen. Eine nähere Ausarbeitung dieser Richtlinien, die nicht nur der Parlamentsfraktion, sondern vielen Hunderten von sozialistischen Gemeinde- und Provinzialvertretern im Lande zur Richtschnur dienen müssen, soll durch einen besonderen Kongreß erfolgen.

In bezug auf die Sozialversicherung verpflichtete der Parteitag die Parteileitung und Parlamentsfraktion, gegen jeden Verschleppungsversuch Front zu machen. Er fordert, daß die Frage, die die Regierung erst nach Erledigung der Sprachen- und Steuerfrage vornehmen will, mindestens im Senat sofort zur Behandlung kommt.

Innerpolitisch bedeuten die Beschlüsse eine wesentliche Verstärkung und

Anspannung der Oppositionsstellung

der Sozialistischen Partei. Die in der Sprachenfrage beschlossene Lösung ist für die Liberalen unannehmbar, während das Bekenntnis zum Grundsatz der gänzlichen Abschaffung der Subsidien an die katholischen Schulen ein Zusammengehen mit irgendwelchem Teile der katholischen Partei außerordentlich erschwert.

Aber ganz abgesehen davon, ist die Sozialistische Partei an sich fest entschlossen, bis zu den Neuwahlen in der Opposition zu verharren. Darin sieht sie zurzeit das beste Mittel, sich bei dem nächsten Appell an das Volk einen Erfolg zu sichern. Normalerweise müßten die Neuwahlen erst im Jahre 1932 stattfinden. Aber bei der trostlosen Verwirrung im Regierungslager ist es nicht unwahrscheinlich, daß man schon viel früher keinen anderen Ausweg mehr findet als den Appell an das Volk.

Regierungskrise unvermeidlich?

Brüssel, 13. November.

In der Umgebung des Ministerpräsidenten hält man die innerpolitische Lage insofern für kritisch, als die Beauftragten der Liberalen sich geweigert haben, irgendwelchen Plänen zur Regelung der Sprachenfrage ihre Zustimmung zu geben, in denen der flämischen Jugend nicht die Freiheit sichergestellt ist, gegebenenfalls auch eine französische Erziehung zu erhalten. Premierminister Jaspar hatte heute morgen eine Besprechung mit den Führern der Liberalen, Hymans und Janson, in der man sich um eine vermittelnde Lösung bemühte.

Man fürchtet jedoch, daß eine Ministerkrise unvermeidlich ist. Damit würden auch die von der Regierung ausgearbeiteten finanzpolitischen und sozialpolitischen Pläne hinfällig werden.

Der Eid der flämischen Aktivisten.

Brüssel, 13. November. (Eigenbericht.)

In der Kammer kam es am Dienstag bei der Vereidigung der Abgeordneten zu heftigen Zwischenfällen mit den flämisch-nationalistischen Abgeordneten, die jetzt eine kompakte Fraktion von 12 Mitgliedern zählen. Als der aus der Utrechter Dokumentenfälschungsaffäre bekannte Ward Hermans vereidigt werden sollte, sagte er anstatt der vollständigen Eidesformel nur die Worte: „Ich schwöre." Sofort erhob sich von allen Seiten ein aufgeregter Protest, und zwar so lange, bis Hermans sich dazu bequemte, die Worte zu sagen: „Ich schwöre, die Verfassung zu respektieren." Andere flämisch-nationalistische Abgeordnete machten den gleichen Versuch wie Hermans, ohne sich jedoch gegen den Widerstand der Kammermehrheit durchzusetzen.

Die Waffen der Heimwehr.

Anfragen im Tiroler Landtag.

Innsbruck, 13. November.

Im Tiroler Landtag wiesen die Sozialdemokraten heute in einer Anfrage darauf hin, daß am gestrigen Staatsfeiertag an dem Aufmarsch der Heimatwehr drei Kompagnien des Heimwehr-Sturmbataillons mit aufgepflanzten Bajonetten teilgenommen haben. Aus dieser Auslegung der Waffenfreiheit könnten die folgenschwersten Weiterungen erwachsen; denn das gleiche könnte dann keiner der politischen Parteien versagt werden. Der Landeshauptmann wurde gefragt, ob er dies erlaubt habe und ob er bereit sei, die sogenannte Waffenfreiheit in Tirol mit den geltenden Gesetzen der Republik in Einklang zu bringen.

Der Tiroler Bauernbund wies in einer Anfrage die Auffassung der Sozialdemokraten zurück, daß in Tirol eine Waffenfreiheit bestehe und ersuchte den Landeshauptmann um Aufklärung darüber, was in Tirol hinsichtlich Waffenträgens Rechtens sei. Ferner machte sie ihn darauf aufmerksam, daß das Tiroler Volk an seinem Recht nicht rütteln lassen werde.

Eine weitere Anfrage der Sozialdemokraten befaßt sich mit der Person des Stabschefs des Heimatschutzverbandes, des Majors Pabst, und betont, daß Pabst deutsche Offizierspension beziehe, also deutscher Staatsbürger sein müsse. Der Landeshauptmann wird ersucht, die Staatsbürgerschaft und die Zuständigkeit von Pabst zu klären.

Bei den Gemeindewahlen in Niederösterreich haben die Sozialdemokraten gegen 1924 durchschnittlich 10 Proz. gewonnen, das Drei- bis Vierfache des bürgerlichen Zuwachses. Der größte Teil des bürgerlichen Mandatgewinns fällt auf Landgemeinden mit vermehrter Mandatezahl und wo eine sozialdemokratische Liste — teils infolge Terrors — nicht aufgestellt war, also die Einheitsliste gleich als gewählt galt. Die Sozialdemokratie besitzt jetzt in 169 Gemeinden Niederösterreichs (ohne die größeren Städte) die Mehrheit. Das ist ein Gewinn von 30 Gemeindevorsteherämtern.

Australien und Sowjetunion. Australien hat die diplomatischen Beziehungen zu Rußland im Jahre 1927 gleichzeitig mit England abgebrochen. Die Verhandlungen zur Wiederaufnahme werden jetzt im Auftrag der australischen Regierung durch das Londoner Auswärtige Amt geführt.

Verhöhnung der Arbeitslosen.

Kommunistisches Agitationsmaterial für Sozialreaktionäre.

Der Ausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte sich in der vorigen Woche mit Anträgen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion auf Gewährung von Winterbeihilfen für alle Unterstützungsempfänger, einschließlich der Erwerbslosen, zu befassen. Einstimmig wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen, der den Magistrat ersucht, „die Mittel bereitzustellen für die Gewährung von Winterbeihilfen in Höhe der vorjährigen für alle Unterstützungsempfänger, einschließlich der Erwerbslosen".

Die Kommunisten hatten einen Antrag eingebracht, den sie aber zu begründen oder zu verteidigen unterließen. Diese Preisgabe des eigenen Antrages innerhalb des Ausschusses wird verständlich, wenn man den Inhalt des Antrages kennt.

Der Antrag verlangt u. a. die Erhöhung der Unterstützungssätze auf 90 Mark für die Einzelperson, 170 Mark für das Ehepaar, außerdem 35 Mark für Kinder bis zu 2 Jahren, 40 Mark bis zu 6 und 45 Mark bis zu 14 Jahren. Außer diesen Barunterstützungen sind durch die Stadt zu zahlen die Mieten, die Kohlen frei Haus, wöchentlich 5 Pfund Kartoffeln pro Person, Gas und elektrischen Strom gratis, warme Winterkleidung. Ein Erwerbsloser, Sozialrentner oder Unterstützungsempfänger der Wohlfahrtsfürsorge, der verheiratet ist und zwei Kinder hat, würde demnach außer freier Wohnung, Heizung, Kleidung, Kartoffeln und Licht monatlich eine Barunterstützung von durchschnittlich 250 Mark erhalten.

Dieser Antrag, den jeder Arbeiter und jeder Arbeitslose als eine Verhöhnung empfinden muß, denn er gibt den Märchen der bürgerlichen Presse neue Nahrung, wonach die Arbeitslosen und Sozialrentner herrlich und in Freuden leben, dieser Antrag würde der Stadt Berlin schätzungsweise jährlich über eine halbe Milliarde Mehrlasten verursachen. Vorausgesetzt natürlich, daß die Stadt nicht bankerott macht, vorausgesetzt auch, daß die Zahl der zu Unterstützenden nicht weiter ansteigt.

Daß die kommunistische Stadtverordnetenfraktion es unterlassen hat, diesen Antrag auch nur zu begründen, ist ohne weiteres erklärlich. Selbst unter kommunistischen Stadtverordneten wird man kaum einen Vertreter finden, der die Selbstverleugnung so weit treibt, um diesen aufgelegten Schwindel innerhalb einer Kommission von Sachberatern zu verteidigen.

Aber mit solchen Anträgen gehen die Kommunisten in den von ihnen arrangierten Arbeitslosenkundgebungen hausieren. Wenn von annähernd 200 000 Arbeitslosen — die Unterstützungsempfänger aus der Wohlfahrt und die Sozialrentner gar nicht gerechnet — bei einer öffentlichen Kundgebung, wo die KPD. alle ihre Anhänger konzentrierte, insgesamt kaum 700 Personen erschienen, so zeigt das am besten, wohin eine solche hemmungs- und gewissenlose Demagogie führt: zur allgemeinen Verachtung.

Wenn die Kommunistische Partei aber etwas für die Erwerbslosen tun will, dann soll sie doch einmal bei ihren Auftraggebern in Moskau den Antrag stellen, die russischen Arbeitslosen und Unterstützungsbedürftigen so zu unterstützen, wie dies in Deutschland geschieht. Das Los der Arbeitslosen ist gewiß zu beklagen. Mit solchen Anträgen aber verhöhnt man die Arbeitslosen und zeigt ausdrücklich, daß man praktisch für sie garnichts tun will.

Besuch bei den Zimmerern.

Ohnmacht der kommunistischen Spalter.

Da, wo noch vor 14 Tagen die Marionetten Moskaus saßen und den Kampf der KPD. gegen die freien Gewerkschaften inszenieren halfen, stehen jetzt Männer, die Gewerkschaftsarbeit leisten nach den Beschlüssen und Statuten ihres Verbandes. Ihre Arbeit ist nicht leicht. Es gilt ganz von vorn anzufangen und praktische Aufbauarbeit zu leisten. Das Gebäude, die Zahlstelle Berlin des Zimmererverbandes, haben die Repschläger, Schilf und Konsorten freilich nicht zerstören können. Die gelegten Minen sind noch in letzter Stunde durch einen energischen Zugriff unschädlich gemacht worden.

Wenn auch die neuen Leute vieles in Unordnung vorfanden, so haben sie doch schnell Ordnung geschaffen. Mit Unterstützung von Hilfskräften wurden rasch die Mitgliederlisten neu zusammengestellt und allen bisherigen Mitgliedern aufklärende Flugblätter und Rückantwortkarten zugestellt, um jedem, der gar nicht gewillt ist, dem Verband die Treue zu halten, sondern mit den Ausgeschlossenen gehen will, klare Stellungnahme zu ermöglichen.

Obwohl diese Karten erst anfangs dieser Woche verschickt wurden, ist ein beträchtlicher Teil davon bereits wieder in den Händen der Zahlstellenleitung, mit dem Treuebekenntnis zur alten Organisation. Viele scheuen nicht den Weg zum Engelufer und geben die Karten persönlich ab. An Arbeit fehlt es also der neuen Zahlstellenleitung nicht und an den Achtstundentag ist für die Angestellten vorläufig nicht zu denken.

Es herrscht ein reges Kommen und Gehen. Außer denen, die ihr Verbleiben in der Organisation registrieren lassen wollen, kommen andere, um ihre Unterstützungen abzuholen, kommen Baudelegierte, die sich ihre Informationen einholen. Wieder andere wollen Beiträge entrichten, Vollmachten erteilen zur Vertretung vor dem Arbeitsgericht, kurzum, das organisatorische Leben pulsiert stärker als je.

Während sich hier der neue Verwaltungsapparat störungslos einspielt, machen die davongejagte Zentralstellenleitung und die Gewerkschaftszentrale der KPD. krampfhafte Versuche, der neuen kommunistischen Lokalorganisation Repschlägers Leben einzublasen. Da wird von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD. an alle Ortsgruppen des Zimmererverbandes und des Baugewerksbundes ein Rundschreiben gesandt, in dem die Bewilligung der 25 000 Mark für den gegen die freien Gewerkschaften gerichteten Rohrlegerstreik als eine Tat dargestellt, die durchaus nicht aus dem gewerkschaftlichen Rahmen falle und Zeter und Mordio über die Absetzung der kommunistischen Leitung der Berliner Zimmerer geschrien. Im Stil der früheren Regimentsbefehle wird die Anweisung erteilt, sofort in allen Versammlungen gegen das Vorgehen des Zentralvorstandes Stellung zu nehmen. „Zu allen Versammlungen müßt ihr Referenten der Berliner Zimmerer anfordern. Die Reformisten, besonders die Gauleiter des Zimmererverbandes dürfen nicht zu Wort kommen. In allen Versammlungen müssen Sympathieerklärungen für die Berliner Zimmerer gefaßt werden."

Wie man nach der Taktik „Haltet den Dieb" den Ausschluß anderer Zahlstellen provozieren will, erhellt folgende Anweisung der Bezirksleitung der KPD.: „Auch wird Hamburg gegen diejenigen Zahlstellen vorgehen, die ihre reformistischen Vertreter hinauswerfen und ausgeschlossene Kameraden sprechen lassen. Eine Absetzung unserer Leitung muß mit der Fortführung der Verwaltungsgeschäfte durch die abgesetzte Leitung beantwortet werden." Schließlich wird noch auf eine zwecks besserer Zusammenarbeit mit der KPD. für Mitte Dezember anberaumte Bezirkskonferenz hingewiesen, zu der jede Ortsgruppe Delegierte entsenden soll.

Das Zentralkomitee der KPD. ist nicht ganz so offenherzig und setzt den Kommunisten in den Gewerkschaften ein anderes Futter vor. Es verweist in einem Rundschreiben an die Fraktionen der Industriegruppe Bau auf den „oppositionellen" Gewerkschaftskongreß, bei dessen Vorbereitung im Baugewerbe „die Vorgänge in der Berliner Zimmererorganisation stark ausgenutzt" und Demonstrationen vor den Verbandshäusern arrangiert werden müssen.

Alle diese „revolutionären" Mätzchen werden es nicht hindern, daß die Vernunft der Berliner Zimmerer über den Parolenunsinn der KPD. siegt und das Häuflein um den Lokalisten Repschläger genau so klein bleibt wie das um Niederkirchner. Während man im neuen Gewerkschaftsladen der KPD. aus Mangel an Beschäftigung den Mond anbellt, geht am Engelufer alles seinen Gang. In einigen Wochen wird auch dieser kommunistische Spuk vorüber sein.

Der „revolutionäre" Streikbrecher.

Er hat so seine Erfahrungen mit dem Streiken.

Im Juni d. J. streikten die Darmarbeiter in den Schlachthofbetrieben. Laut Beschluß des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter sollte von 7 Uhr morgens des 7. Juni die Arbeit in sämtlichen Betrieben, in denen Frischware verarbeitet wurde, ruhen.

Die Firma Sommerfeld hatte eine Filiale in der Landsberger Allee, in der auch ein gewisser Goldack, Mitglied der Kommunistischen Partei und ehemaliges Vorstandsmitglied des Fleischerverbandes, beschäftigt war. Als der Arbeiter B. erfuhr, daß in der Filiale seiner Firma in der Landsberger Allee noch gearbeitet wird, begab er sich dahin, nahm zuerst mit dem Meister Rücksprache und während der Frühstückspause auch mit den Arbeitern. Auf die Frage Goldacks, was nun zu machen sei, sagte B.: „Wenn du ein so stark politisch organisierter Kollege bist, brauchst du keine Aufklärung."

Goldack und eine Anzahl Arbeiter arbeiteten trotz Streikbeschluß weiter. Als später von der Streikleitung Radfahrer erschienen, versprach Goldack anzurufen, um sich zu erkundigen, ob der Betrieb auch unter den Streik falle — es wurde nämlich hier neben Frischware auch Salzware verarbeitet. Laut Beschluß der Streikleitung durfte aber nicht gearbeitet werden, falls selbst nur ein Stück Frischware verarbeitet würde. Goldack arbeitete ruhig weiter, ohne sich zu erkundigen. Gegen 5 Uhr erschien er aber in der Streikleitung und erfuhr, daß auch sein Betrieb sich dem Streik angeschlossen habe. Goldack versprach wieder, sich dem Beschluß zu fügen.

Am nächsten Morgen wurden vor dem Betrieb Sommerfeld Streikposten aufgestellt. Sie waren nicht lange da, als außer drei Frauen auch Goldack erschien. Jene beriefen sich auf Goldack; dieser, zur Rede gestellt, meinte er habe schon so seine Erfahrungen mit dem Streiken. Schließlich erklärte er, er würde nur im Betrieb Bescheid sagen. Zum Meister sagte er dann, er müsse sich der Gewalt fügen. In der Streikleitung hatte er sich später nicht mehr sehen und sich auch **nicht registrieren lassen.**

Das Verbandsorgan der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, die „Einigkeit", glossierte darauf in einer ihrer Nummern Goldacks Verhalten; sie nannte es Streikbruch, erwähnte das großsprecherische Wesen dieses „Gewerkschaftsführers" und seine Phraseologie als „revolutionärer Klassenkämpfer". Goldack fühlte sich beleidigt und strengte gegen den verantwortlichen Redakteur der „Einigkeit", Lankes, eine Klage an.

Vor Gericht erklärte Goldack, daß er durch die Notiz um seine Existenzmöglichkeit gekommen sei, da fast 99 Prozent der Darmarbeiter organisiert seien und er deshalb angesichts des in der „Einigkeit" gegen ihn erhobenen Vorwurfs des Streikbruches keine Arbeit finden könne. Wenn er trotz des Streikbeschlusses gearbeitet habe, so nur im Glauben, daß sein Betrieb, der in der Hauptsache Salzware verarbeitete, nicht unter den Beschluß falle. Außerdem habe er zum Stadttarif gearbeitet.

Der Beklagte und die Zeugen hielten ihm entgegen, daß die Erörterungen über den bevorstehenden Streik in 5—6 Versammlungen gepflogen worden seien und er ganz genau gewußt habe, daß in seinem Betrieb nur gearbeitet werden durfte, wenn keine Frischware hergestellt würde. Goldack habe sich eben an den Beschluß der „Arbeiterverräter" nicht kehren wollen. Deshalb könne nichts von dem zurückgenommen werden, was im Verbandsorgan von ihm gesagt worden sei.

Das Gericht wird das Urteil erst am kommenden Montag verkünden.

Mißbrauch mit Wohlfahrtsarbeitern

Ersatz für Massenstreiks.

Alle Anstrengungen der KPD., die Anweisungen von Moskau auf Auslösung außertariflicher Streiks sind gescheitert. Die Revolutionärsten der Revolutionären von Lorenz bis zur AEG. streiken. Aber nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen die Parolen der KPD.

So hat man die Wohlfahrtsarbeiter eingesetzt. Wohlfahrtsarbeiter sind Arbeitslose, die von der Stadt irgendwie beschäftigt werden, um ihnen einen zusätzlichen Verdienst zu verschaffen. **Durch maßlosen Terror ist es der KPD. auch gelungen, einige hundert Wohlfahrtsarbeiter in den Streik zu zwingen.** Darüber bringt nun die „Rote Fahne" täglich groß aufgemachte Schwindelberichte.

Gestern erzählte sie, daß die streikenden Wohlfahrtsarbeiter von Neukölln, als sie ihre Wohlfahrtsunterstützung vom Arbeitsamt abholen wollten, auf Anordnung des Vorsitzenden des Arbeitsamts Südost, unseres Genossen Zabel, von der Polizei mit Gummiknüppeln auseinander getrieben wurden.

Dazu schreibt uns Genosse Zabel, daß eine Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung durch das Arbeitsamt in Neukölln überhaupt nicht stattfindet. Daher können die streikenden Wohlfahrtsarbeiter auch nicht erschienen sein, um ihre Unterstützung zu fordern. Demzufolge ist auch die Polizei von Genossen Zabel nicht angefordert worden. Die ganze Geschichte ist vom ersten bis zum letzten Wort erlogen.

Dazu möchten wir noch bemerken, daß uns von Wohlfahrtsarbeitern Beschwerden kommen über den mangelnden Polizeischutz. Sie würden gewaltsam von dem kommunistischen Janhagel von der Arbeit vertrieben. Wenn sie sich weigern, die Arbeit aufzugeben, werden sie verprügelt. Wenn die Polizei schließlich eingreift, sind die Rowdys längst verschwunden.

Die Polizei kann nicht hinter jedem Arbeiter einen Schutzmann stellen. Ein kräftiger Selbstschutz, nötigenfalls unter Anrufung des Ueberfallkommandos, ist hier das beste Mittel.

Zum Einrahmen.

Christliche Stadtverordnetenkandidaten.

Der „Deutsche", das Organ der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht in seiner heutigen Nummer von allen Berliner Listen zu den Stadtverordnetenwahlen die zehn Spitzenkandidaten. Diejenigen Kandidaten, die den christlichen Gewerkschaften angehören, werden besonders kenntlich gemacht durch eine Einrahmung ihrer Namen.

Man findet also als fünften auf der Liste der Deutschnationalen den christlichen Gewerkschafter Springfeld. Man findet weiter unter den ersten zehn Kandidaten der Zentrumspartei zwei andere christliche Gewerkschafter. Soweit wäre alles in Ordnung. Es ist bekannt, daß unter den christlichen Gewerkschaftern nicht wenige der Partei Hugenbergs angehören.

Erstaunt ist man immerhin, unter den ersten zehn der sogenannten Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, d. h. also der ausgesprochenen Faschisten, gleichfalls eingerahmt den Namen des christlichen „Gewerkschafters" Wenzel zu finden. Man weiß ja, daß unter den christlichen Gewerkschaften allerlei unsichere Kantonisten sich befinden. Daß es aber ausgesprochene Faschisten und Feinde der Gewerkschaftsbewegung darunter gibt, und daß das Zentralorgan der christlichen Gewerkschaften solche Leute noch rühmend hervorhebt, das ist allerdings — zum Einrahmen.

Der englische Bergbaukonflikt.

Spaltung im Unternehmerlager.

London, 13. November. (Eigenbericht.)

Die Zechenbesitzer von Yorkshire haben am Mittwoch eine Entschließung gefaßt, in der sie sich zugunsten der halbstündigen Herabsetzung der Arbeitszeit im Bergbau, wie sie von der Regierung geplant wird, sowie für die Schaffung eines Verkaufssyndikats für den britischen Kohlenbergbau auf der Grundlage der Regierungsvorschläge aussprechen. Die Entschließung der Yorkshirer Zechenbesitzer betont überdies, daß die Regierung bei ihren Entwürfen für die zukünftige Bergbaugesetzgebung „nicht ohne die Unterstützung der Zechenbesitzer" bleiben dürfe.

Diese Entschließung steht im bewußten Gegensatz zu der Politik der zentralen Unternehmerorganisation des Bergbaues und dürfte das Vorspiel für eine Spaltung des Unternehmerverbandes bilden.

KPD.-Pleite bei Siemens.

Die KPD. hatte zum Sonntag eine Konzernversammlung nach den Wiclef-Sälen in Moabit einberufen. Als Referent war Fritz Heckert verschrieben. Man hatte viele tausend Handzettel vor den Betrieben verteilt. Die „Rote Fahne" brachte zweimal die Aufforderung, an dieser Versammlung teilzunehmen. Trotz dieser großen Werbetrommel, trotz der wüsten Agitation, brachte es die KPD.-Zelle nur auf ganze 99 Mann zu dieser Versammlung. Tagesordnung war Massenentlassung und Kurzarbeit.

Die Werbeversammlungen der Sozialdemokratie im Siemens-Konzern dagegen waren alle überfüllt.

Achtung, Anzerbermie! Heute, 18 Uhr, im Lokal Hofmann, Neue Bahnhof- Ecke Boxhagener Straße, wichtige Versammlung aller Parteigenossen. Sympathisierende sind eingeladen. Zahlreichen Besuch erwartet **Der Fraktionsvorstand.**

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Heute, Donnerstag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Frankfurter Allee:** Jugendheim Frankfurter Allee 307 (Walter-Rathenau-Zimmer). Probe für unsere Uraufführung. — **Landsberger Platz:** Jugendheim Große Frankfurter Str. 16, Zimmer 6. Spielabend und letzte Probe für den Wettstreitabend. — **Lichtenberg und Neu-Lichtenberg:** Jugendheim Hauff- Ecke Lessingstraße. Liederabend. — **Tempelhof:** Gruppenheim, Lyzeum Germaniastraße 4—6. Vortrag: „Die Arbeitslosenversicherung". — **Südosten:** Gruppenheim Reichenberger Str. 66 (Feuerwehrhaus). Vortrag: „Die Bedeutung der Kommunalwahlen". — **Gesundbrunnen:** Jugendheim Pole-Schule, Swinemünder Straße 2. Revolutionsgedenken. — **Köpenick:** Jugendheim Grünauer Str. 5. Wir lesen Humoresken. — **Schöneweide:** Jugendheim Oberschöneweide, Laufener Straße 2 (oberes hinteres Zimmer). Leseabend. — **Wedding:** Gruppenheim m. Städt. Jugendheim, Dehlstr. 10. Berliner Denkmäler im Lichtbild. — **Moabit:** Gruppenheim m. Städt. Jugendheim, Lehrter Str. 18—19. Vortrag: „Die Gewerkschaftsbewegung".

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Pankow-Niederschönhausen:** Jugendheim Görschstr. 14 (großes Zimmer). Vortrag: „Einfluß der deutschen Gesellschaft auf die Kunst". Referent: Walter Eschbach. — **Treptow:** Jugendheim der Schule Wildenbruchstr. 53. Vortrag: „Ein Tag auf der Expedition". Referent: Willi Derkow. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Hofgebäude, [illegible]). Vortrag: „Internationale Gewerkschaftsbewegung". Referent: Otto Lamm. — Gemeinschaftsabend im [illegible], Lichtenberg, Prinz-Albert-Straße. Beginn 20 Uhr.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen"

18 Mark der hochelegante Herren-Ulster-Stoff
Koch & Seeland
Gertraudtenstr. 20/21 gegenüber Petrikirche

So sieht es in Moskau aus.

„Die Wohnungsnot spottet jeder Beschreibung."

Wir hatten uns kürzlich (siehe „Der Abend" Nr. 522 und 530) eingehender mit einem Artikel der „Roten Fahne" beschäftigt, der sich mit den Wohnungsverhältnissen in Moskau befaßte. Mit Hilfe eines klaren Zahlenmaterials konnten wir nachweisen, daß die Wohnungsnot in Sowjetrußland ungeheuerliche Formen angenommen hat. Das Kommunistenblatt, in dessen Spalten nur noch Lügen Aufnahme zu finden scheinen, ist nun plötzlich recht kleinlaut geworden. Es erklärt: **„Niemand bestreitet, und auch wir haben in unserer Berichterstattung niemals bestritten, daß die Wohnungsnot in Moskau gegenwärtig noch sehr groß ist."**

Bekanntlich verwehren die Sowjetbehörden den Vertretern der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpresse die Einreise, lediglich weil sie eine objektive Darstellung der dortigen Verhältnisse fürchten. Wir sind deshalb in erster Linie auf die Berichte der Moskauer Vertreter bürgerlicher Linksblätter angewiesen.

Vor einigen Monaten erschienen in einigen Ullstein-Blättern längere Artikel über die Wohnungsverhältnisse der Moskauer Bevölkerung, die ein grauenhaftes Bild des herrschenden Elends geben. Als Ergänzung zu unseren bisherigen Publikationen veröffentlichen wir nachstehend einige Auszüge aus diesen Berichten. Die „Vossische Zeitung" schrieb am 3. Juli 1929:

„Die Wohnungsnot in Moskau spottet jeder Beschreibung. Wer sie nicht selber sieht, kann sich nicht vorstellen, wie es in dieser Hinsicht in der Hauptstadt des kommunistischen Reiches aussieht. . . . Die Gerichte sind überlastet mit den ewigen Beleidigungs- und sonstigen Streitfällen, die sich aus dem unerträglich engen Nebeneinander in Küchen und Korridoren ergeben; Morde, Ueberfälle, Prügeleien, nervenfressende Schikanen sind selbstverständliche Folgen des Wohnungselends, von der hygienischen Misere und dem moralischen Elend der Kinder ganz abgesehen, die in diesen menschlichen Ameisenhaufen Erwachsener aufwachsen."

Ein Korrespondent der „Berliner Morgenpost" schilderte unter der Ueberschrift „Das Heim in der Waschküche" das Familienleben seines Nachbarn in Moskau. Da kann man folgendes lesen: „In unserer ausgebauten „Waschküche" wohnt ein fachmännisch ausgebildeter Handwerker mit seiner Frau, fünf erwachsenen und zwei kleinen Kindern, der alten Mutter und einer Tante. Eine der Töchter ist bereits seit längerer Zeit verheiratet, deren Mann und Kind wohnen ebenfalls in diesen drei Räumen. Die Einrichtung der Wohnung ist ärmlicher als ärmlich, das Allernotwendigste fehlt. Daß Ehepaare nur ein kleines, schmales Bett haben, ist hier schon längst eine Selbstverständlichkeit. Bei dem Raummangel können nicht beliebig Betten aufgestellt werden. Die Kinder schlafen auf Britschen, jede Britsche ist für zwei Personen bestimmt, ein wenig Stroh, lose hingestreut, dient als Unterbett. Oberbetten sind in unmöglicher Verfassung, neue Decken kosten zuviel; die Gehälter reichen ja kaum für die tägliche Nahrung. Wenn man hört, daß in den drei kleinen Räumen 13 Menschen wohnen, **so packt uns doch eigentlich das Grauen . . . Und die Jugend, die jetzt heranwachsende Jugend, weiß ja auch gar nicht, daß man kultivierter, zivilisierter leben kann. Das Leben der Arbeiter und Handwerker im Auslande wird ihnen stets in den schwärzesten Farben geschildert; sie glauben ja, daß sie die Glücklicheren sind."**

Wir führen diese Schilderungen lediglich an, um wieder einmal die Heuchelei der deutschen Kommunisten zu zeigen, die immer wieder versuchen, mit der Schilderung der angeblich so „wundervollen" Zustände in Sowjetrußland Dumme zu fangen.

Zu unserem Artikel „Seht doch nach Moskau!" schreibt uns ein Leser:

„Die „Rote Fahne" schreibt in ihrem Hetzartikel mit Bezug auf die Wohnungsverhältnisse in Moskau unter der Ueberschrift „Die billigsten Arbeiterwohnungen der Welt", daß die Wohnungsmiete außerordentlich niedrig sei, sie betrage auch in den Neubauwohnungen nur durchschnittlich „einen Rubel für den Quadratmeter (4 Rubel und 22 Kopeken für den Quadratarschin). Das Kommunistenblatt hat sich verrechnet. Ein Arschin ist noch immer 71,1 Zentimeter und ein Quadratarschin nicht mehr als 0,5 Quadratmeter. Also kostet ein Quadratmeter Wohnungsfläche, das sind zwei Quadratarschin, nicht einen Rubel, sondern 8 Rubel und 44 Kopeken, das heißt bei einem Kurs des Rubels von 2,16 M. nicht weniger als 18 Mark und 23 Pfennig! Die „Rote Fahne" hat nur etwa ein Neuntel der wirklichen Kosten angegeben, aber was macht das? Sie rechnet darauf, daß alles, was aus Rußland kommt, von ihren Lesern geschluckt wird, ohne Prüfung und ohne eigenes Denken.

Schwindel mit der Stadtbank.

Eine Erklärung des Magistrats.

Wir hören aus sicherer Quelle, daß sowohl die reaktionären Parteien als auch die Kommunisten die Oeffentlichkeit mit Enthüllungen über schwere Verluste und Schwierigkeiten der Berliner Stadtbank alarmieren wollen, um mit dieser Beunruhigung ein besseres Wahlgeschäft machen zu können. Deshalb ist es zu begrüßen, daß der Magistrat durch den Städtischen Nachrichtendienst in voller Offenheit sowohl den jetzigen Stand der Berliner Sparkasse als auch die Lage der Berliner Stadtbank bekanntgeben läßt. Mit vollster Deutlichkeit geht aus den von der Zentralrevisionsstelle des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes geprüften Ziffern hervor, daß es sich bei der Verbreitung der Gerüchte über Schwierigkeiten der beiden städtischen Banken um eine üble Mache handelt, der jede sachliche Grundlage fehlt.

Die Sparkasse der Stadt Berlin ist nicht nur absolut sicher, sondern absolut flüssig. Bis Ende Oktober 1929 haben sich die Ein-

Die U-Bahn nach Pankow.

Die Arbeiten an der Verlängerung der Hoch- und Untergrundbahn über die Station Nordring hinaus bis Pankow, Breite Straße, schreiten rüstig vorwärts. Hinter der Station Senefelderplatz wurde die Schnellbahn als Hochbahn geführt. Hier wie auch in der Bülow- und Kleiststraße im Westen wurden vor dem Kriege ohne Rücksicht auf die Nerven der Straßenbewohner die Mittelpromenaden der schönen, breiten Straßenzüge verbaut. Das kostet nämlich etwas weniger. Grund genug für eine private Verkehrsgesellschaft, mit donnernden Hochbahnzügen die Anwohner zu peinigen. Auch hier zeigt sich die überlegene, vorausschauende Bauplanung der städtischen Gesellschaft. Die neue Verlängerungsstrecke wird wieder als Untergrundbahn gebaut. Gleich hinter der Ueberführung der Bornholmer Straße beginnt sich der Bahnkörper zu senken. In schöner Kurve führt die Bahnstrecke in ziemlich geringer Steigung in die Erde. Unser Bild zeigt die Rampe, von Norden nach Süden gesehen: Etwa in Höhe der Westerlandstraße endet der Tunnel. Der Bau ist jetzt soweit fortgeschritten, daß mit den Gleisanlagen begonnen werden kann.

Johann Kárámáni:

29]

He, Kosaken!

Aus dem Ungarischen von Alexander von Sacher-Masoch

Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

Inmitten der brausenden drohenden Menge zogen wir die Straße abwärts. Vor uns führten sie Josef Paczals Leichnam auf der Karre, hinter uns kamen die vier Gendarmen im Taktschritt, ohne mit der Wimper zu zucken.

Wir waren nicht mehr weit von unserem Hause entfernt, als die Hand meiner Großmutter erbebte. Ich schaute auf. Und da erblickte ich den Oberkosaken, wie er in herausfordernder Haltung in der Vorhalle stand. Sein Haar war vollständig verwirrt.

Als er die Gendarmen bemerkte, schien es, als wankte er einen Augenblick. Aber dann stieß er bitterlaut den Ruf aus: „Kosaken! He, Kosaken!"

Aber die Kosaken zeigten sich nicht.

Dann sah er sich um, mit noch mehr verbitterter Miene, weil ihm jedoch niemand zu Hilfe kam, schnaubte er kräftig und sprang mit großem Zorn in das Vorderhaus zurück. Und dann tauchte er wieder auf, mit der Axt. So erwartete er die Gendarmen.

Großmutter rief ihm händeringend von der Straße zu: „Sei vernünftig, Michael!"

Der Oberkosak beachtete sie nicht: Er stand sprungbereit in der Türe. Das halbe Dorf drängte sich auf der Straße und beobachtete mit angehaltenem Atem die letzten Vorbereitungen des alten Mannes . . . Die Gendarmen marschierten mit aufgezogenem Bajonett zur Türe hinauf. Der Oberkosak schlug mit einer blitzenden Wendung das erste Bajonett beiseite, daß es nur so krachte und warf sich auf den zweiten Gendarmen. Aber vorläufig drängten sie ihn in das Vorderhaus zurück.

Und jetzt begann drinnen ein fürchterlicher Kampf: die letzte Schlacht des Oberkosaken. Füßestampfen, das Krachen der Axt, der Lärm des Gefechtes war zu hören. Dann fiel das eine Fenster klirrend samt dem Rahmen vor das Haus. Dann entstand Schweigen.

In taubem Schweigen stand die Menge. Nur meine Großmutter schluchzte.

Und jetzt tauchten die vier Gendarmen auf und der Oberkosak in ihrer Mitte. Seine Handgelenke gefesselt, tief in das Fleisch. Das Blut floß ihm aus dem Haar und träufelte über die Stirne herab. Auch sein Gesicht war blutig

Die Gendarmen stießen ihn in den Hof hinab und bildeten ein Viereck um ihn. Der Oberkosak blickte über das versammelte Volk hinweg, aber keiner von den Kosaken war zu sehen. Da gewahrte er meine Großmutter. Er schrie sie an:

„Was heulst du da?"

Der Wachtmeister stieß ihm in die Seite.

„Marsch!"

Sie schritten aus, das Dorf entlang. Der Oberkosak schüttelte seine blutige Mähne. Dann spuckte er.

7.

Auch das ging freilich vorbei, wie alles vorbeigeht. Die Jugend, die alte Frische, die Trauer. Und auch wir tauchen einmal unter, ohne eine Spur zu hinterlassen. Genau so unbemerkt, wie wir einmal diese Welt betraten.

Nach zwei Wochen sprach schon fast niemand von der frechen Brandstiftung. Mein Großvater lag auf dem Friedhof und am gleichen Tage mit ihm wurde auch Josef Paczal verscharrt. Die drei Heuschober waren abgebrannt, nun was mehr, und den Wiederaufbau des Tennendaches begann mit junger Kraft mein Onkel mit den alten Gesellen. Denn Brugos tat ihn an Stelle meines Großvaters.

Der Verwalter fuhr übrigens mehrmals zur Stadt, doch jedermann wußte, daß ihm nichts weiter geschehen werde. Denn auf Josef Paczal hatte er pünktlich in jenem Augenblick geschossen, als der mit dem Feuer unter dem Schober arbeitete. Auch munkelte man, daß er mit aller Kraft an der Befreiung des Oberkosaken arbeite. Anscheinend hatte er die Bitte meines sterbenden Großvaters erhört, allen seinen Feinden zu vergeben. Und dann hatte nur ein einziger Knecht den Oberkosaken in jener Nacht auf dem Tennendach gesehen. Ein Knecht aber konnte vor dem Richter nichts anderes aussagen, als ihm Brugos befahl.

Der Verwalter hatte sich in diesen paar Wochen sehr verändert. Ich bereitete mich in dieser Zeit mit Bandi schon auf die Prüfung vor und gewöhnlich steckten wir unter den Büschen des Gartens beisammen. Mehr als einmal sahen wir den Alten, wie er mit rückwärts verschränkten Armen irgendeinen der Gartenpfade entlang schritt und zu sich selbst sprach. Sein Nacken war magerer geworden und auch sein Bauch schwippte nicht mehr so auf und nieder wie ehedem. Sein Schnurrbart baumelte abwärts.

Fräulein Emmis unerwarteter Verlust beschäftigte auch mich sehr. Mein Herz bangte um sie. Wir tranken den Kaffee mit Bandi jetzt nur zu zweit, denn seine Mutter ließ sich nicht blicken. Es war Schweigen, großes Schweigen in den Zimmern. Auch Bandi wußte nichts weiter, nur in der zweiten Woche kam er in großer Erregung mit der Nachricht, Emmi hätte einen Brief geschrieben, gemeinsam mit ihrem Gatten. Denn sie hatten schon am nächsten Tage in Kassa geheiratet. Das Unglück war also nicht einmal ernstlicher Natur.

Ein Tag nach dem anderen verging. Meine Großmutter, die Frau des Oberkosaken, weinte noch eine Zeit lang im Hause, dann aber kehrte allmählich ihre Laune zurück, was ich bei ihr seit meiner ganzen fernen Kindheit nicht erlebte. In der argen Buße des Oberkosaken ahnte sie einen Fingerzeig Gottes und schickte sich darein. Ein-, zweimal suchte ich auch das Haus meines verstorbenen Großvaters auf. Brugos hatte meine Großmutter bereits beruhigt, daß sie bis an ihr Lebensende in dem Hause wohnen dürfe und auch ihre vierteljährliche Unterstützung erhalten werde. Das Haus war still und alle gingen auf den Zehenspitzen. Nur Urgroßvater kauerte, vor sich hindämmernd, in der Ecke. Wenn er mich erblickte, winkte er mich zu sich und zog die rechte Braue hoch:

„Ist er noch immer fort?"

Ich wußte gleich, daß er den Oberkosaken meinte.

„Er sitzt im Kerker, Großväterchen."

„So, so," und er nickte. „Auch Christus litt um die Wahrheit. Nun, wenn er wieder zum Vorschein kommt, dann sage ihm, er möge mich besuchen, weil ich ihm die Hand drücken will. Der junge Mann gefällt mir, das Feuer möge die großen Hunde fressen! Ich will ihnen allen den Bauch aufschneiden, der Frost möge sie schütteln, wenn ich erst zornig werde!"

Ich ließ den Alten in großer Aufregung zurück. Vor Zorn bearbeitete er die Ofenbank mit seinen kraftlosen Händen.

Die Tage vergingen. Die Kosaken waren nicht mehr zu sehen. Seit ihr Anführer gefangen war, zerfielen sie ungesehen in die vier Weltgegenden.

Die Saaten wurden gelb und wogten im schwachen Winde unentwegt in der ganzen Gegend, als Brugos eines Vormittags in seinem Sonntagsanzug zur Stadt fuhr. Und in der gleichen Nacht kam der Oberkosak heim.

Es war spät, als er in die Vorhalle trat. Er wünschte einen guten Abend, dann sprach er nichts mehr. Er verzehrte sein Abendbrot, stützte unter der Hängelampe die Ellenbogen auf den Tisch und starrte vor sich hin. Sein Haar war zerrauft und viel Gebeugtheit saß in seinen Augenwinkeln. Wie lange er so in großer Einsamkeit dasaß, wußte ich nicht, denn ich schlief ein. Am nächsten Morgen sagte meine Großmutter nur, daß der Alte die Hetzpeitsche umgehangen hätte und in die Ebene von Rezpest geritten sei.

Er kehrte erst am Nachmittag heim. Er schien ruhiger. Eine Zeitlang beschäftigte er sich um den Stall, dann kam er zurück und blieb in der hohen Vorhalle stehen. Und so blieb er, reglos. Denn vor der Straße trat in diesem Augenblick Brugos in unseren Hof. Er hielt auf den Alten zu und grüßte: „Ich wünsche einen guten Tag!" (Forts. folgt.)

lagen gegenüber Jahresanfang um 76 auf 382 Millionen Mark erhöht. Davon sind 16,4 Proz. in Bankguthaben angelegt, 21,4 Proz. in absolut sicheren Hypothekendarlehen und 25,2 Proz. in Darlehen an öffentliche Stellen. Eine sicherere Anlage ist schlechthin nicht denkbar. Dieser Anlage gegenüber von irgendwelchen Schwierigkeiten zu sprechen, ist absolut unverantwortlich.

Auch **bei der Berliner Stadtbank ist die Lage trotz der Sklarek-Kredite günstig.** Die gesamten Einlagen betragen 174 Millionen Mark. Ueber ein Drittel dieses Betrages ist sofort greifbar angelegt. Die gesamten Privatkredite der Stadtbank betragen rund 38 Millionen Mark. In diesen 38 Millionen Mark ist auch der Sklarek-Kredit mit 10 Millionen Mark enthalten. In den verbleibenden 28 Millionen Mark steckt äußerstenfalls ein Risiko von 1,5 Millionen Mark, eine Ziffer, die sich durch Nachprüfung aller Kredite von über 20 000 Mark durch die Zentralrevisionsstelle des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes ergeben hat. Das gesamte Risiko der Stadtbank beträgt also die genannten 1,5 Millionen und aus den Sklarek-Krediten zirka 9 Millionen, zusammen 10,5 Millionen Mark. Zur Deckung dieses Risikos können offene Reserven von 3,26 und stille Reserven von 1,25 Millionen Mark verwendet werden, so daß äußerst für die Stadtbank ein Verlust von 6 Millionen Mark entstehen wird, und zwar einschließlich aller Gefahren, die mit den Sklarek-Krediten zusammenhängen.

Dabei ist aber noch zu bemerken, daß **Sparkasse und Stadtbank zwei vollständig voneinander getrennte Institute sind.** Bei der Sparkasse bestehen Risiken überhaupt nicht, denn sie hat sich stets auf sparkassenmäßige Geschäfte beschränkt. Die notwendige Trennung zwischen Stadtbank und Sparkasse hinsichtlich der Kassenführung, Geschäftsabwicklung und Vermögensverwaltung ist und wird auch weiterhin auf das strengste durchgeführt.

„Mehr Würde!"

Die Volkspartei und ihre „Berliner Stimmen".

In dem Wochenblatt der Deutschen Volkspartei „Berliner Stimmen" vom 3. November beschäftigt sich der Stadtverordnete Hallensleben mit den „Forderungen der Volkspartei für die Kommunalwahlen". Als solche zählt er auf: Sauberkeit der Stadtverwaltung, unabhängige Kontrolle, Aufhebung des Anschaffungsamtes, weitgehende Sparsamkeit, kein Versorgungsinstitut für die Linke, keine Politik in der Schule, Erhaltung der Privatwirtschaft, und endlich: **Weniger Aufwand — mehr Würde!** „Jede Verquickung der Privatinteressen eines Mitgliedes des Magistrats oder der Stadtverordneten mit seinen amtlichen Funktionen erscheint untragbar," sagt Herr Hallensleben, eine Forderung, die gerade die sozialdemokratische Fraktion im Rathause dauernd vertreten hat, insbesondere zu einer Zeit, wo im Rathause das Bürgertum uneingeschränkt in der Macht saß. Im alten Dreiklassenparlament pfiffen es die Spatzen von den Dächern, daß gerade die Dezernenten, die mit Grundstücksgeschäften zu tun hatten, manche Geschäfte vollzogen, bei denen Verwandtschaft und Bekanntschaft ihr Heu in die Scheuern brachten.

Wie lange ist es eigentlich her, daß in der Oeffentlichkeit und in der Stadtverordnetenversammlung ein mit der Stadt Berlin getätigter Vertrag eine große Rolle spielte, bei der der hinzugezogene Notar auf eine große Summe Anspruch erhob, die eine sechsstellige Zahl ausmachte? Der Herr Stadtverordnete Hallensleben kennt sicher den Herrn Notar Hallensleben, der schließlich „großmütig" sich mit „nur" 27 000 Mark Honorar zufrieden gab. „Mehr Würde" fordert Herr Hallensleben. Sollte er nicht zuerst bei seiner Partei anfangen?

Neben Angriffen gegen Vertreter anderer bürgerlicher Parteien bringt das Volkspartei-Blättchen einen schmutzigen Angriff auf unseren Genossen Bürgermeister Leid-Wedding. In zynischer Gemeinheit schreibt man:

„Der sozialdemokratische Bezirksbürgermeister im Bezirk Wedding, Herr Leid, hat bei der Festsetzung seines Dienstgehalts verlangt, daß ihm seine Tätigkeit als „Vorwärts"-Redakteur und ebenso die Zeit, die er im Gefängnis abgesessen hat, als kommunale Dienstzeit angerechnet wird. Daß es derartige Gestalten gibt, die solche Forderungen stellen, kann man vielleicht noch verstehen, daß es aber Leute gibt, die derartige Unverschämtheiten bewilligen, wie es die sozialistische Majorität im Bezirk Wedding getan hat, ist unverständlich. Man kann da höchstens sagen, daß eine Krähe der anderen kein Auge aushackt."

Die Tatsachen sind: Die Anrechnung pensionsfähiger Dienstzeit erfolgt nach einem Ortsgesetz, das von den Gemeindebehörden beschlossen ist. Danach kann auch angerechnet werden als Dienstzeit eine Tätigkeit, die auch sonst im Interesse der Stadtgemeinde gelegen ist. Als solche wird angesehen die Tätigkeit als Stadtverordneter und als unbesoldetes Magistratsmitglied. In diesem Sinne ist auch im vorliegenden Falle verfahren worden. Eine Anrechnung der Vorwärtstätigkeit unseres Genossen Leid ist selbstverständlich weder beantragt noch erfolgt. Der Hinweis auf den Aufenthalt unseres Genossen Leid im Gefängnis soll doch nur den Anschein erwecken, als ob unser Parteifreund sich eine kriminelle Handlung hätte zuschulden kommen lassen, deren er sich zu schämen brauchte. Das Gegenteil ist der Fall. Genosse Leid hat sich als Redakteur des „Vorwärts" im Jahre 1903 eine Anklage zugezogen wegen Beleidigung des ehemaligen Kaisers Wilhelm II. Er hatte als verantwortlicher Redakteur des „Vorwärts" im Jahre 1903 eine Notiz veröffentlicht, in der gesagt wurde, es ginge das Gerücht, auf der Insel Pichelswerder ein Schloß zu erbauen, für den Fall in Berlin Unruhen entstünden, der Kaiser sich von hier zurückziehen könnte. In dieser Notiz erblickte der Staatsanwalt eine Beleidigung. Dem Kaiser würde unterstellt, daß es ihm überhaupt einmal einfallen könnte, sich vor seinem Volke zurückzuziehen. Darin läge, dem Kaiser zu unterstellen, er habe Furcht. Und ein Kaiser habe keine Furcht. Um diese „Freveltat" zu rächen, wurden 9 Monate Gefängnis erteilt. **Wem fiele bei der Erinnerung an diese Zeiten nicht die Flucht Wilhelms II. nach Holland ein.**

Diese Strafe, die eine rein politische ist, und die im schweren Kerker erlitten wurde, charakterisiert nur die damaligen Justizverhältnisse, ist aber keine entehrende Strafe. Im Gegenteil: Wir sind stolz darauf, daß wir im Kampfe mit unseren Gegnern gerade gestanden haben, wo andere Kreise vor den „hohen und höchsten Herrschaften" auf dem Bauche gelegen haben.

Es muß mit dem Ruf der Volkspartei schon schlimm stehen, wenn sie zu solch niedriger Kampfesweise greifen muß. Und diese Leute reden von „Mehr Würde!".

Sprechchor für Proletarische Feierstunden. Die Uebungsstunde fällt aus. Nächste Uebungsstunde Donnerstag, den 21. November.

Im Kampf um den Volksstaat.

Angestellte und Kommunalwahlen.

Im überfüllten großen Saal der „Germania-Säle" sprach der preußische Minister des Innern, Genosse A. Grzesinski, vor über tausend versammelten Mitgliedern der Fachgruppen Behörden, Sozialversicherung, Privatversicherung, Anwälte, freie Berufe und Organisationen des ZdA. über das Thema „Demokratie und Verwaltung im republikanischen Volksstaat". Der Redner beschäftigte sich vor allem mit einer Aufzeichnung der früheren Verhältnisse im Beamtentum des alten Preußen, um dann zu zeigen, wie sich in den Jahren nach der Revolution von 1918 die Verhältnisse gewandelt haben. Wenn einerseits heute die große Masse den republikanischen Volksstaat bejaht, dann muß der Staat andererseits pflichtgemäß auch seine Bürger schützen. Vor dem Kriege hatten wir den Obrigkeitsstaat. Heute ist daraus ein soziales Staatswesen entstanden und im weiteren Aufbau begriffen. Für den weiteren sozialen Ausbau sind die Kommunen von großer Bedeutung. Daher muß diese Bedeutung auch den Kommunalwahlen am 17. November zugemessen werden. Je stärker der Einfluß der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen in den Verwaltungskörperschaften wird, um so mehr wird auch die Demokratie sich in den Beamtenkörpern durchführen lassen. Notwendig sei eine innere Umstellung der Verwaltungen; Erziehung aller Beamten und Angestellten zur Erkenntnis des Staates von heute und zu einer freudigen Mitarbeit in ihm. Der Weg zur Macht im Staate führt über die Rathäuser der Städte. In diesem Sinne mögen auch die freigewerkschaftlichen Angestellten sich am 17. November bei den Kommunalwahlen entscheiden. Die begeisterte Zustimmung der Versammlung zu diesen Ausführungen wie zu den Schlußworten des 1. Bevollmächtigten, Genossen Gottfurcht, ließen erkennen, wie die Mehrheit der Angestellten sich am 17. November entscheiden wird.

Die graphischen Arbeiter stehen zur SPD.!

In einer sehr gut besuchten Fraktionsversammlung des Graphischen Kartells sprach Genosse Eckert vom Parteivorstand der SPD. über das Thema „Der Kampf der Sozialdemokratie". Die Versammlung gestaltete sich zu einer schlagenden Widerlegung der Behauptungen der „Roten Fahne", die graphische Arbeiterschaft stehe hinter der KPD., und zu einem einmütigen Bekenntnis für die Sozialdemokratie. Der schärfste Kampf tobt um die Stadtverwaltung. Alle Errungenschaften, die die Sozialdemokratie mühsam erkämpfte, sollen abgebaut werden. Dazu dient den Gegnern als Waffe die Sklarek-Affäre. Belastet sind sämtliche bürgerlichen Parteien und nicht zuletzt die KPD., die heute mit den verlogensten Mitteln eine widerliche Korruptionshetze gegen die Sozialdemokratie entfaltet. Die Kommunisten sind dem Bürgertum nur eine Hilfstruppe im Kampf um die Erhaltung seiner Klassenherrschaft. Diese Herrschaft zu brechen, den Sozialismus aufzubauen, dazu dient der Kampf der Sozialdemokratie, der jeder Arbeiter und jede Arbeiterin am 17. November ihre Stimmen geben müssen! Großer Beifall folgte dem Referat.

•

In einer stark besuchten Versammlung der Feuerwehr sprach Genosse Max Urich in äußerst wirkungsvoller Weise über die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen. Der umfassende Bericht des Redners über die Tätigkeit des verflossenen Stadtparlaments schilderte die Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion, die, ohne sich von rechts und links beirren zu lassen, für das Gemeinwohl, für die Arbeiter- und Beamtenschaft alles geleistet habe, was in ihrer Macht stand. Mit Stolz können wir auf diese Arbeit zurückblicken, sowohl auf dem Gebiete des Wohlfahrts-, Gesundheits-, Schul- und Wohnungswesens, wie auch in bezug auf die Gestaltung der Gehälter der städtischen Arbeiter und Beamten. Es gelte, bei den Wahlen den Ansturm auf das Selbstbestimmungsrecht der Städte abzuwehren und die Macht der Arbeiterschaft in der Kommune weiter zu stärken.

Um die Zukunft des Wohnungsbaus.

Eine Frauenkundgebung in Tempelhof.

In einer öffentlichen Frauenkundgebung des Kreises Tempelhof nahm Stadträtin Genossin Weyl noch einmal Gelegenheit, den Frauen die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen vor Augen zu führen. Durch ihre zahlenmäßige Ueberlegenheit sind sie gerade in der Lage, die Wahl ausschlaggebend zu beeinflussen. Es gibt kein Gebiet der Kommunalpolitik, das nicht von großer Bedeutung für die Frauen ist. Im Brennpunkt des städtischen Interesses steht die Wohnungsfrage. Alle Wohlfahrtsarbeit wird abgeschwächt, wenn die Wohlfahrtsempfänger in ihre menschenunwürdigen Behausungen zurückkehren müssen. Das gilt angefangen vom Säugling über das Schulkind bis zum Obdachlosen. Es ist auf diesem Gebiet von der neuen Stadtverordnetenversammlung noch vieles zu leisten, und es ist deswegen für keine Frau gleichgültig, wie sich dies neue Stadtparlament zusammensetzen wird. Wir dürfen uns durch alle Verleumdungen die Freude an der städtischen Arbeit nicht rauben lassen. Wir müssen zu einer Front der anständigen Menschen durch die Stärkung des Sozialismus gelangen! Der Tempelhofer Stadtrat Ewald konnte die Ausführungen der Genossin Weyl nur ergänzen. Die bürgerliche Tempelhofer Bezirksversammlung hat es fertiggebracht, die von der Stadt bewilligte Errichtung eines Altersheims abzulehnen. Auf solche Taten gibt es am 17. November nur eine Antwort: jeder Wähler gibt seine Stimme der Sozialdemokratie.

Die Frauenkundgebung wurde würdig eingeleitet und abgeschlossen durch Gesangsdarbietungen des Volkschors Mariendorf.

Terror des Janhagels.

Wie sich auch in diesem Wahlkampf wieder zeigt, scheinen gewisse Parteien besonderen Wert darauf zu legen, ihre Wahlpropaganda mit Hilfe des Janhagels und politischer Rowdys durchzuführen. Dieses Gesindel scheut sich nicht, tätlich gegen unsere Parteigenossen vorzugehen oder ihnen anderen schweren Schaden zuzufügen. So wird uns berichtet, daß in einer der letzten Nächte vor dem Hause eines Genossen, der in einem ausgesprochenen Arbeiterviertel wohnt, und zurzeit von Berlin abwesend ist, ein solcher Trupp Rowdys erschien und gegen die Fenster seiner Wohnung ein Steinbombardement eröffnete, weil er vor dem Fenster ein beleuchtetes Transparent angebracht hatte. Es wurden nicht nur seine und die Fensterscheiben einiger Nachbarn zertrümmert, sondern sein Mobiliar durch die Steinwürfe beschädigt und die schlafenden Kinder verletzt. In einem anderen Hause wurde einem Demokraten die Fahne von seinem Fenster im dritten Stockwerk durch einen Fassadenkletterer heruntergeholt. Aehnliche Vorfälle werden uns aus den verschiedensten Stadtteilen gemeldet, woraus die Planmäßigkeit dieser „Propagandafeldzüge" hervorgeht. Es muß daher Aufgabe der gesamten organisierten Arbeiterschaft, vor allem der Polizei sein, diesen politischen Rowdys von rechts und links das Handwerk zu legen. Der Wahlkampf darf keine Formen annehmen, die einem republikanischen Staatswesen unwürdig sind. Die disziplinierte Arbeiterschaft, die solche Methoden des Wahlkampfes entschieden ablehnt, wird den politischen Hintermännern dieser Vandalen am 17. November die richtige Antwort geben.

Spielzeug der Not.

Erzgebirgische Spielzeugausstellung in Berlin.

Im Kaiserhotel, Friedrichstraße, veranstaltet das Sammellager Erzgebirgischer Spielwarenerzeuger, Chemnitz, vom 12. bis 18. November eine Weihnachtsausstellung der Spielwarenheimindustrie aus dem Erzgebirge. Rührend in ihrer Bescheidenheit liegen sie da, die vielen holzgeschnitzten Haustiere, die Hampelmänner, Püppchen, Puppenmöbel, Wagen, Spar- und Nadelbüchsen, Flaschenkorken, Brieföffner. Mit viel Liebe und unendlicher Mühe werden all diese kleinen Spielsachen hergestellt, man weiß, unter welch traurigen Lebensverhältnissen die Schnitzer, Drechsler und Holzmaler ihr Dasein fristen. Man weiß, daß ganze Generationen, vom kleinen Kinde angefangen bis zur Großmutter, mühsam in engen, dumpfen Stuben über dieser Arbeit sitzen, die ihnen wenig, kaum genug für Brot und Kartoffeln, einbringt. Das erzgebirgische Spielzeug hat in seiner Individualität nichts eingebüßt, aber die Zeiten haben sich geändert und auch die Spielzeugmode ist eine andere geworden. Das technische Spielzeug verdrängt immer mehr diese alte, gediegene Volkskunst, für das bunte Kleinspielzeug, die feinen Schnitzereien und meisterhaften Drechslerarbeiten besteht fast kein Interesse mehr. In der Vorkriegszeit waren die Erzgebirgler auf den Export nach Amerika eingestellt, doch machen die erhöhten Einfuhrzölle dies heute unmöglich und auch die im Erzgebirge heimische Handklöppelei hat sehr unter der ausländischen, besonders der chinesischen Konkurrenz zu leiden. Die Not der Zeit zwang die Menschen zu einem beruflichen Zusammenschluß und so sind die Drechsler- und Schnitzvereinigungen der Bezirke Seiffen, Grünhainichen und Olbernhau im „Zentralverband des sächsischen Holz- und Spielwarenhausgewerbes" zusammengeschlossen, um bessere Lebensbedingungen zu erreichen. Die Sammellagergesellschaft hat sich vor allem die Aufgabe gestellt, den Absatz der Spielwarenerzeuger durch öffentliche Wanderausstellungen und durch Ausdehnung der Erzeugung von Spielzeug auf Kleinkunstgewerbe zu fördern. Ein weiteres Ziel ist die Fürsorge für den Spielzeugmacher und seine Familie, die außer einer Hilfskasse für besonders dringliche Fälle auch die Durchführung der Hausgewerbeversicherung und den Ankauf eines Altersheims vorsieht.

Kommunistische „Schulpolitik".

An der weltlichen Schule in der Puttbusser Straße ist seit Wochen kein regelmäßiger Unterricht möglich, weil die Kommunisten schon aus den kleinsten Schulbuben „Klassenkämpfer" machen wollen, die alle Phrasen kommunistischer Politik beherrschen. Aus dem bekannten Anlasse einiger Diphtherieerkrankungen wurde ein Schulstreik in Szene gesetzt. Sozialdemokratische Elternbeiräte wurden mit den unflätigsten Ausdrücken belegt. Die Frau unseres ermordeten Genossen Paege wurde gefragt: „Wir sind mit Deinem Mann fertig geworden, wir schaffen auch Dich und Deine Kinder." Die Lehrer wurden „Arbeitermörder" betitelt. In einer Elternversammlung, die die Partei einberief, wurde von den Lehrern und Elternbeiräten energisches Eingreifen verlangt. Die Versammlung forderte vom Provinzialschulkollegium, daß die Untersuchung über die Skandalszenen beschleunigt würde. Alle Redner waren darin einig, daß die Ruhe erst dann wieder eintreten wird, wenn Rektor Hennicke von seinem Urlaub zurückgerufen wird und die Schulleitung wieder übernimmt. Versuchen die Kommunisten dann wieder, zu einem Schulstreik zu hetzen, dann muß im Interesse eines geordneten Unterrichtes durchgegriffen werden. Bürgermeister Leid, der in der Diskussion sprach, stellte dem Schulleiter als Menschen und Pädagogen ein anerkennendes Urteil aus. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde die Meinung der Versammlung zusammengefaßt.

Wie sie „meuterten".

Schwere Jungen suchten den Weg in die Freiheit.

Die „Meuterei im Untersuchungsgefängnis", d. h. die Zusammenrottung von Gefangenen zum Zwecke gewaltsamen Ausbruchs, die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt wird, bestand darin, daß zwei schwere Jungen das Pech hatten, gefaßt zu werden, als sie gerade im Begriff waren, aus dem Gefängnis-Krankenhaus zu fliehen. Es waren die Vorbestraften Bruno Wachtel und Caspar Krebbler.

Der Zuhörerraum ist von Kriminalstudenten dicht besetzt; sie kommen nicht auf ihre Kosten: die Oeffentlichkeit wird wegen „Gefährdung der Staatssicherheit" ausgeschlossen, die Presse darf bleiben. Wachtel, der eine zweijährige Zuchthausstrafe zu verbüßen hatte, befand sich bereits seit einigen Wochen im Gefängnislazarett. Später kam in den gleichen Saal Krebbler und der von seinen Sittlichkeitsverbrechen her berüchtigte Schneider Metzig. Am 11. Februar — das Thermometer draußen zeigte 31 Grad unter Null — sah der Oberwachtmeister Seidler um ½7 Uhr morgens seinen Kollegen den Oberwachtmeister Lindow, der auf dem Hof Patrouillendienst machte, mit schußbereitem Revolver dastehen. Lindow winkte Seidler heran und teilte ihm mit, daß er eben den Kopf und die Brust eines Menschen aus dem Fenster herausragen sah, daß aus dem Krankensaal 72 ein Ausbruchsversuch gemacht werden soll. Seidler begab sich schnell in den Krankensaal und fand hier über eine Strickleine Wachter und Krebbler angezogen dastehen. Metzig lag im Bett. Die Gitterstäbe waren durchsägt und nach oben zurückgebogen. Im Klosett und unter der Zentralheizung fand er Säge und Feile. Aus den Aussagen Wachtels und Metzigs ging hervor, daß der erstere an einem Ausbruchsversuch beteiligt gewesen sei, daß der Ausbruch seit langem vorbereitet und das Werkzeug in das Krankenhaus geschmuggelt worden sei. Krebbler nimmt die ganze Schuld auf sich. Seine Braut, erklärte er, habe sein Fuhrwerk verkauft, er habe um Urlaub gebeten und keinen erhalten, habe deshalb im Gefängnis Tegel sechs Löffel verschluckt und sich den Bauch mit Glas aufgeschlitzt. Als alles nicht geholfen, habe er beschlossen, zu fliehen.

Das Gericht verurteilte Krebbler zu 1½ Jahren und Wachtel zu 9 Monaten Gefängnis.

Frauen und Mütter, ihr gebt den Ausschlag bei der Kommunalwahl! Denkt an die Zukunft eurer Kinder! Wählt Liste 1! Wählt Sozialdemokraten!

„Nationale Einheitsfront e. V."

Was mit Mitgliedsbeiträgen der nationalen Männer geschah.

Es gab einmal einen Verband gegen den Bolschewismus. Das war im Jahre 1919. Im Jahre 1921 wurde daraus die „Nationale Einheitsfront e. V." zur Bekämpfung des Versailler Vertrages und der Kriegsschuldlüge. Rudolf Wagner repräsentierte den nationalen Gedanken als der geschäftsführende Vorsitzende des Vereins. In Stadt und Land, von Nord bis Süd, von Ost bis West, wurden Mitglieder geworben. 30 Proz. des Mitgliedsbeitrages in Höhe von 1 bis 20 M., erhielten die Werber. Der Rest floß in die Kasse der „Nationalen Einheitsfront e. V."

In Wirklichkeit war es die Kasse des Herrn Wagner. Er wirtschaftete aus dem Vollen. Irgendeine Buchführung gab es nicht. Als eine der Angestellten eines Tages die Einnahmen und Ausgaben in ein kleines Büchlein eintragen wollte, verbot es ihr Herr Wagner: Unproduktive Arbeit wäre das, erklärte er, die Kartothek der Mitglieder genüge. Die Mitgliedsbeiträge machten aber ein hübsches Sümmchen aus. Im Jahre 1924 etwa 14 000 und in den Jahren 1925/27 zwischen 50 000 und 65 000. Wo blieb das Geld? Herr Wagner entnahm etwa 4000 als sein Gehalt, ungefähr ebensoviel noch hinzu. Er bezahlte seine Wohnung aus den Mitgliedsbeiträgen, ließ tapezieren, ließ Klingel-, Maler- und Tischlerarbeiten vornehmen, hatte natürlich auch Repräsentationsausgaben, nahm sich Tagesspesen in Höhe von 30 M. bei seinen Reisen usw. „Was als Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben übrig blieb, habe ich zu meinem persönlichen Verbrauch ausgegeben", sagte Herr Wagner selbst. Was hatten aber die Mitglieder von der „Nationalen Einheitsfront e. V."? Erstens kämpften sie für eine „nationale Sache", und zweitens sollten sie das Bundesorgan erhalten: „Des Deutschen Vaterlandes unabhängige Zeitschrift zur Pflege deutscher Kultur und deutschen Unternehmungsgeistes." Einmal im Monat sollte sie erscheinen, in Wirklichkeit erschien sie bald zweimal im Jahre, bald viermal und im Jahre 1926 gar nur einmal. Je höher die Einnahmen von Mitgliedsbeiträgen, desto seltener das Erscheinen der Zeitschrift. Um so nationaler war aber ihr Inhalt. In mächtigen Schlagzeilen las man da: „Einheitsfront gegen die Schuldlüge." „Mobilmachung gegen die Kriegsschuldlüge." „Kampf gegen den ungeheuerlichen Betrug der Weltgeschichte — Voraussetzung für Deutschlands Zukunft." Um die Reklame zugkräftiger zu gestalten, hieß es: „1200 Pressestimmen haben das Bundesorgan zitiert; bei einer Auflage von je 10 000 Exemplaren lesen 12 Millionen nationale Männer und Frauen das Bundesorgan. Die Mitglieder der „Nationalen Einheitsfront e. V." begannen aber zu rebellieren. Sie wollten für ihr teures Geld ihre Zeitschrift haben. Schickten sie nicht ihre Mitgliedsbeiträge ein, so erhielten sie von Herrn Wagner einen Brief, in dem er sie ermahnte, doch ihre nationale Pflicht nicht zu versäumen. Als Wagner eines Tages einen Angestellten an die Luft setzte, zeigte dieser ihn an. So geriet Herr Wagner wegen Untreue auf die Anklagebank.

Vor dem Schöffengericht Schöneberg spielte er den Unschuldigen. Es sei alles in Ordnung gewesen, er habe nicht mehr genommen, als ihm zukäme. Auch der Schatzmeister und der Geschäftsführer der „Nationalen Einheitsfront e. V." konnten nicht verstehen, was man eigentlich von ihnen wollte; ihr Vertrauen zu Herrn Wagner war grenzenlos — natürlich waren auch das gut nationale Männer. Der Staatsanwalt beantragte fünf Monate Gefängnis wegen fortgesetzter Unterschlagung in Tateinheit mit Untreue und 500 M. wegen unerlaubten Sammelns. Das Gericht verurteilte Herrn Wagner zu drei Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe. Die Urteilsbegründung sagte dem Sinne nach: Nationale Einheitsfront als Geschäft. Das war es auch tatsächlich!

Die Verdächtigungen gegen Brolat.

Die Gebrüder Sklarek sind jetzt, wie die BS.-Korrespondenz meldet, im Verlauf der weiteren Vernehmungen durch die zuständigen Untersuchungsbehörden auch zu der Pelzlieferung an den Stadtverordneten Brolat gehört worden. Brolat hatte bekanntlich erklärt, daß die Gebrüder Sklarek hinter seinem Rücken einen auf ihre Empfehlung bei der Firma Gohlicke gekauften Pelz im Werte von 2000 Mark bezahlt hätten und daß er diese Summe nach einer erregten Auseinandersetzung den Sklareks aufgedrängt und in die Tasche gesteckt habe. Nun wollen sich die Sklareks aber an diese Zurückzahlung nicht mehr erinnern. Direktor Brolat gibt auf Anfrage die bestimmte Erklärung ab, daß er das Geld Leo Sklarek in die Tasche gesteckt habe, und zwar in Gegenwart von Willy Sklarek. Durch eine Gegenüberstellung seiner Person mit den beiden Sklareks müßte sich dieser Widerspruch unter allen Umständen aufklären lassen.

Direktor Brolat betont, daß er sich noch am Sonnabend telephonisch und schriftlich an Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weißenberg gewandt und um seine alsbaldige Vernehmung gebeten habe, um die Angelegenheit auf das schnellste zu klären. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weißenberg habe ihm heute vormittag auf erneuten Anruf zugesagt, daß diese Vernehmung noch im Laufe dieser Woche erfolgen werde. Dr. Weißenberg betonte dabei auch, daß ihm von einer Vernehmung der Sklareks wegen der Brolatschen Pelzlieferung nichts bekannt ist.

Wie wir von anderer Seite zuverlässig erfahren, ist eine Vernehmung der Brüder Sklarek in dieser Angelegenheit in der Tat noch nicht erfolgt.

Der Handel mit Kuxen-Anteilscheinen.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte nach mehrtägiger Verhandlung den Volkswirt Mans zu acht Monaten Gefängnis, weil er auf seinem Kuxen-Besitz an der stillgelegten Gewerkschaft Neustadt, die als wertlos bezeichnet wurde, sogenannte Kuxen-Anteilscheine in den Verkehr gebracht hatte. Der bei dem Verkaufsgeschäft als Agent tätig gewesene Kaufmann Wagener wurde wegen Beihilfe zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Diebstahl im Klosterkeller.

Der Wirt als Zeuge vor dem Schnellgericht.

Im „Klosterkeller" hatte die blutige Auseinandersetzung zwischen Zimmerleuten und Ringmännern ihren Anfang genommen, die zur Schlägerei am Schlesischen Bahnhof und zum Immertreu-Prozeß führte. Das angenehme Lokal hat anscheinend durch die Gerichtsverhandlung von seinem guten Ruf nichts eingebüßt. Und war es diesmal nicht gerade eine blutige Schlägerei, sondern nur ein lumpiger Diebstahl, der den Klosterkellerwirt vor den Zeugentisch brachte, so erhielt die Angelegenheit doch allein durch ihn besondere Pointe.

Man entsinnt sich nur allzu gut dieses aalglatten Herrn Bach, der mit den Worten derart meisterhaft zu jonglieren verstand, daß man ihn in keiner seiner vielen Aussagen festzulegen vermochte. Alles war unbestimmt, fließend, konnte so und auch anders gedeutet werden und hatte nur den einen Zweck, niemanden zu schaden.

Auch diesmal saß auf der Anklagebank einer von den guten Freunden und Klienten des Klosterkellerwirts, ein breitschultriger und etwas untersetzter Mensch mit einem mächtigen Kopf und Stiernacken: er war des Diebstahls angeklagt. Ein älterer Mann hatte um 6 Uhr mit dem Trinken begonnen und gegen 10 Uhr war er bereits ziemlich bezecht. In seinem Mitteilungsbedürfnis zeigte er dem Wirt eine goldene Armbanduhr für die er nicht mehr als 5 M. gezahlt hatte. Man kann sich wohl denken, wo er sie erworben haben muß. Er zeigte also die Uhr, steckt sie in die Manteltasche und setzt sich an einen Tisch, an dem bereits drei Männer sitzen. Plötzlich fühlt er irgendeine Berührung an seiner Tasche — die Uhr ist verschwunden. „Ich bin bestohlen, alle durchsuchen." Große Aufregung im Keller. „Sie haben doch Ihre Uhr," zeigt auf ihn einer der Männer. Im selben Augenblick eine eigentümliche Berührung an der Gesäßtasche — auch das Portemonnaie mit 40 M. ist verschwunden. Der Geschädigte faßt den Mann mit dem vierschrötigen Kopf fest ins Auge: „Das ist der Dieb." Es wird bei ihm nichts gefunden, er leugnet jede Schuld, muß mit ins Polizeirevier und steht nun vor dem Schnellrichter. Der Klosterwirt erklärt aber, nicht der Angeklagte, sondern ein jüngerer Mensch habe gesagt: „Sie haben doch hier Ihre Uhr". Und der Staatsanwalt meint, zwar erscheine der Wirt wenig glaubwürdig, man könne aber gegen die vereidete Aussage des Zeugen nicht aufkommen. Also wurde der athletische Mann freigesprochen. Im Zuhörerraum erklang ein Bravo und gleichzeitig mit dem Angeklagten verließen verschiedene Klosterkellergestalten den Gerichtssaal.

Die Deutsche Bacon Export Schlächterei.

Vor einigen Tagen hatten wir Mitteilung von dem Zusammenbruch der Deutschen Bacon Export-Schlächterei gemacht, gegen dessen flüchtigen Geschäftsführer Max Kalisl ein Steckbrief erlassen worden war. Als zweiter Geschäftsführer war der Bücherrevisor Oskar Meyer aus Berlin, Lessingstraße, genannt worden. Zur Klärung der Sachlage teilt uns Herr Bücherrevisor Oskar Meyer mit, daß er das Amt eines Geschäftsführers erst vor etwa einem halben Jahre beruflich auf Gerichtswunsch übernommen habe, hauptsächlich zur Liquidierung des Londoner Vertrages. Die Stillegung des nach Umbau und Vergrößerung der Fabrik modernisierten Betriebes erfolgte im Oktober v. J. infolge des Zusammenbruches der beteiligten Bankfirma Wilhelm Herrig (Affäre Damm). Dieser war für einen zugesagten aber nicht erfüllten Kredit eine Hypothek von 500 000 Mark eingetragen. Die Rechtsnachfolgerin hat nun freiwillig auf einen großen Teil ihres Anspruches verzichtet. Die Gesellschaft war ungeheuer geschädigt, aber auch die Landwirtschaft, da auf fünf Jahre laufende Lieferungsverträge mit London liefen und ebenso Abschlüsse mit landwirtschaftlichen Verbänden. Die Prignitzer Viehverwertungs-Gesellschaft ist längst für ihren Anspruch aus den 10 000 Mark zurückgekommenen Schecks der Herrig-Bank befriedigt worden und hat keinerlei Ansprüche mehr. Es bestehen nur noch etwa 20 000 Mark Gläubigerforderungen, von denen sich trotz allen Agitationen kein einziger dem Konkursantrag angeschlossen hat. Es war weder früher noch jetzt Anlaß zum Konkurs, da zu keiner Zeit eine Ueberschuldung eingetreten ist.

„Das tapfere Schneiderlein." Eine sehr gut gelungene Märchenvorstellung bot das Kleine Theater, Unter den Linden, mit dem „Tapferen Schneiderlein". Berthold Reißig, der das Märchenspiel in Szene setzte, versteht es gut, das Gemüt der Kinder von heute zu bewegen; er schuf naiv-lustige Szenen voll köstlichem Humor. Der sächselnde König Gutherz, von Heinz Sarnow dargestellt, wurde stürmisch bejubelt, und an den Abenteuern des tapferen Schneidergesellen (Berthold Reißig) nahmen all die Kleinen und Großen temperamentvoll lebhaften Anteil. Klein-Hannele Malczack war ein lieblicher Schutzengel. Auch allen anderen Darstellern merkte man an, daß sie bei der Sache waren.

Elite-Sänger. Unter Leitung von Hermann Blütgen eröffnen die Elite-Sänger am Kottbusser Tor ihr November-Programm. Im zweiten Teil singt Gerd Gerra zwei hübsche Schlager. Bernhard Croc hat wieder ein gutes Potpourri aus Liedern von „Anno dazumal" zusammengestellt, welches Mitte Oktober zum ersten Male im Rundfunk gebracht wurde und von den Elite-Sängern Gustav Rieß, Gerd Gerra, Kurt Hohenfels und Eugen Becker sehr gut gesungen wurde. Alfons Bornemann und Schorsch Ruselli hatten die Lacher auf ihrer Seite und ernteten langanhaltenden Beifall. Hans René gefiel in seiner Szene „Der Liebe Lust und Leid". Ein Sketch von Max Neumann: „Der schüchterne Freier", vorgetragen von Hans René und Eugen Becker, ebenso Emil Stein als Groteskomiker, wurden herzlich belacht. Schlußbild war eine nette Rundfunkparodie von Max Neumann: „Die Welt geht unter!"

Kunstabend des Volksbildungsamts Wilmersdorf am 14. November, 20 Uhr, im Stadthaus, Kaiserallee 1/12. Komiker Max Ehrlich und Lautensängerin Käthe Pirschel werden Freunden der heiteren Muse genußreiche Stunden bereiten. Einzelkarten zu 1,50 und 1 M. nur an der Abendkasse.

„Der neuzeitliche Schulbau" ist das Thema zweier Lichtbildervorträge, die von der Volksbühne E. V. veranstaltet werden. Am ersten Abend, der am Sonnabend, dem 16. November, 20 Uhr, im Kunstgewerbemuseum, Prinz-Albrecht-Str. 7a, stattfindet, spricht Bruno Taut über das „Künstlerische und architektonische Gesicht der Schule". Einlaßkarten 0,70 M.

KINDERWAGEN WELTHAUS

METZNER
ANDREASSTR. 23 AM PLATZ
BRUNNENSTR. 95 • BRÜSSELSTR. 67
POTSDAMERSTR. 32 • NEUKÖLLN BERGSTR. 133
SPANDAU CHARLOTTENSTR. 24a
NIEDERSCHÖNEWEIDE BROCKENSTR. 6

Verkäufe

Eisschrank. Billigst. Kolonnenstraße 9.

Webfehler-Teppiche.

Kleine Webfehler	2×3	19.—	Mark
Kleine Webfehler	2×3	24.—	Mark
Kleine Webfehler	2½×3½	38.—	Mark
Kleine Webfehler	3×4	56.—	Mark
Ia Qualität	2×3	28.—	Mark
Ia Qualität	2½×3½	53.—	Mark
Ia Qualität	3×4	65.—	Mark

Köhner, Berlin, Potsdamerstraße 26a. Hausnummer beachten.

Bettenverkauf! Neue 12.50! 15.—! 19.50! Prachtbetten 25.—! 27.50! Bauernbetten 29.—! 38.—! Inlette! spottbillig und auf! Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstraße 47.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Von Kavalieren wenig getragene, teils auf Seide, und neue Jackettanzüge, Smokinganzüge, Abendanzüge, Frackanzüge, Ulster, Paletots, Gehpaletots, Bauchanzüge, jede Figur passend. Sportpelze, Gehpelze, Damenpelzmäntel, Musikapparate, Goldwaren enorm billig. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstraße 2, Hallesches Tor.

Wenig getragene Kavaliersgarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportbekleidung, Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe. Rosenthaler Platz.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Gummimäntel, Cutawayanzüge, Gabardinemäntel, Covercoatpaletots, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge spottbillig. Gesellschaftsanzüge werden verliehen. Halpern, Rosenthalerstraße 4, 1 Etage.

Getragene Herrengarderobe. Spezialität Bauchfiguren, spottbillig. Rosß, Hermannstraße 25/26, früher Mulackstraße.

Möbel

Ohne Anzahlung! Möbel, komplette Einrichtungen sowie Ankleideschränke, Bettstellen, Ruhebetten, Küchen, Korbmöbel usw. Ablich u. Co., Kaiserstraße 6—7, Alexanderplatz, Ableihhaus. Lieferung nach auswärts.

Ankleideschränke, Wäscheabteilung, Spiegel 98.—, größer 125.—, Bücherschränke 45.—, Küchen 79.—, Riesenauswahl. Möbelhaus Fransleckstraße 4.

Möbelkäufer
werle Kredit
und der
Möbelhaus,
große Auswahl,
kleine Preise!
Beispielsweise.

Schlafzimmer 465, Speisezimmer 517, Herrenzimmer 389, Spiegelschränke 118, Dielengarnituren 38, Anrichteküchen 90, Messingbettstelle 66, Kleiderschränke 45, Chaiselongues 28, Metallbettstelle 18, Auflegematratzen 18. Sonstige Möbel entsprechende Preise. Zahlung aufschlagfrei. Wochenraten. Monatsraten Kassarabatt bis zehn Prozent. Anzahlungen, kleine auch ohne Anzahlungen Kredite bis zwei Jahre. Mäßige Zinsen. Hauptgeschäft Straße Schönhauserstraße 187; 2. Geschäft Neukölln, Hermannplatz 7; 3. Geschäft Belle-Alliancestraße 95, Untergrundbahn; 4. Spezialabteilung Neukölln, Hermannplatz 4; 5. Geschäft, Kottbusser Straße Nr. 22, am Tor. Katalog franko.

Plüschsofas wie neu 50.—. Doppelaltes nur 12.

Möbel-Ramerling, Kastanienallee 56. Anrichteküchen, Chwalstische, Bettklappschränke, Flurmöbel. Riesenauswahl. Spottpreise. Zahlungserleichterung.

Patentmatratzen „Primissima". Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden.

Musikinstrumente

Ohne Anzahlung. Pianos in großer Auswahl, neue und gebrauchte, mit herrlicher Tonfülle. Langjähriger Garantieschein. Kleine Ratenzahlung. Heret, Brunnenstraße 191, 1 Treppe, am Rosenthalerplatz.

Hoffmann-Pianos. Stammhaus gegründet 1887. Pianos, Flügel, Harmoniums, 100 Instrumente. Auswahl anerkannte Tonschönheit. Preiswürdigkeit, günstige Teilzahlungen. Neue Pianos 900 Mark, gebrauchte 400 Mark an. Stets Gelegenheitskäufe. Alte Instrumente Gegenrechnung. Pianofortefabrik Georg Hoffmann G. m. b. H. Berlin SW. 68, Leipzigerstraße 57 (Spittelmarkt).

275.—, 325.—, 350.—, 375.—, 425.—, 450.—, 475.—, gebrauchte Pianos. Teilzahlung. Heret, Prinzenstraße neunzig.

Ohne Anzahlung. Pianos, gebraucht und neu. Garantieschein. Thür, Kottbusser Damm 64, I (am Hermannplatz).

Lustpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 25.

40 000 Schallplatten, 25 Zentimeter, Stück 0,95 M. Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Nähmaschinen

Singerbobbin, große, sehr gut erhalten, 65 M. Töpfer, Neukölln, Berlinerstraße 14.

Fahrräder

300 gebrauchte Fahrräder 15.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—. Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Altzinn, Blei, Quecksilber, Silberschmelze. Goldschmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 20 (Hallestraße Adalbertstraße).

Winter-Joppen

Winterjoppe einreihig, grün Loden, warm gefüttert . . . . . M	18.-	**Winterjoppe** in Sportform u. i. 2reihig. Form, Muff- u. Seitentasch., gut gefütt.	30.-
Winterjoppen aus marengo u. grünem Loden, zweireihig, warm gefüttert . M	24.-	**Sportjoppe** aus graublauem Cheviot, 2reih., offen und geschlossen zu tragen	36.-

Chauffeur-Pelze

Grauer Whipkordbezug Schaffellstückenfutter, Biberinkragen, Aermelpelzfütterung und Ledereinfassung der Taschen und Knopflöcher sowie Besatz des linken Aermels . . . . . M **145.-**

Dunkelgrauer Düffelbezug Schaffellfutter und Kragen, Aermelpelzfütterung, Lederpaspellierung . . . . . M **175.-**

Besonders kräftiger Düffelbezug mit Lammfellfutter und Kragen, Aermelpelzfütterung und Lederbesatz . . . M **195.-**

Pelzjoppen mit Nerzmurmelseitenfutter, Biberinkragen und bomerpanartigem Stoffbezug . . . . . M **65.-**

Pelzwesten kräftiger Stoffbezug, Lammfellstückenfutter, Satinellaärmel M	42.-	**Pelzwesten** mit Aermelpelzfütterung . . M	48.-

BAER SOHN A.-G.

BERLIN N 4, Chausseestraße 29-30 Untergrund Stettiner Bahnhof

Oeffentliche Wählerkundgebungen

Heute, Donnerstag, 14. November:

Britz-Buckow. Antreten zum Werbeumzug mit Musik um 18½ Uhr. Treffpunkt: Hannemannstraße Ecke Chausseestraße in Britz. Anschließend Wählerkundgebung im Lokal „Buschkrug", Rudower Str. 49. Referent: Bürgermeister Dr. Ostrowski.

Köpenick. Treffpunkt zum Werbeumzug um 18¾ Uhr am Stadtpark, Alte Fürstenwalder Straße. Anschließend Wählerkundgebung im Stadttheater, Friedrichstr. 6. Referent Otto Meier, M. d. L.

Charlottenburg 52. und 53. Abt. 19 Uhr in der Aula der Gemeindeschule Wiebestraße Eingang Neues Ufer. Referent: Stadtrat Georg Wendt, M. d. R.

Friedrichsfelde. 19½ Uhr in Tempels Festsälen, Prinzenallee 45. Vortrag: Privatwirtschaft und Gemeindewirtschaft.

Neu-Lichtenberg. 20 Uhr in der Turnhalle, Lückstr. 63. Referent: Bürgermeister Paul Mieliß.

Adlershof. 19½ Uhr im Saal von Wöllstein, Bismarckstr. 73/75. Referent: Stadtverordneter Max Urich.

Schmargendorf. 20 Uhr im Lokal Forsthaus. Referent: Erich Kuttner, M. d. L.

Alt-Glienicke/Falkenberg. 19½ Uhr im Deutschen Haus, Alt-Glienicke, Grünauer Straße 85. Referent: Stadtverordneter Wilhelm Strieder.

Bohnsdorf. 20 Uhr im Parkrestaurant, Inhaber Max Schulz. Referent: Stadtverordneter Hermann Lempert.

Marienfelde. 20 Uhr im Lokal Lindenpark, Berliner Straße Ecke Dorfstraße. Referent: Stadtverordneter Gustav Hädicke.

Niederschöneweide. 19½ Uhr in der Schulaula, Berliner Str. 31. Referent: Stadtrat Karl Wermuth.

Lankwitz. 20 Uhr bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 29/31. Referent: Stadtverordneter Siegfried Kawerau.

Lichtenrade. 20 Uhr im Lokal Rohrmann, Hilbertstr. 19. Referent: Stadtverordneter Alfred John.

Lichterfelde. 19½ Uhr in der Aula der Oberrealschule, Ringstraße. Referent: Stadtrat Franz Czeminski.

Dahlem. 20 Uhr im Lokal Schilling, Königin-Luise-Straße 40. Referent: Robert Breuer.

Rudow. 20 Uhr im Lokal Grümmer, Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 47. Referent: Stadtverordneter Robert Rohde.

Tegel. 20 Uhr im Strandschloß, Uferstraße. Referent: Franz Künstler, M. d. R.

Reinickendorf-West. 20 Uhr in Müllers Festsälen, Scharnweberstraße 14. Referent: Stadtverordneter Bruno Krause.

Reinickendorf-Ost. 20 Uhr im Schützenhaus, Residenzstraße 1. Referent: Dr. Julius Moses, M. d. R.

Beamtenversammlung des Kreises Wedding. 19 Uhr in den Pharussälen, Müllerstr. 142. Thema: Was erwarten wir von der neuen Stadtverordnetenversammlung? Referent: Stadtverordneter Gustav Blaschzik.

Neukölln. 19½ Uhr im Saalbau Neukölln, Bergstr. 147, Film- und Vortragsabend. Ansprache des Genossen Stadtrat Karl Schneider.

Morgen, Freitag, 15. November:

Mitte. 19½ Uhr im Hackeschen Hof, Rosenthaler Straße 40/41, verbunden mit politisch-satirischen Vorführungen, unter Mitwirkung der Rezitatorin Martha John, Puggi Muck und der Sozialistischen Arbeiterjugend. Ansprache: Stadtverordneter Willi Riese.

Funkwinkel.

Admiral a. D. **Brüninghaus** und der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Julius **Leber** sprechen über die Deutsche Welle, übertragen auf Berlin, über die **Wehrmacht der Republik**. Der Vortrag findet im Rahmen eines Zyklus „**Gedanken zur Zeit**" statt. Es ist eine gedankliche Diskussion ohne Schärfe trotz des Gegensatzes in der politischen Weltanschauung der beiden Partner. Auf sachlicher Basis treffen sich die Gegner. Dr. Leber betont, daß nicht nur der Versailler Vertrag für die Größe der Wehrmacht ausschlaggebend ist, sondern auch in starker Beziehung die Finanzkraft des Reiches. Der Wehretat muß unter allen Umständen auf der Grundlage des Erträglichen bleiben. Beide Sprecher sind sich trotz verschiedener Haltung darüber einig, daß die Kavallerie heute überflüssig ist. Dem Vorwurf, den Leber erhebt, daß die Reichswehr in ihrer Zusammensetzung zu wenig das Proletariat berücksichtigt und zu sehr rechts eingestellt ist, weicht Brüninghaus aus. Es ist eine Diskussion, die mehr einen Ueberblick als Entscheidungen bringt, und dies liegt auch im Interesse des Zyklus, der nur instruktiv wirken will. Dennoch erwähnt Leber ganz kurz alle diese Dinge, die nicht für die Reichswehr sprechen. Der Stadtverordnete Gen. **Flatau** weist in seinem Vortrag „Arbeitnehmer und Gemeinde" noch einmal darauf hin, daß die Ausübung des Wahlrechts zum Stadtparlament Pflicht jeden Bürgers ist. Herbert **Eulenberg** liest aus seinen Werken. Es bleibt ein etwas beschaulicher, aber sehr schöner Vortrag, denn Eulenberg ist ein Sprecher, der die Pointen herausarbeitet, ohne sie betont in Sperrdruck zu bringen. Ein Plauderer und ein geistvoller Mensch. Das Abendprogramm bringt Ausschnitte aus Paul **Graeners** Opern, die in Berlin leider zu wenig bekannt sind. Leider fehlt seine „Theophano". Der Rundfunk erfüllt mit dieser Sendung seinen Hörern gegenüber eine Pflicht. Der Komponist dirigiert selber. F. S.

Tiergarten. 19½ Uhr im Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstraße 24. Referenten: Stadtverordnete Dr. Käthe Frankenthal, und Stadtverordneter Karl Bublitz.

Wedding. 19½ Uhr in den Pharussälen, Müllerstr. 142. Referenten: Stadtverordneter Hugo Heimann und Stadtverordnetenvorsteher Johannes Haß. — Batzenhoferausschank, Chausseestraße 64. Referenten: Johannes Stelling, M. d. R., und Stadtverordneter Max Urich. — Schulaula Grünthaler Str. 5. Referenten: Bürgermeister Karl Leid und Stadtverordneter Gustav Blaschzik. — Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 47. Referenten: Stadtverordneter Karl Klose und Stadtverordneter Alfred John.

Pankow. 19½ Uhr in Lindners Konzerthaus, Breite Straße. Marktplatz. Thema: Wirtschaftlicher und sozialer Aufbau Berlins nur durch die SPD. Referent: Bürgermeister Dr. Ostrowski.

Kreuzberg. 18½ Uhr Antreten zum Werbeumzug mit Musik und Fackeln Fontanepromenade. Anschließend Kundgebung unter freiem Himmel. Referent: Stadtverordneter Max Kreuziger.

Tiergarten 8. Abt. 19½ Uhr im Nationalhof, Bülowstr. 37. Referent: Erich Kuttner, M. d. L. Filmvorführung: Freie Fahrt.

Siemensstadt. 20 Uhr im Lokal Heidekrug, Nonnendammallee 89. Filmvorführung: Weg einer Proletarierin. Referent: Genosse Seling.

Wannsee. 20 Uhr im Lokal Reichsadler, Königstraße. Thema: Die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben in der Kommune. Referentin: Clara Bohm-Schuch, M. d. R.

Britz-Buckow. 20 Uhr im Lokal Dietrich in Buckow, Dorfstr. 1. Filmvorführung: Weg einer Proletarierin. Referent: Stadtverordneter Hermann Lempert.

Charlottenburg. Treffpunkt zum Werbeumzug mit Musik und Fackeln pünktlich 18½ Uhr am Friedrich-Karl-Platz.

Schöneberg. 20 Uhr in der Aula der Uhlandschule, Kolonnenstraße 22/23. Thema: Der Kampf um das rote Haus. Referent: Stadtbaurat Dr. Wagner. Ferner spricht Polizeioberst a. D. Hermann Schützinger über das Thema: Warum müssen Beamte, Arbeiter und Angestellte sozialdemokratisch wählen? — Oeffentliche Wählerkundgebung in der Siedlung Lindenhof, Saal des Ledigenheims um 20 Uhr. Referent: Stadtverordneter Erich Flatau.

Steglitz. 20 Uhr in der Aula der Oberrealschule, Elisenstraße. Referenten: Stadtrat Siegfried Hermes und Stadtverordneter Otto Klose.

Treptow. 19½ Uhr im Viktoriagarten, Treptower Park 25/26. Referent: Stadtrat Karl Wermuth. — Vorher um 18½ Uhr an der Wiener Brücke Antreten zum Werbeumzug mit Musik.

Oberschöneweide. 20 Uhr im Lokal Blumengarten (Inhaber Gärtig). Referent: Stadtverordneter Dr. Siegfried Kawerau. — Vorher um 18½ Uhr Antreten zum Werbeumzug durch den Ort auf dem Marktplatz in Oberschöneweide.

Mariendorf. 20 Uhr „Mali", Chausseestraße 305. Referenten: Landtagspräsident Friedrich Bartels und Jugendsekretär Bruno Löschе. — Vorher Antreten zum Werbeumzug um 19 Uhr am Ullsteinhaus.

Zehlendorf. 20 Uhr im Lokal Lindenpark, Berliner Straße Ecke Gartenstraße. Referent: Wilhelm Dittmann, M. d. R. — Vorher Antreten um 18 Uhr zum Werbeumzug mit Musik Siedlung Fischgrund, Riemeisterstraße Ecke Schlieffenstraße. — Oeffentliche Wählerkundgebung im Lokal Kaiserhof, Zehlendorf, Potsdamer Straße. Referent: Stadtrat Matern.

Baumschulenweg. 19½ Uhr in der Aula des Gymnasiums, Baumschulenstraße. Referentin: Stadträtin Clara Weyl.

Friedrichshagen. 20 Uhr im großen Saal des Gesellschaftshauses, Friedrichstr. 137. Konzert, Gesang. Referent: Stadtrat Ernst Reuter. — Vorher Fackelzug durch die Straßen des Ortes. Treffen 19 Uhr am Bahnhof.

Weißensee. 19½ Uhr in der Stadthalle, Viktoriastraße. Referenten: Karl Litke, M. d. R., und Lehrer Otto Faust.

Hohenschönhausen. 20 Uhr in der Schulaula, Roederstraße. Referent: Stadtrat Karl Hetzschold.

Niederschönhausen. 20 Uhr im großen Saal des Lokals Schloß Schönhausen, Lindenstraße. Referent: Stadtverordneter Siegfried Weinberg. — Künstlerische Umrahmung durch den Gesangverein „Zukunft"-Pankow und Sprechchor Niederschönhausen.

Blankenburg. 20 Uhr im Lokal Klug, Dorfstraße 2. Referent: Stadtverordneter Hermann Amberg.

Kaulsdorf. 19½ Uhr bei Escherich, Alt-Kaulsdorf, Ecke Dorfstraße. Referent: Stadtverordneter Ernst Arndt. Unter Mitwirkung des Arbeitersängerchors „Freiheit".

Karlshorst. Werbeumzug mit Musik und Fackeln. Sammeln um 18 Uhr Stolzenfelsstraße vor dem Lokal „Deutsches Haus". Anschließend Wählerkundgebung im „Deutschen Haus", Stolzenfelsstraße. Referenten: Stadtrat Franz Czeminski und Bezirksverordnete Else Scheibenhuber.

Biesdorf. 20 Uhr in den Schillersälen, Biesdorf-Nord, Königstraße 120. Referent: Stadtrat Stimming.

Mahlsdorf. 20 Uhr bei Anders, Bahnhofstr. 37. Referent: Stadtverordneter Dr. Richard Lohmann, M. d. L.

Tegel. 19½ Uhr in Tegelort, Lokal „Zum Schwan", Scharfenbergstraße. Referenten: Stadtverordneter Heinrich Schäfer und Bezirksverordneter Hermann Wallschläger.

Sonnabend, 16. November:

Mitte. Abmarsch zum Werbeumzug mit Musik und Fackeln um 18½ Uhr vom Arkonaplatz.

Tiergarten. Antreten zum Werbeumzug mit Musik und Fackeln um 18 Uhr Kleiner Tiergarten. — **8. Abt.** Treffpunkt zum Werbeumzug um 17½ Uhr auf dem Dennewitzplatz.

Friedrichshain. Große Straßenkundgebung mit Musik um 17½ Uhr vom Büschingplatz aus. Abmarsch pünktlich 18 Uhr. Genossen, sorgt für starke Beteiligung.

Kreuzberg. 15 Uhr Abfahrt der Propagandaautos mit Musik von der Fontanepromenade.

Neukölln. Dritter Werbeumzug beginnt um 18 Uhr am Richardplatz. Treffpunkte der einzelnen Abteilungen: 89. und 90. Abt. 17 Uhr am Reuterplatz, 91., 94. und 95. Abt. 17¼ Uhr am Boddinplatz, 92. und 93. Abt. 17½ Uhr am Herzbergplatz, 96., 97. und 98. Abt. 17¾ Uhr am Richardplatz. Spitze nach dem Hohenzollernplatz, 99. Abt. Britz 17 Uhr Hannemannstraße Ecke Rungiusstraße (Idealsiedlung). Redner bei der Schlußkundgebung: Landtagspräsident Friedrich Bartels.

Schöneberg. Treffpunkt zum Werbeumzug mit Musik um 19 Uhr auf dem Wartburgplatz.

Lichtenberg. Großer Werbeumzug. Treffpunkt: Platz vor der Jugendbühne, Spitze Berlin. Abmarsch pünktlich 17½ Uhr. — Werbeausschuß Lichtenberg. Sämtliche Arbeiter, Angestellte und Beamte der öffentlichen Verwaltungen, Anstalten und Betriebe im Bezirk Lichtenberg beteiligen sich restlos an dem Werbeumzug des Kreises Lichtenberg. Treffpunkt und Abmarsch: 17½ Uhr Platz vor der Jugendbühne, Spitze Berlin.

Pankow. Werbeumzug mit zwei Musikkapellen und Fackeln. Abmarsch 18 Uhr Pankow, Breite Straße, Marktplatz.

Tempelhof. 18 Uhr Sammeln zum Werbeumzug am Ullsteinhaus. Anschließend Kundgebung in der Aula des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Straße. Referent: Stadtverordneter Dr. Siegfried Kawerau. — Die Radfahrer treffen sich um 15½ Uhr bei Pommerening, Berliner Str. 100. Eingeladen hierzu sind die Radfahrer der SAJ., des Reichsbanners und von „Solidarität".

Lankwitz und Lichterfelde. Treffpunkt zum Werbeumzug mit Musik um 18 Uhr Händelplatz in Lichterfelde. Anschließend Kundgebung auf dem Rathausplatz in Lankwitz. Referent: Stadtrat Wilhelm Reimann.

Johannisthal. 17½ Uhr auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz Konzert der Reichsbannerkapelle. Ansprache: Stadtrat Albert Horlitz. Anschließend Fackelzug mit Musik.

Schmöckwitz-Eichwalde. 20 Uhr im Lokal Witte, „Waldschlößchen", Eichwalde, Kaiser-Friedrich-Straße 1. Filmvorführung: Freie Fahrt. Referent: Stadtverordneter Reinhold Eichberg.

Kaulsdorf-Süd. 20 Uhr in der Schule, Ulmenstraße. Filmvorführung: Weg einer Proletarierin. Referentin: Frauensekretärin Käthe Kern.

Freie Scholle. 20 Uhr im Lokal „Schollenkrug". Referent: Stadtverordneter Hermann Amberg.

Reinickendorf-Ost. Treffpunkt zum Werbeumzug 18½ Uhr auf dem Marktplatz.

Karow. 20 Uhr im Lokal Maye, Dorfstraße. Referent: Stadtrat Burkhardt.

Sonntag, 17. November:

Kreuzberg. Letzte Wählerkundgebung aller radfahrenden Parteigenossen der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Reichsbannerkameraden. Treffpunkt: vormittags 10 Uhr Heinrichplatz.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Singkreis! Nächste Uebungsstunde am Montag, dem 18. November, pünktlich 19½ Uhr im Jugendheim Lindenstr. 4. Keiner darf fehlen.

Heute, Donnerstag, 19½ Uhr.

Norden: Heim Lychener Ecke Graunstraße. Vortrag: „Sexuelle Fragen". — **Fallplatz I:** Schule Sonnenburger Str. 20. Vortrag: „Erlebnisse aus unseren Betrieben". — **Nordosten II:** Heim Danziger Str. 62. Vortrag: „1904—1929" (Werbeabend). — **Schönhauser Vorstadt:** Schule Sonnenburger Str. 20. Vortrag: „Klarer — Stadtverordnetenwahl". Referent: Genosse Raderholz. Anschließend Mitgliederversammlung. — **Stralauer Viertel:** Propagandafahrt mit dem Lastauto. Treffpunkt 17½, 18 und 18½ Uhr Lasker- Ecke Goßlerstraße. Fahnen nicht vergessen. Die Genossen anderer Abteilungen aus dem Werbebezirk werden gebeten, sich hieran zu beteiligen. — **Hallesches Tor:** Heim Yorckstraße 11. Vortrag: „Die Gemeinschaft in der SAJ." — **Köpenicker Viertel:** Schule Wrangelstr. 126. Vortrag: „Geschichte der Arbeiterjugendbewegung". — **Kottbusser Tor:** Heim Reiher Str. 27. Vortrag: „Das neue Rußland". — **Südwest:** Heim Lindenstr. 4. Heimabend. — **Westend:** Heim auf dem Sportplatz Westend. Mitgliederversammlung. — **Wilmersdorf:** Heim Wilhelmsaue 122. Heimabend. — **Dahlem** (R.-F.): Beteiligung an der Parteiversammlung. Treffpunkt 20 Uhr „Fo'e-Hallen-Ecke". — **Zehlendorf:** Potsdamer Str. 5—7. Nordschule. Pavillon. Vortrag: „Sozialistische Lebensgestaltung". — **Friedrichshagen:** Wählerkundgebung. Treffpunkt 19½ Uhr zum Fackelzug. — **Britz I und II:** Geschlossene Beteiligung an der Wahldemonstration der Partei. Treffpunkt 18½ Uhr Rathaus. — **Pankow III** (R.-F.): Heim Görschstr. 14. Konzerte' für Frauen. — **Friedrichsfelde:** Beteiligung an der Wählerkundgebung der Partei. Lokal Tempel, Prinzenallee 45, 19½ Uhr. — **Neu-Lichtenberg:** Wir beteiligen uns an der Wählerkundgebung der Partei in der Schulaula Lückstraße um 19½ Uhr.

Werbebezirk Prenzlauer Berg. Tambourkorps: Wir spielen heute in Neukölln. Treffpunkt 18½ Uhr Bahnhof Prenzlauer Allee. Nachzügler 18¾ Uhr Bahnhof Kaiser-Friedrich-Straße in Neukölln.

Werbebezirk Neukölln: Engere Werbebezirksvorstandssitzung mit den Abteilungsleitern im Heim Bergstr. 29, Raum 4, pünktlich 19½ Uhr. Alle Gruppen müssen vertreten sein.

Werbebezirk Kreuzberg: Morgen Demonstration mit der Partei. Treffpunkt 18 Uhr Fontanepromenade.

Werbebezirk Reinickendorf: Morgen Uebungsabend (Volkstänze) im Volkshaus für das Winterfest der Partei, pünktlich 19½ Uhr.

Die Not der schweren Zeit

zwingt zu

außergewöhnlichen Anstrengungen.

Wir haben daher besonders scharf kalkuliert und bringen die nachstehenden Angebote zu

ganz hervorragend billigen Preisen.

Auch den **wirtschaftlich Schwachen** ist es dadurch ermöglicht, sich **wirklich qualitätsreiche** und **dauerhafte** Winter-Kleidung anzuschaffen!

Unser rühmlich bekanntes Wäschelager bietet an:

Leibwäsche

aus allen erdenklichen, nur guten Stoffen, von einfacher bis zur elegantesten Ausstattung. Besonders bemerkenswert:

extra weite Leibwäsche

auch in Seide usw. in großer Auswahl vorrätig.

Hauswäsche, Schlafanzüge, Badewäsche

u. a. ganz besonders für Weihnachtsgeschenke geeignet, äußerst preiswert.

Leopold Gadiel

Das Haus für grosse Weiten

Bildschöner **jugendlicher Mantel** aus **Ottomane**, ganz auf elegantem Steppfutter, mit herrlichem **Schal-** und **Bubikragen** und modernen hohen **Manschetten**. Dieser **warme und mollige Mantel** kostet nur **49.—**

Ausgezeichneter **Marengo-Mantel** aus weichem warmen reinwollenen Stoff, ganz auf elegantem Futter mit aufgesetzten Taschen, langer Rückenfalte und Gürtel. Dieser prachtvolle Wintermantel ist in kleinen und auch in **großen Frauenweiten** vorrätig und kostet nur **59.—**

Wundervolles Nachmittags-Kleid aus reinseidenem **Crêpe Marocain**, mit Kragen und Jabot aus Crêpe Georgette m. Hohlsaumschmuck, mit reicher und aparter Biesen-Garnierung des Rockes und der Aermel, modernem Glockenschnitt, Gürtel. **Ein überaus reizvolles Kleid.** In viel. Farben nur **49.—**

Reizendes Wollkleid aus vorzüglichem Material mit spitzengeränderten Kragen, Fichu- und Aermel-Aufschlägen mit zackig angesetztem weiten Glockenrock und Gürtel. Dieses warme und gediegene Kleid ist in modernen Farben, auch in den **größten Frauenweiten** vorrätig und kostet nur **22.—**

Aus dem **Riesenstrickwarenlager:** Herrliche warme **Strickkleider** aus vorzüglichem Material, in modernst. Mustern und Strickarten ab **22.—**

Reinwollene **Strick-Pullover** in besonders schöner Verarbeitung, in vielen Ausführungen und allen Größen zum Einheitspreise von nur **10.—**

Schutzzölle — hohe Löhne?

Eine amerikanische Diskussion. — Mit Nutzen auch bei uns zu lesen.

Wir entnehmen diesen instruktiven Artikel den Mitteilungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Als sich der amerikanische Arbeitsminister Davis kürzlich wieder einmal für hohe Löhne einsetzte, schloß er mit den Worten: „Der Wohlstand des Landes steckt in der Lohntüte des Arbeiters." Von der ganzen Arbeiterbewegung, und darüber hinaus von einem Teil der einsichtsvolleren Unternehmer, wird Davis in dieser Ansicht unterstützt. Hingegen herrschen immer noch große Meinungsverschiedenheiten darüber, wie der hohe Lohn in die Lohntüte des Arbeiters kommt. Wie stark gerade die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeiterbewegung sind, zeigt sich zur Zeit im Zusammenhang mit den Zollverhandlungen im amerikanischen Senat. Man kann dabei sehen, daß die meisten verantwortlichen Führer der

amerikanischen Gewerkschaftsbewegung vorwiegend in Zollerhöhungen die Voraussetzungen für die Hochhaltung des Lohnniveaus

sehen. Sie sind in der Verteidigung dieser These so aktiv und einseitig, daß eine Reaktion Andersgesinnter nicht ausbleiben konnte. Zu den überzeugendsten Ausführungen eines solchen „Zweiflers" gehört eine Arbeit von Davis J. Lewis, einem früheren Mitglied der staatlichen Zollkommission der Vereinigten Staaten. Lewis ist kein Freihandelsfanatiker und scheut nicht vor dem Schluß zurück, daß man nicht genug hohe Zölle einführen könnte, falls solche Zölle nachgewiesenermaßen das gesamte Lohnniveau heraufsetzen würden. Dies muß jedoch nach seiner Ansicht zuerst einmal genau untersucht werden. An Hand des von Lewis aufgeführten umfangreichen Zahlenmaterials lassen sich in dieser Hinsicht folgende Schlüsse ziehen:

Die wenigsten Arbeiter sind in „geschützten" Industrien.

Nur ein verhältnismäßig geringer Teil der in der Industrie beschäftigten Arbeiter hat irgendwelche Vorteile von den hohen Zöllen. So ziehen z. B. weder die 65 000 in der Oelindustrie beschäftigten Arbeiter noch die 228 000 Lohnarbeiter der Automobilindustrie irgendwelche Vorteile aus den Zöllen. Die Produkte dieser Industrien sind auf der Liste der einfuhrfreien Waren. Das gleiche gilt für die 473 000 Arbeiter der Holzindustrie. Die entsprechenden Zahlen für verschiedene andere der größeren Industrien, deren Produkte nicht zollgeschützt sind, lauten wie folgt: Konservenindustrie 201 000; Mühlenprodukte 111 000; Bäckereien 160 000; Schuhindustrie 215 000; Zeitungen, Zeitschriften und Verlagshäuser 117 000; Buchdruckereien 230 000; Papier- und Holzbreiindustrie 123 000; elektrische und Dampfeisenbahnen sowie Konstruktions- und Reparaturwerkstätten 475 000 usw.

Nicht „geschützte" Industrien haben oft höchste Löhne.

Wenn Zölle eine unbedingte Voraussetzung für hohe Löhne und gute Arbeitsbedingungen sind, weshalb stehen dann die Arbeiter dieser Industrien, in denen es keine Zölle gibt oder bei denen Zölle nicht wirksam sind, nicht auf dem „Hungerniveau" der Arbeiter anderer Länder? Weshalb sind gerade ihre Löhne so hoch und noch höher als die Löhne der Arbeiter in geschützten Industrien? Sicher wird niemand behaupten wollen, daß die 3 Millionen im Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter schlechter daran sind als die Arbeiter in den Industrien mit hohen Schutzzöllen. Es gibt 3 Millionen Bureauangestellte usw., die ebenfalls unter guten Bedingungen in Betrieben arbeiten, die nicht von Zöllen „profitieren".

Amerika hat eine vielfältige Bergbauindustrie, in der 1 090 000 Arbeiter beschäftigt sind, und die pro Jahr Güter im Werte von 5,4 Milliarden Dollar herstellt. 95 Prozent der Anlagen dieser Industrie stellen Produkte her, die nicht den geringsten Zollschutz genießen. Trotzdem erzählt man den Millionen in dieser Industrie beschäftigten Arbeitern Jahr für Jahr, daß sie ihre verhältnismäßig hohen Löhne den Zöllen zu verdanken haben. Es gibt etwa 10,5 Millionen Landarbeiter, von denen etwa 40 Prozent Lohnarbeiter sind. Zwischen 80 bis 85 Prozent dieser Arbeiter sind mit der Gewinnung von Stapelgütern beschäftigt, die keinen Zollschutz genießen. Sie stehen eigentlich ganz außerhalb des Schutzzollkreises. Trotzdem macht man den Bauern weis, daß die gelegentlich hohen Löhne und die manchmal bei einzelnen Produkten sich einstellenden hohen Preise auf das amerikanische Zollsystem zurückzuführen seien.

Es ist äußerst wichtig, den Arbeitern zu sagen, daß die Löhne in den nicht geschützten Industrien durchschnittlich höher sind als in jenen Industrien, die die besondere Gunst und Fürsorge der Schutzzollstrategen genießen. Man braucht in dieser Frage nicht weiter einzudringen, sondern kann sich damit begnügen, Interessenten zu einem

Vergleich zwischen den Löhnen der Automobilindustrie und der Textilindustrie

einzuladen! In der ersten dieser Industrien, die nicht den geringsten Zollschutz genießt, sind den Aussagen aller kompetenten Instanzen zufolge die Löhne außerordentlich hoch und die Arbeitsbedingungen ungewöhnlich gut. Die Kapitäne dieser gut ausgerüsteten Industrie sagen stolz, daß sie sich mit Leichtigkeit ohne die Hilfe des Parlaments auf allen Märkten der Welt behaupten können. Die Textilindustrie, die alle Zollvergünstigungen erhalten hat, die sie verlangte, ist wegen ihrer äußerst niedrigen Löhne im ganzen Lande berüchtigt. Trotzdem werden gerade von dieser Industrie neue Zollvergünstigungen verlangt. Aehnliche Vergleiche könnten in einer ganzen Reihe von zollgeschützten und ungeschützten Industrien gemacht werden.

Was hat man im Hinblick auf solche Tatsachen von der einleitenden Klausel der neuen Zolltarifvorlage zu halten, die besagt, daß die Zölle „die amerikanischen Arbeiter schützen sollen?"

Wirkliche Ursachen der amerikanischen Lohnhöhe.

Im folgenden noch einige andere Seiten des Arguments, daß ausschließlich hohe Zölle für die hohen Löhne verantwortlich sind: Lewis erklärt mit Nachdruck, daß, wenn die Produktionskapazität per Arbeiter in Betracht gezogen wird, amerikanische Arbeiter nur in Ausnahmefällen höhere Löhne erhalten als die Arbeiter anderer Länder. Die hohen Löhne in Amerika müssen auf verschiedene Faktoren zurückgeführt werden: 1. auf größere natürliche Reichtümer; 2. auf umfangreicheres und besseres Maschinenmaterial; 3. auf größere Finanzkraft; 4. auf die größere Leistung des einzelnen Arbeiters; 5. auf einen Innenmarkt, der so groß ist, daß er auf mannigfachen Gebieten Massenproduktion ermöglicht. Ohne diese verschiedenen Vorteile würden die Arbeiter wahrscheinlich auf keinem höheren Niveau stehen als die Arbeiter in anderen Ländern. Bei der Festsetzung der Löhne spielt das Quantum der Produktion eine große Rolle, d. h. die Löhne schwanken je nach der Produktionskapazität der Arbeiter.

Wenn hohe Zölle die eigentliche Ursache der hohen Löhne wären, wer will dann erklären, weshalb die Arbeiter vieler europäischer Länder, die noch höhere Zölle haben als die Vereinigten Staaten, trotzdem schlechte Löhne erhalten und unter schlechten Arbeitsbedingungen leiden? Wenn die Zölle die Grundlagen des amerikanischen Wohlstandes sind, weshalb leben dann die Arbeiter in der Tschechoslowakei, Rußland oder Spanien nicht im gleichen Wohlstand? Auch in diesen Ländern gibt es Schutzzölle; und sie sind in einigen Fällen höher als in den USA. Die Schutzzollbefürworter mögen diese Frage beantworten, wenn sie können!

Ein schutzzollfreundliches Arbeiterblatt,

das die Ausführungen von Lewis veröffentlicht, kann als Maßstab dafür genommen werden, wie man in den Kreisen der Gewerkschaften auf solche — übrigens seltene! — Stimmen von der „anderen Seite" reagiert. Man führt keine Gegenargumente an, sondern erklärt kurz und bündig, daß man von solchen Feststellungen nichts wissen will. So fügt denn auch das besagte Blatt, obwohl es die Zahlen von Lewis in allen Einzelheiten widergibt, einfach zu Beginn die einleitende Bemerkung bei: „Obwohl wir uns mit den im nachstehenden Artikel in der Zollfrage gezogenen Schlußfolgerungen nicht vereinigen können, geben wir den Artikel zu Informationszwecken wieder. Wir stellen uns auf den Standpunkt Voltaires, der sagte: „Ich bin anderer Meinung als du, aber ich kämpfe bis zum Tode für dein Recht, deine Meinung zum Ausdruck zu bringen." Die Zollfrage ist zur Zeit für die Arbeiter Amerikas das entscheidende Problem und die Arbeiterpresse sollte ihm, so glauben wir, einige Aufmerksamkeit schenken.

Volksfürsorge weiter aufwärts.

Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherung A.-G. — Volksfürsorge — in Hamburg hat im dritten Vierteljahr 1929 135 502 neue Anträge mit 64,3 Millionen Mark neuen Versicherungssummen zu verzeichnen. Der stürmische Zuwachs des Jahres 1929 in der Versicherung Volk und Leben erhöht sich damit auf 445 663 Anträge mit 208,88 Millionen Mark. Der Versicherungsbestand betrug Ende September 1929 insgesamt 1 834 000 Policen mit 743,8 Millionen Mark Versicherungssumme. Der Vermögensstand hat sich auf rund 75 Millionen Mark erhöht. Es gibt keine private Versicherungsgesellschaft, die auch nur annähernd ein so stürmisches Wachstum zu verzeichnen hätte.

Deutsche Elektrizitätswirtschaft.

Die öffentlichen Werke haben das absolute Uebergewicht.

Nach den neuesten Veröffentlichungen von „Wirtschaft und Statistik" ist die deutsche Stromerzeugung von 1925 bis 1928 von 20,3 auf 27,9 Milliarden Kilowattstunden oder um rund 40 Proz. gestiegen, und für 1929 erwartet man eine Steigerung bis auf 32 Milliarden Kilowattstunden. Das Tempo der Entwicklung des deutschen Kraftverbrauchs ist also enorm.

In der Zeit von Januar bis Juli 1929 war bei den in der Monatsstatistik erfaßten 122 Werken die Erzeugung um 18 Proz. höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Gleichzeitig hat sich eine sehr beachtliche Verschiebung im Jahre 1928 vollzogen, und zwar zugunsten der öffentlichen Werke. Während von 1925 bis 1927 in den Eigenanlagen der Selbstversorger noch 51 Proz., in den öffentlichen Werken nur 49 Proz. der Stromerzeugung vereinigt waren, hat sich dieses Verhältnis im Jahre 1928 umgekehrt. Dabei sind die leistungsfähigeren Anlagen stark bei den öffentlichen Werken konzentriert. Von 7217 erfaßten Kraftanlagen kamen 14,1 Milliarden erzeugte Kilowattstunden auf 1417 öffentliche Werke, während 13,7 Milliarden Kilowattstunden, also eine geringere Kraftmenge, sich auf 5800 Eigenanlagen, das ist mehr als das Vierfache, verteilten. Auch bei der installierten Maschinenleistung zeigt sich eine Ueberlegenheit der öffentlichen Werke. Die Leistung stieg bei allen Anlagen von 10,2 auf 11,1 Millionen Kilowatt, die Steigerung betrug im Jahre 1928 bei den öffentlichen Werken aber 10 Proz., bei den privaten Eigenanlagen nur 6 Proz.

Es zeigt sich auch hier, warum das Privatkapital ein so großes Interesse daran hat, die öffentlichen Werke zu privatisieren. Es ist aus ihnen eben sehr viel für den Privatprofit herauszuholen. Auch das muß am 17. November bei der Stimmabgabe berücksichtigt werden.

Der Winter auf dem Arbeitsmarkt.

920000 Arbeitslose im Reich

Die winterliche Belastung des Arbeitsmarktes nahm nach dem Bericht der Reichsanstalt in der Woche vom 4. bis 9. November zu; so stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung um etwa 60 000 und dürfte am 7. November nahe an 920 000 liegen. Das Tempo der fortschreitenden Arbeitslosigkeit war sehr uneinheitlich. Im allgemeinen folgt die Kurve der Arbeitslosigkeit, wenn auch auf höherem Stande, der Entwicklung des Vorjahres.

Ertragsrechnung in der Landwirtschaft.

Wertvolle Revisionsrichtlinien der Preußenkasse.

Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse gibt soeben Richtlinien für betriebswirtschaftlich materielle Prüfungen genossenschaftlicher Organisationen heraus, die in aller Kürze und Klarheit zum ersten Male eine systematische Unterhaltung des Revisionswesens bezwecken. Von besonderem Interesse ist das Kapitel über die Prüfung der Ertragsrechnung.

Die Aufwendungen sind neben genauerer Unterteilung in regelmäßige laufende und im Gegensatz dazu in einmalige und anormale Aufwendungen einzuteilen. Es ist besonders darauf zu achten, ob die Aufwendungen für das normale Geschäft auch durch normale Erträgnisse gedeckt werden. Die Betrachtung der Zinsspanne bei Kreditgenossenschaften muß nicht mit allgemeinen Ausdrücken, sondern zahlenmäßig genau dargestellt werden. Es ist nicht Sache der Genossenschaft, hohen Gewinn anzustreben. Es soll bei Genossenschaften auf die Verzinsung der Geschäftsguthaben geringerer Wert gelegt werden als beispielsweise auf die Dividendenzahlung bei Aktiengesellschaften. Der Genosse wird nicht Mitglied, um das als Geschäftsguthaben angelegte Geld möglichst ertragreich anzulegen, sondern um an den Geschäften der Genossenschaft selbst unmittelbar teilzunehmen. Somit ist es nicht zu rechtfertigen, daß eine Genossenschaft, wie mehrfach festgestellt, die Verzinsung der Geschäftsguthaben als pflichtmäßigen Aufwand betrachtet und entsprechende Beträge von vornherein in die Aufwandsrechnung einbezieht.

Ebenso unvertretbar erscheint es, wenn ohne Rücksicht auf das Geschäftsergebnis Zinsvergütungen an kreditnehmende Mitglieder pro rata der Geschäftsguthaben erfolgen. Die allgemein überaus niedrige Eigenkapitalbasis wird bei den meisten Genossenschaften für absehbare Zeit eine Gewinnausschüttung unrationell erscheinen lassen. Es ist abwegig, die Konkurrenzfähigkeit der Genossenschaft zu gefährden, um aus ungesunden Gewinnen des Prestiges halber eine Dividende gewähren zu können.

Die neuen Richtlinien der Preußenkasse sind ebenso scharf als bestimmt. Sie leisten dem ländlichen Genossenschaftswesen einen sehr großen Dienst, weil sie dem volks- und privatwirtschaftlichen Sinn des Genossenschaftswesens auch in der Praxis, und zwar einheitlich, Geltung verschaffen.

Maschinenindustrie schwächer.

Internationale Kapitalschwierigkeiten gefährden das Auslandsgeschäft.

Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten teilt mit, daß die Anfragen und Aufträge aus dem Inland und Ausland bei den Werken des Verbandes im Oktober eine weitere Abschwächung erfahren haben. Als Durchschnitt ergab sich in der Beschäftigung der Werke gerade noch eine 48stündige Arbeitszeit gegen 48½ Stunden vor einigen Monaten. Die Arbeiterentlassungen blieben jedoch bis jetzt in verhältnismäßig engen Grenzen.

Der VDMA. stellt fest, daß sich die Anspannung auf den internationalen Kapital- und Geldmärkten auch im Exportgeschäft immer stärker bemerkbar mache, das bisher für die Beschäftigungsmöglichkeiten der Maschinenindustrie eine ausschlaggebende Rolle spielte. Um die verbleibenden Absatzmöglichkeiten entfalte sich eine immer schärfere Konkurrenz. Zielbewußte Förderung der Ausfuhr durch staatliche Handelsvertrags- und Zollpolitik sei nötig. Entscheidender Wert müsse auf eine verstärkte Mithilfe der Rohstoff- und Halbindustrien sowie der Banken bei dem Kampf der verarbeitenden Industrie um ihren Auslandsabsatz gelegt werden.

Hauszinssteuer und Wohnungsbau.

In Preußen mehr als 50 Proz. Hauszinssteuer für die Bautätigkeit.

Der amtliche Preußische Pressedienst tritt der Behauptung, daß das Aufkommen aus der Hauszinssteuer vom Staate überwiegend für allgemeine Finanzzwecke verwendet werde, entgegen. Nach dem Etat für 1929 betrage in Preußen das Hauszinssteueraufkommen 1100 Millionen Mark. Hiervon stehen für die Neubautätigkeit 587 Millionen, für den allgemeinen Finanzbedarf nur 513 Millionen zur Verfügung. Von den 587 Millionen kommen auf die staatliche Neubautätigkeit 165 Millionen, auf die der Gemeinden 422 Millionen. Hinzu treten die Rückflüsse aus früher verausgabten Hauszinssteuerhypotheken, so daß insgesamt rund 600 Millionen für die Neubautätigkeit bereitgestellt sind. In den Jahren seit 1924 habe sich durch den wachsenden Einsatz der Hauszinssteuer und die Erstarkung des Kapitalmarktes die Neubautätigkeit in Preußen von 55 000 auf 93 000, dann auf 117 000 und auf 164 000 bzw. 186 000 Wohnungen jährlich erhöht, im Jahre 1928 also gegenüber 1924 erheblich mehr als verdreifacht.

AEG. verbaut 50 Millionen.

Die AEG. hat gelegentlich der Börseneinführung ihrer teilweise an die General Electric übergebenen Aktien neue Bilanzziffern für den 30. Juni 1929 veröffentlicht, die für drei Vierteljahre des neuen Geschäftsjahres einen gewissen Einblick gewähren. Der wichtigste Posten ist der der Bankguthaben. Hier haben sich die am 30. September vorigen Jahres vorhandenen Guthaben von rund 38 Millionen Mark in Bankschulden von rund 18 Millionen verwandelt. Die AEG. dürfte also im Laufe der letzten drei Vierteljahre reichlich 50 Millionen Mark in die Anlagen gesteckt haben. Am 1. August 1929 waren 18 705 Beamte und 41 402 Arbeiter beschäftigt. Umsatzziffern werden nicht bekanntgegeben. An dieser Unsitte der AEG. wird also weiter festgehalten. Die stärksten Veränderungen zeigen die Warenbestände, die von 93 auf 107 Millionen, die Grundstücke, die von 22 auf 27 Millionen, und die Gebäude, die von 65 auf 72 Millionen Mark in der Bilanz gestiegen sind. Für das ganze Geschäftsjahr werden nach dem Prospekt wieder anständige Gewinne erwartet, so daß mindestens die Vorjahrsdividende von 8 Proz. verteilt werden wird.

Diskontsenkung in Sicht.

Für New York und London.

Die belgische Nationalbank hat ihren Zinssatz von 5 auf 4½ Proz. herabgesetzt. Bekanntlich wurde der Zinssatz erst am 31. Juli von 4 auf 5 Proz. erhöht. Auch für New York und für London erwartet man neue baldige Diskontermäßigungen.

Rekord, Rekord! Nachdem kürzlich in Deutschland das Dornier-Riesenflugzeug mit 160 Personen aufgestiegen ist, will Amerika Flugzeuge für 600 Personen bauen, nämlich für 500 Passagiere und 104 Mann Besatzung. Das Flugzeug soll mit 12 Motoren zu je 1000 PS. ausgestattet sein, soll New York und London direkt verbinden und 5 Millionen Dollar kosten. Der Auftrag wäre der Ingenieurfirma West-Cott and Napes für eine Firma durchzuführen, die nicht genannt sein will, bei der aber deutsche Ingenieure mitwirken.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Am Sonnabend, dem 23. November, 19½ Uhr, findet im Saal des Reichswirtschaftsrates, Bellevuestraße, wieder ein Vortragsabend der Freien Sozialistischen Hochschule statt. Genossin Toni Pfülf, M. d. R., spricht über die „Reform des Eherechts und die arbeitende Frau". Saalöffnung 19 Uhr. Wir bitten unsere Genossinnen, sich an diesem Vortrag recht zahlreich zu beteiligen. Karten für diese Veranstaltung sind ab 15. November zum Preise von 50 Pf. (einschließlich Garderobe) im Frauensekretariat des Bezirksverbandes, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen, Zimmer 4, zu haben.

Das Frauensekretariat.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Das Kreiswahllokal ist bei Klug, Danziger Straße 71. Die Abteilungen melden ihr Abteilungswahllokal umgehend beim Kreisvorsitzenden, soweit dies noch nicht geschehen ist.
14. Kreis Neukölln. Heute, Donnerstag, 14. November, 18½ Uhr, treffen sich die Parteigenossen in Britz, Chaussee- Ecke Hannemannstraße, zu einer Kundgebung für den Ortsteil Britz-Buckow. — Die Abteilungsleiter können das letzte Wahlmaterial aus dem Parteibureau abholen.

Heute, Donnerstag, 14. November.

7. Abt. Flugblätter abholen ab 19¼ Uhr von Bötzwalde, Schlegelstr. 8.
8. Abt. Ab 17½ Uhr Flugblattverbreitung von Richert, Steinmetzstr. 56a, aus.
14. Abt. Flugblattverbreitung und Materialausgabe bei Eichholz, Cuvrystr. 23.
74. Abt. Charlottenburg. Heute, Donnerstag, Freitag und Sonnabend, Flugblattverbreitung. Erscheinen dringend erforderlich.
88. Abt. Schöneberg. Donnerstag und Freitag ab 18 Uhr Flugblattausgabe bei Görlich, Braunstr. 1.

93. Abt. Neukölln. Platzkonzert auf dem Richardplatz, pünktlich 19 Uhr, ausgeführt von der Sozialistischen Arbeiterjugend. Von dort Werbeumzug zur Siedlung. Aus verkehrstechnischen Gründen ist der Plan geändert. Die Genossinnen und Genossen, auch die der Nachbarabteilungen, werden um recht rege Teilnahme ersucht.

101. Abt. Treptow. Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Alle Genossinnen und Genossen müssen sich daran beteiligen, da nur ein Tag zum Verteilen zur Verfügung steht. Niemand fehle!
114. Abt. Lichtenberg. Donnerstag und Freitag ab 17 Uhr Flugblattverbreitung bei Schwarzer, Gabriel-Max-Str. 17.

Morgen, Freitag, 15. November.

11. Abt. Alle Genossen beteiligen sich an der Wählerkundgebung im Moabiter Gesellschaftshaus.
19. Abt. Die Bezirksführer holen nach Schluß der Versammlung in der Schulaula, Gründthaler Straße, wichtiges Material von Schrepel, Gründthaler Straße 18, ab. Flugblattverbreitung am Sonnabend, dem 16. November, von den Zahlabendlokalen aus.
28. Abt. Ab 19 Uhr wichtige Flugblattverbreitung von den Zahlabendlokalen aus. Jedes Mitglied muß zur Stelle sein.
38. Abt. 20 Uhr bei Barlusch, Friedenstr. 88, Funktionärsitzung.
40. Abt. 18½ Uhr beteiligen sich alle Mitglieder an dem Werbeumzug des Kreises. Treffpunkt Fontanepromenade. Abmarsch 18¾ Uhr mit Musik und Fackeln.
42. Abt. 18¼ Uhr Antreten zum Werbeumzug Fontanepromenade.
43. Abt. 18 Uhr Antreten zum Werbeumzug Fontanepromenade. „Bannerträger" gleich hinter dem Banner.
51. Abt. Charlottenburg. 18 Uhr Werbeumzug ab Friedrich-Karl-Platz.
95. Abt. Tempelhof. 19 Uhr beteiligen sich alle Genossen an dem Werbeumzug in Marienhof. Treffpunkt pünktlich 19 Uhr am Ullsteinhaus. Donnerstag, Freitag und Sonnabend sind alle Flugblätter zu verbreiten.
117. Abt. Lichterberg. 19½ Uhr Extra-Zahlabende bei Siewert, Schillerstr. 3, und bei Pilva, Leopoldstr. 17. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Frauenveranstaltung.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Die Funktionärinnen treffen sich bereits um 18 Uhr in der Aula Steinstr. 40.

Jungsozialisten.

Gruppe Friedrichshain. Der Gruppenabend heute, Donnerstag, fällt aus. Wir beteiligen uns an der Flugblattverbreitung der Partei.

Achtung! Am Dienstag, dem 19. November, 19½ Uhr, beginnt im Andreas-Realgymnasium, Koppenstr. 76, Biologiezimmer, der Kreiskursus, unter Leitung vom Genossen J. P. Mayer.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

30. Abt. Charlottenburg. Unser altbewährter Genosse Wilhelm Schubert ist verstorben. Ehre seinem Andenken. Einäscherung heute, Donnerstag, 14. November, 17 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Donnerstag, 14. November. Weißensee (Ortsverein). 19½ Uhr Antreten Berliner Hof zum Saalschutz bei der SPD. Reinickendorf (Ortsverein). 19½ Uhr Saalschutz bei Müller, Scharnweberstraße. Bernau. 20¼ Uhr Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: „Wahlarbeit". — Freitag, 15. November. Mitte. 19 Uhr Saalschutz im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40—41. Tiergarten. Kameradschaften Arminius und Stephan 19 Uhr Antreten in Bannerkleidung im Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstraße (Hof). Kameradschaft Hansa 19¾ Uhr Antreten Schultheiß-Tukenhofer, Turmstr. 25 (Hof). Kameradschaften Westen I und II Antreten 19 Uhr Nationalhof, Bülowstraße 37 (Hof). Wedding (Ortsverein). Achtung, Tambourkorps! 19¼ Uhr wichtige Zusammenkunft und Uebungsstunde bei Kameraden Czogalk, Utrechtstraße 12. Prenzlauer Berg. 19 Uhr wichtige Jugendleitersitzung bei Burn, Prenzlauer Allee Ecke Jammerstraße. Aufstellung und Wahl des Kreisjugendleiters. Weißensee. 19¼ Uhr Antreten Antonplatz zum Saalschutz bei der SPD. — Sonnabend, 16. November. Mitte. 17 Uhr Antreten mit Spielleuten ohne Fahnen Arkonaplatz. Propagandamarsch mit der SPD. Pflichtveranstaltung. Tiergarten. Moabit Antreten 17½ Uhr Kleiner Tiergarten in Bannerkleidung. Westen siehe SPD.-Nachrichten [illegible]. Jeder Kamerad muß pünktlich in Bannerkleidung zur Stelle sein. Steglitz (Kameradschaft). Antreten 17¾ Uhr Düppelplatz. Kameradschaft Lichterfelde-Lankwitz Antreten 18 Uhr Händelplatz. Grünewald-Johannisthal. 17½ Uhr Platzkonzert mit anschließendem Fackelzug durch Johannisthal. Antreten 17¾ Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz. Lichtenberg (Ortsverein). 17½ Uhr an der Jugendbühne zum Wahlumzug mit der SPD. mit Tambourkorps, Bundeskleidung. Erscheinen Pflicht. Reinickendorf (Ortsverein). 18½ Uhr Antreten auf dem Waisenplatz, Reinickendorf-Ost, zum Ummarsch. Kameradschaft Reinickendorf-Ost. 18¼ Uhr am Waisenplatz. Schillerpromenade, zur Beteiligung am Umzug der SPD. Pflichtveranstaltung. Bernau. 19 Uhr Antreten Vereinslokal zum Fackelzug der SPD. (Bundeskleidung). Rudersdorf. 19½—22 Uhr Kasernendienst in den Friedenanlagen der Berliner Turnerschaft, Brolau, Tunnelstr. 4. — Wedding (Ortsverein). Sonnabend, 16. November, 18¼ Uhr, Antreten sämtlicher Kameraden mit Tambour- und Musikkorps, Vorortbahnhof Gesundbrunnen. — Friedrichshain. Freitag, 15. November, 18¼ Uhr, Antreten mit Musik in Bannerkleidung Bahnhof Karlshorst. — Tempelhof (Ortsverein). Freitag, 15. November, Demonstration in Marienhof. Antreten 19 Uhr am Ullsteinhaus. Sonnabend, 16. November, Demonstration in Tempelhof. Antreten 18¼ Uhr am Ullsteinhaus. — Neukölln-Britz (Ortsverein). Der Kamerad Dolse ist verstorben. Einäscherung Donnerstag, 16 Uhr, auf dem Neuköllner Gemeindefriedhof, Am Mariendorfer Weg. — Jungbanner: Donnerstag, 14. November, 20—22 Uhr, Sportabend, Walter-Rathenau-Schule, Boddinstraße.

Arbeiter-Radio-Bund Deutschland e. V., Ortsgruppe Berlin, Gruppe Friedrichshain. Donnerstag, 14. November, 20 Uhr, Mitgliederversammlung und Bildungsabend im Gruppenlokal Gabiner Str. 10. Der Wichtigkeit wegen muß jedes Mitglied bestimmt erscheinen.

Reichskurzschriftverein Berlin-Moabit. Donnerstag, 20—22 Uhr, Anfänger-, Fortgeschrittenen-, Redeschrift-Lehrgänge, Rathenower Str. 8a. Auskunft bei H. Gaarts, Berlin NW. 21, Wiclefstr. 21.

Interessenverband der durch Autounfälle und andere Verkehrsunfälle Geschädigten E. V. Geschäftsstelle Berlin NW. 40, Rathenower Str. 4 (am alten Kriminalgericht). Sprechstunden und kostenlose Auskunftserteilung täglich von 5 bis 7 Uhr nachmittags.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Wieder stärker bewölkt mit etwas Regen, weiterhin mild. — Für Deutschland: Besonders im Süden und Osten stark bewölkt mit Regenfällen, auch im übrigen Reiche zunehmende Bewölkung, teilweise etwas Regen.

Der Stolz der jungen Mutter ist ein moderner Kinderwagen. In reichhaltigster Auswahl kaufen Sie einen solchen nur im Spezialgeschäft. Gehen Sie zu der altbekannten Firma Wagner, dem Kinderwagenspezialhaus, und Sie werden ohne Mühe und ganz nach Ihren Wünschen kaufen können. Sie finden da auch Metallbetten, Korbmöbel, Kinderbetten, Liegestühle, Puppenwagen, Fußtraller, Selbstfahrer. Sehr sicher und, da die Firma Wagner in allen Stadtteilen Filialen unterhält, sind die Wege nicht so groß; für schnellste Anlieferung der Ware ist Sorge getragen. Darum merken Sie — seit 1873 kauft man gut und billig im Kinderwagenspezialhaus Wagner, Berlin, Andreasstraße 78, am Andreasplatz; Brunnenstr. 95; Turmstr. 67; Potsdamer Str. 92; Neukölln, Bergstr. 133; Spandau, Charlottenstr. 24a, und Niederschöneweide, Brückenstr. 6.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Achtung!

Verwaltungsmitglieder!

Am Freitag, dem 15. November, keine Sitzung der Mittleren Ortsverwaltung.

Die Ortsverwaltung.

Theater, Lichtspiele usw.

Donnerst. 14. 11. **Staats-Oper** Unter d. Linden. A.-V. 249. 20 Uhr. **André Chenier**

Donnerst. 14. 11. **Städt. Oper** Bismarckstr. Turnus IV. 19½ Uhr. **Ein Maskenball**

Staats-Oper Am Pl. d. Republ. 20 Uhr. **2. Sinfonie-Konzert**

Staatl. Schausp. am Gendarmenmarkt. A.-V. 230. 20 Uhr. **Wallensteins Lager Piccolomini**

Staatl. Schiller-Theater, Charlb. 20 Uhr. **Treibjagd**

SCALA Tägl. 2 Vorstell. 5 und 8½ Uhr. Barbarossa 9256. Preise 1–6 M. Wochentags: 5 U. 50 Pf.–3 M. Geraldine u. Joe, Ltté, Power usw.

PLAZA Tägl. 5 u. 8¹⁵ Sonnt. 2, 5 u. 8³⁰ Alex. E. 4. 5066. INTERNAT. VARIETE

GROSSES SCHAUSPIELHAUS 8 Uhr: **3 Musketiere** Regie: ERIK CHARELL. 3 Sonntag nachm. ungek. halbe Pr.

CASINO-THEATER Lothringer Straße 37. Neu! Täglich 8¼ Uhr Neu! **Vertagte Hochzeitsnacht!** und ein erstklassiger bunter Teil. Für unsere Leser: Gutschein für 1—4 Personen Fauteuil nur 1.25 M., Sessel 1.75 M. Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.

ROSE-THEATER Gr. Frankfurter Straße 132. Teleph.: Alexander 3422 u. 3 94. Täglich 8¹⁵ Uhr. (Sonntags 5¼ und 9 Uhr) **Die leichte Isabell**. Jeden Sonnabend 5 Uhr nachm. u. jeden Sonntag 2³⁰ Uhr **Frau Holle**. Großes Ausstattungsmärchen. Jeden Mittwoch 5 Uhr **Das tapfere Schneiderlein**. Das lustigste aller Märchen.

Metropol-Th. 8¼ Uhr. Lehár dirigiert **Das Land des Lächelns**. Vera Schwarz, Richard Tauber

Lustspielhaus Friedrichstr. 236. Bergmann 2922. Täglich 8¼ Uhr **Grand Hotel**. Lustspiel von Paul Frank

Renaissance-Theater 8¼ Uhr. Heute und morgen 131. 132. Aufführung! **Krankheit der Jugend** von Bruckner. Regie: Gust. Hartung. Ab Sonnabend 8¼ Uhr **COEUR-BUBE** Komödie von Jacques Nathanson. Sonnabend 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr **Die heilige Flamme**. Steinplatz C 1. 0001 u. 2583/84.

Reichshallen-Theater Abends 8 Sonntag nachm. 3 **„Bei de Stettiner"** Ulk-Revue v. Meysel. Billettbest. Zentrum 11263. Nachmittags halbe Preise. Dönhoff-Brettl: Das gr. 2e Variete-Progr. Tanz — Falkner-Orchester.

Rennen zu Strausberg Donnerstag, 14. Nov. nachmittags 1 Uhr.

Das Geheimnis des guten Lautsprechers

ist die akustisch richtig konstruierte Membran.

Das Arcophon hat eine FALZMEMBRAN; sie ist das Ergebnis wissenschaftlicher Forschung und gewährleistet durch ihre besondere konstruktive Eigenart eine so naturgetreue Wiedergabe, daß jeder, der das Arcophon einmal gehört hat, sagt:

„Als Lautsprecher nur ARCOPHON"

Es gibt einen Telefunken-Lautsprecher in jeder Preislage:

TELEFUNKEN

ARCOPHON 4Z RM 42.-
ARCOPHON 3 RM 73.-
ARCOPHON 5 RM 98.-

TELEFUNKEN

DIE DEUTSCHE WELTMARKE

Winter Garten 8 Uhr • Zentr. 1815 • Rauchen erlaubt. Jlse Bois, Jrvin Sisters etc.

Direktion Dr. Robert Klein. **Deutsches Künstler-Theat.** Barbarossa 3937. 8¼ Uhr **Seltsames Zwischenspiel** v. Eugene O'Neill. Regie: Heinz Hilpert. Sonntag, 17. Nov. 3.15 Uhr **Die andere Seite** in der Premierenbesetz. Preise 0.50—8 M.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 8 Uhr **Frühlings Erwachen**

Lessing-Theater Norden 10846. Gruppe junger Schauspieler. Täglich 8¼ Uhr **Cyankali**. Sonntag 4 Uhr Märchenvorst. **Hans Urian geht nach Brot**

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr **Treibjagd**

Theater am Schiffbauerdamm 8¼ Uhr **Pennäler**

Theat. d. Westens Tägl. 8¼ Uhr **Marietta** Musik v. Oskar Straus. Käthe Dorsch, Michael Bohnen

Berliner Theater Dönhoff 170. 8¼ U. **Zwei Krawatten** von Georg Kaiser. Musik Spoliansky. Sonntag, 17. November 3³⁰ Uhr **Zwei Krawatten**. Preise 0.50–8.00 M.

Trianon-Th. Merkur 2309. 8¼ Uhr Elisabeth Strickrodt in **„Die Ballerina des Königs"**. So. 4, Sbd. 2½ Uhr **Schneewittchen**

Deutsches Theater D. 1. Norden 12310. 8¼ Uhr **Der Kaiser v. Amerika** von Bernard Shaw. Reg.: Max Reinhardt

Theat. a. Kottb. Tor Kottb. Str. 6. Tägl. 8 Uhr auch Sonnt. nachm. 3 U. **Elite-Sänger** Die Welt geht unter! [illegible]

Kammerspiele D. 1. Norden 12310. 7½ Uhr **Zur gefl. Ansicht** Lustspiel von Frederik Lonsdale. Regie: Gustaf Gründgens. Bühnenbilder: Franz Dworsky.

Planetarium am Zoo [illegible] B. 5 Barbarossa 5578. 16¾ Uhr Herbstabende am Sternenhimmel. 18¼ Uhr Rätsel der Sternenwelt. 20¼ Uhr Bis an die Grenzen der Welt. Eintritt 1 Mark, Kinder 50 Pf. Mittwochs halbe Kassenpreise.

Barnowsky-Bühnen Theater in der Königgrätzer Straße. Täglich 8¼ Uhr **Die erste Mrs. Selby** mit **Fritzi Massary**

Komödienhaus Täglich 8¼ Uhr **Der Hühnerhof** v. Tristan Bernard

Zentral-Theater Alte Jakobstr. 32. Gastspiel d. Th. d. Westens. Täglich 8¼ Uhr. Stg. 4 u. 8¼ Uhr **Friederike** Der Welterfolg von Franz Lehár

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7516. 8¼ Uhr **Vom Teufel geholt** von Knut Hamsun. Regie: Max Reinhardt

Kleines Theat. Merkur 1624. Täglich 8¼ Uhr **Max Adalbert** als **Kante**. Am Flügel Rudolf Nelson

Th. a. Nollendorfplatz Vorvk. 10-2. Kf 2. 01. Täglich 8¼ Uhr. Gastspiel des Deutschen Theaters **Die Fledermaus**. Regie: Max Reinhardt.

Wo speist man gut und billig? Nur Gross-Berlin Alexanderplatz

nach Frank Wedekind • Regie: Richard Oswald

mit: Tony van Eyck, Ita Rina, Carl Balhaus, Rolf van Goth, Fritz Rasp, Paul Henckels

Richard Oswald-Produktion im Hegewald-Film

Uraufführung heute 6³⁰ und 9¹⁵ zur **Eröffnung des Stella-Palast**

(Das größte Varieté-Kino Berlins) Köpenicker Str. 11-14 (Am Schles. Tor)

Musikalische Leitung: Kapellmeister Walter Ulfig

Fahrtverbindungen: U-Bahn, Schles. Tor, Autobus 13 u. 16. Straßenbahn 6, 8, 67, 88, 89, 91, 164, 167.

Am Dienstag, dem 12. November, morgens ½ Uhr, verschied nach langem Leiden mein geliebter Mann und Vater

Otto Röhl

im 58. Lebensjahre. In tiefer Trauer

Emma Röhl, geb. Furcht
Max, Pflegesohn

Berlin-Mahlsdorf-S., Bülowstr. 46

Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 16. November, vorm. 11½ Uhr, im Krematorium Berlin-Baumschulenweg, Kiefholzstr. 221, statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Schwester, Frau

Selma Kirschstein

nach kurzem schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 15. November, 16½ Uhr, im Krematorium Gerichtstr. 37 statt.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands
Ortsverwaltung Berlin

Todesanzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Kartonagenarbeiterin

Marie Bugge

wohnhaft Meinerstr. 2, verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 15. November, 1 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung

Buck / Erzählung von Jack London

(Schluß.)

Aus einer Flanke stand der Schaft eines Pfeiles hervor, der bunte Federn trug, wie die Indianer sie zu gebrauchen pflegen. Von dem Instinkt aus uralten Jagdtagen geleitet, versuchte Buck nun zunächst, den Elch von den übrigen abzuschneiden. Das war kein leichtes Werk. Er bellte und sprang vor ihm her, stets nahebei, doch immer gerade noch außerhalb des Bereiches der schweren Schaufeln und der mächtigen Hufe, von denen ein Tritt genügt hätte, ihn zu zermalmen. Es war dem Elch nicht möglich, voranzukommen, und seine Wut steigerte sich immer mehr. In solchen Augenblicken ging er zum Angriff über, doch Buck wich jedesmal aus und griff ihn dann von der Seite an. Oftmals, wenn er den Elch von den übrigen getrennt zu haben glaubte, kamen drei oder vier der jüngeren Stücke zurück und machten sich mit Buck zu schaffen, bis der alte Schaufler wieder bei dem Sprung angelangt war.

Der Tag ging bald zu Ende, und die Sonne sank im Nordwesten. Die Dunkelheit kam schon früh, und die Nächte begannen lang zu werden. Die jungen Elche mußten dem alten immer häufiger zu Hilfe kommen, und der Weg, den sie an diesem Tage zurückgelegt hatten, war kurz. Und doch mußten sie, ehe der Winter hereinbrach, noch weit wandern, aber es schien ihnen, als ob der lästige Quälgeist sie so bald nicht freigeben würde. Und all sein Tun galt immer nur dem einen von ihnen. Nur dieser, nicht der ganze Sprung war in Gefahr. Nur sein Leben wurde gefordert, und es galt doch nicht so viel, als das von all den anderen.

Als die Schatten der Bäume lang und schräg fielen, stand der alte Elch allein und sah dem abziehenden Sprunge nach. Da gingen sie hin, die Tiere, die er so lange geführt hatte, die er beschützte und beherrscht hatte. Er sah ihnen nach, bis daß sie im dämmrigen Licht verschwanden. Er konnte ihnen nicht folgen, denn vor ihm her hüpfte und bellte der erbarmungslose Feind, der es ihm verbot, und doch so klein war, daß einer seiner Hufe ihn hätte zertreten können. Er hatte ein langes, langes Leben hinter sich, ein Leben voll mutiger Kämpfe; und dies sollte nun sein Ende sein: der Tod von den Zähnen eines Geschöpfes, das ihm kaum bis an die Knie reichte.

Der schwere Kopf unter den großen Schaufeln sank immer tiefer zur Erde, der Gang wurde von Stunde zu Stunde unsicherer. Der Elch verhoffte jetzt oft und lange, die Muffel berührte fast das weiche Moos, die Lauscher hingen schlaff nach vor, und Buck fand Zeit genug, für sich selbst Nahrung zu suchen.

Endlich am Abend des vierten Tages zog er den alten Schaufler nieder. Einen Tag und eine Nacht schenkte er sich Ruhe und fraß sich satt. Dann trat er erfrischt den Rückweg an. Im kurzen, gleichmäßigen Trab ging es voran, immer geradeaus, ohne Zeitverlust; ohne auch nur eine unnötige Schleife zu machen, lief er gerade auf das Lager zu; keine Magnetnadel hätte genauer die Richtung zeigen können.

Und immer sicherer wurde er, daß etwas im Lande geschehen sei, von dem er nichts wußte. Er hörte die Vögel davon reden, die Eichhörnchen darüber schelten, und der Wind flüsterte geheimnisvoll davon. Dann und wann blieb er stehen, sog die frische Morgenluft in langen Zügen ein, aber mit ihr auch etwas, das ihn zu einem eiligeren Laufe antrieb. Erst als er in das Tal einbog, wo das Zelt stand, gebrauchte er Vorsicht.

Er kam auf eine Fährte, und diese Fährte führte geradeaus in das Lager, wo John Thornten war. Die Rückenhaare sträubten sich, seine Augen glühten, jeder Nerv an ihm bebte. Er wußte jetzt alles, nur das Ende noch nicht. Seine Nase hatte es ihm gesagt, in wessen Fußspuren er trat. Er empfand eine Stille des Waldes, die er nie empfunden; alles Vogelleben war tot; kein Eichhörnchen rührte sich. Nur eins sah er, ein kleines graues Kerlchen, das sich dicht an einen rauhen, grauen Stamm drückte.

Wie ein Schatten glitt Buck dahin, aber plötzlich war es ihm, als würde er mit eisernem Griff zur Seite gezogen. Er folgte der Weisung seiner Nase und fand im Dickicht Moor. Da lag sein Heer — lang ausgestreckt, tot, von Pfeilen durchbohrt, deren befiederte Enden aus seinem Körper herausahen.

Hundert Schritt weiter stieß Buck auf einen der neuen Schlittenhunde, die Thornten in Dawson gekauft hatte. Er lag im letzten Todeskampf. Vom Lagerplatz kam das Geräusch vieler Stimmen und ein einiöniger Singsang. Etwas leichter fand er Hans auf dem Gesicht liegend, mit Pfeilen bedeckt, wie ein Stachelschwein mit Stacheln. Im selben Augenblick konnte er den Platz vor dem Zelt übersehen, und vor seinen Augen glühte es blutigrot. Es war die Welle der Wut, die ihn überlief. Er wußte es selbst nicht, daß er es war, der das Geheul ausstieß, das jetzt die Luft erschütterte. Es war das letztemal in seinem Leben, daß die Leidenschaft bei ihm Herr wurde über den Verstand: die Liebe zu John Thornten ließ ihn den Kopf verlieren.

Es waren Neehats-Indianer, die dort auf dem freien Platze vor dem Zelte ihre Tänze aufführten und dazu sangen. Plötzlich hörten sie ein furchtbares Geheul und sahen ein Tier, wie sie noch keines gesehen hatten. Es war Buck, der sich zwischen sie stürzte. Er sprang auf den ersten zu, es war gerade der Häuptling, warf ihn zu Boden und riß ihm die Gurgel auf, daß das Blut weit umherspritzte. In der nächsten Minute hatte er es mit den zweiten geradeso gemacht, und auch über den dritten fiel er schon her. Er quälte seine Opfer nicht; dazu ließ er sich nicht Zeit. Von rechts nach links, nach hinten, nach vorne sprang er, zerriß und zermalmte, was ihm in den Weg kam. So schnell ging alles, und so eng hatten die Indianer zusammengesessen, daß sie nicht einmal ihre Pfeile gebrauchen konnten. Ein junger Krieger, der mit dem Speer nach Buck warf, traf einen anderen Indianer mit solcher Wucht durch die Brust, daß das Speerende zum Rücken wieder herauskam. Eine Panik entstand, und Todesgeschrei durchgellte die Luft. Alle flohen in den Wald, als ob der böse Geist hinter ihnen her wäre.

Und wie der leibhaftige Satan gebärdete sich Buck in seiner Wut. Es war ein Schicksalstag für die Neehats. Weit über das Land wurden sie zerstreut, und erst eine Woche später sammelten sie sich in einem entlegenen Tale: es waren ihrer aber nicht mehr viele. Als Buck von ihrer Verfolgung zurückkam, fand er zunächst Peter, der schon auf seinem Lager im Schlafe erschlagen war.

Die Nacht kam, und der Vollmond stand still am Himmel über den dunklen Bäumen. Buck lag traurig am Ufer des Sees. Da tönte ein Laut zu ihm herüber, den er kannte. Er klang so nah und klang doch so fern. Es war der Ton den seine Erinnerung ihn bewahrt hatte. John Thornten war tot; jetzt wollte er dem Rufe folgen, denn das letzte Band war zerrissen, das ihn an die Menschheit knüpfte.

Auf ihren Jagdzügen waren die Wölfe durch das Land der Ströme und Seen bis hier in das Tal gezogen. Im Mondschein kamen sie daher wie ein Silberstreifen, und Buck stand hochaufgerichtet, sie zu erwarten. Sie standen starr vor Schrecken, als sie ihn plötzlich sahen, und es dauerte lange, bis der kühnste unter ihnen zum Angriff vorsprang. Buck faßte ihn gut und brach ihm das Genick. Dann stand er wieder da, regungslos und still. Drei andere versuchten ihr Heil und zogen sich blutüberströmt zurück.

Plötzlich fielen alle zusammen über ihn her, und nur eine fabelhafte Gewandtnis konnte ihn retten. Er schnappte nach rechts und nach links, war hier und dort zu gleicher Zeit, allerwärts und nirgends. Er mußte sich vorsehen, daß er sich den Rücken freihielt. Langsam ging er rückwärts bis an die Bucht am See. Dort hatten die Goldsucher beim Goldwaschen einen Haufen Sand und Steinchen aufgeworfen. Sich rückwärts schiebend, drängte er sich hinein, so daß er von drei Seiten geschützt war und sich nur nach vorne zu verteidigen brauchte.

Da trat ein alter, mit Narben bedeckter Wolf herzu, der anscheinend freundlich gesinnt war. Buck aber fletschte die Zähne und knurrte grimmig. Da setzte sich der Wolf, richtete die Nase empor zum Mond und stieß ein jämmerliches Geheul aus. Buck horchte auf. Das war der Ruf, jetzt erkannte er ihn genau, und eine unbestimmte Macht zwang ihn hervorzukommen, sich neben den Alten zu setzen und einzustimmen. Dann kam einer nach dem anderen heran, beschnupperte ihn und schloß sich dem Geheul an. Plötzlich aber sprang der alte Wolf auf und lief dem Walde zu, die anderen Wölfe folgten. An der Seite des wilden Bruders stürmte auch Buck laut bellend davon.

Es dauerte nicht lange, bis die Neehats bemerkten, daß die Wölfe ihr Aussehen änderten. Einige hatten tiefbraune Flecken am Kopfe und ein weißes Mal vor der Brust. Und immer, wenn sie die Wölfe sahen, bemerkten sie an der Spitze des Rudels einen ungeheuer großen Wolf. Sie nannten ihn den Geisterwolf und fürchteten ihn mehr als alle anderen. Sie wußten wohl, daß er es war, der ihr Lager bestahl und ihre Fallen beraubte, aber er tat es mit solcher Schlauheit, daß sie ihm nichts anhaben konnten. Sie gaben es auch auf, sich gegen ihn zu wehren, denn er zerriß alle ihre Hunde und fürchtete selbst ihre tapfersten Krieger nicht. Es waren viele, die sie schon mit aufgerissenen Halse gefunden hatten, und stets waren Spuren in der Nähe, die größer waren, als die eines gewöhnlichen Wolfes.

Jedes Jahr, bei Beginn des Winters, wenn die Elche in die wärmeren Gegenden ziehen, und die Neehats ihnen folgen, dann vermeiden sie ein gewisses Tal. Viele Frauen verhüllen ihr Gesicht, wenn am Lagerfeuer davon gesprochen wird, was einstmals geschehen ist, als der böse Geist dort zum ersten Male gesehen wurde.

Dieses stille Tal aber hat einen Bewohner, und das ist ein großer Wolf mit seidenglänzendem, prächtigem Fell. Dort, wo aus verrotteten Säcken von Elchhaut ein glänzender gelber Strom zwischen den langen Grashalmen fließt, liegt er oft stundenlang und starrt still vor sich hin; manchmal geht er auch hinunter und sieht in das dunkle Wasser des stillen Sees, und ein Geheul, schrill und jämmerlich, erfüllt die Luft.

Er ist nicht immer hier. Wenn die Wölfe vor den langen Winternächten des Nordens fliehen und ihren Beutetieren zum Süden folgen, dann läuft Buck in langen Sätzen an der Spitze des Rudels und stimmt beim bleichen Scheine der Mitternachtssonne mit ein in den uralten Sang der Wölfe.

G. Strahl: Eva im Pflanzenreich

In unserem Bürgerlichen Gesetzbuch haben wir noch das Wort „Verführer", obwohl die Gelehrten längst darüber einig sind, daß dieser bei Schaffung des Gesetzes zugrunde gelegte Begriff den Tatsachen nicht entspricht, sondern nur reinen Zweckmäßigkeitsgründen Rechnung trägt; die Erhaltung des Individuums und die Erhaltung der Art sind nun einmal die weltbewegenden Faktoren, und in bezug auf das letztere ist das männliche und das weibliche Geschlecht gleich interessiert und infolgedessen auch gleich stark von der Natur dazu getrieben, und daraufhin ist von Wissenden der Satz geprägt worden, daß noch kein Weib verführt worden ist, das nicht hat verführt werden wollen. Sehen wir einmal von den durch jeweilige gesellschaftliche Rücksichten bei den Menschen bedingten Anschauungen ganz ab und halten uns an die nur dem Naturtrieb folgende Tierwelt, so kommen wir zu anderen Anschauungen, dann kann uns die Geschichte vom Sündenfall im Paradies beinahe richtig erscheinen und wir können die scharfsinnige Beobachtungsgabe der Erfinder der biblischen Geschichte nur bewundern, wenn dort die Eva als Verführer hingestellt wird. Wenn Montegazza in seiner „Physiologie der Liebe" das Gebaren des Sperlingsweibchens schildert, wenn Neumann im „Liebesleben der Tiere" die Steigerung des Liebestaumels des Männchens durch das Weibchen an drastischen Beispielen vor Augen führt, so sind wir damit noch nicht auf dem Gipfel der Verführungskunst angelangt, denn man kann sogar behaupten, daß selbst im Pflanzenreich dieses Prinzip nachweisbar ist. Unzählige Mittel wendet die Blüte an, um die Ueberbringer des männlichen Staubes anzulocken, um befruchtet zu werden zwecks Hervorbringung der Samen für neue Generationen.

In dem Werkchen „Liebesleben der Pflanzen" bringt uns Heinz Welten unzählige Beispiele von geradezu verblüffender Eigenart, die uns das Leben der Pflanzen in einem ganz anderen Lichte zeigen, als man es sonst zu sehen gewöhnt ist. Die Pflanze erscheint nicht mehr als das sinn- und gefühllos wachsende Erzeugnis der Natur, sie atmet eine „Seele", die uns allerdings heute noch zum größten Teile unverständlich ist. Aber kommen wir zur Eva zurück! Der Entwicklungsgang eines Farnkrautes zeigt uns Bilder, die zu denken geben.

Wie bekannt, bilden die Farnkräuter, welche wir nach dem Linnéschen System zu den blütenlosen Pflanzen (Cryptogamen) zählen und die nicht die Urformen der Pflanzenwelt waren, deren verschüttete Ueberreste wir heute aus den Steinkohlenlagern wieder an das Tageslicht fördern, ungeschlechtlich Sporen aus, welche wie Samen zu keimen und zu wachsen imstande sind, aber niemals ohne weiteres ein Farnkraut würden hervorgehen lassen. Die vegetativ, d. h. ungeschlechtlich entstandenen Pflänzchen sind nur kleine, flächenförmig ausgebreitete Körper, welche wir als Farne bezeichnen würden, wenn wir ihren Lebenslauf nicht studiert hätten. Sie heißen „Prothallien", und bilden kleine herzförmige Lappen, die flach aufliegend mit ihren haarfeinen Wurzeln in die Erde eindringen. An der Unterseite dieser Lappen bilden sich kleine Warzen, welche den männlichen Samen (Spermatozoiden) enthalten, und kleine, flaschenförmige Vertiefungen, auf deren Grund die weibliche Eizelle ruht. Zur Zeit der Reife der männlichen Samenträger platzen diese und entsenden die enthaltenen Spermatozoiden in etwa unter den herzförmigen Lappen vorhandene Wassertropfen. Hier tritt aber ein grundlegender Unterschied zwischen diesen und den aus Blütenpflanzen stammenden, gleichwertigen Pollenkörnern zutage. Die letzteren sind immer, ob Windblütler oder Insektenblütler, vom blinden Zufall abhängig, ob sie auf eine weibliche Narbe kommen oder nicht, während die Farnspermatozoiden, die im Wasser wie kleine Tierchen frei beweglich und gleichsam planmäßig die weibliche Eizelle zu suchen imstande sind. Diese, die nun ebenfalls geschlechtsreif ist, sitzt nun am Grunde ihres Fläschchens und schmachtet nach dem Adam: komm in meine Liebeslaube! Und damit er den Weg zu ihr findet, schmiert sie einen von ihm als ganz besondere Delikatesse von ihm geschätzten, mit Apfelsäure vermischten Schleim an den Flaschenhals, den Eingang zum Brautgemach! Und siehe da, er schlüpft hinein zur Hochzeit. Aus der Vereinigung dieser beiden Geschlechtszellen resultiert dann das Embryo, aus welchem das wirkliche Farnkraut entsprießt. Es klingt nun fast wie ein Treppenwitz, wenn diese Eva ihrer Vorgängerin im Paradiese, welche den Adam mit einem Apfel verführte, für den gleichen Zweck Apfelsäure verwendet, und es ist noch sonderbarer, wie die Verfasser der biblischen Geschichte, welche jedenfalls von der Chemie noch keine Ahnung hatten, zu dieser Uebereinstimmung gekommen sind.

Aber auch bei Blütenpflanzen weiß die Eva den Adam zur Befruchtung zu locken. Das auf die Narbe geratene Pollenkörnchen findet dort nämlich zuerst einen zuckerhaltigen Schleim, in welchem es zu wachsen anfängt, wie ein Samenkorn in der Erde, es treibt einen Pollenschlauch, dessen Endziel die weibliche Eizelle ist. Die Samenanlage vieler Pflanzen scheiden nun Rohrzucker ab und die Pollenschläuche werden von der Narbe zur Eizelle sicher geleitet, indem sie der steigenden Zuckerkonzentration entgegenwachsen. Die Eva lockt also den Adam hier mit Zucker!

G. Krahl.

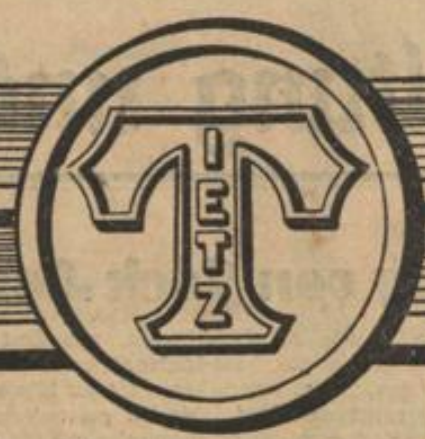
Auf der „Schmerzensstraße" Asiens

Im Herzen Asiens, quer über die höchsten Gebirge, schlägt die Karakorumstraße die Brücke zwischen Indien und dem Inneren des Erdteils. Nur wenige Monate im Jahr ist diese höchste Handelsstraße unserer Erde gangbar, und selbst im Hochsommer noch peitschen eisige Stürme die Hochebenen, sinkt das Thermometer oft unter den Gefrierpunkt. Beständig herrscht Aufruhr in der Luft; kalte Winde stoßen von den 8000 Meter hohen Eisgipfeln des Karakorum herniederund jagen die Wolken wie gespenstische Schatten über das Land. Der deutsche Forschungsreisende Dr. Emil Trinkler, der 1½ Jahre lang die Hochgebirge und Wüsten Innerasiens bereist hat, nennt daher in seinem soeben bei F. A. Brockhaus in Leipzig erschienenen Reisebericht der Deutschen Zentralasienexpedition „Im Land der Stürme" diesen Weg die „Schmerzensstraße" Asiens.

„Wie manches Menschen- und Tierleben hast du schon gefordert!" redet er sie an. „Unzählig sind die gebleichten Skelette, die deinen Verlauf anzeigen. Zehn Tage lang nichts als Schutt und kahle Felsen, reißende Ströme und blaue Gletscher! Jämmerlich abgemagert fanden die Karawanentiere nach Ueberquerung dieser Hochgebirgsgürtel in Sabakh oder Chinesisch-Turkestan. Fünf Pässe von mehr als 5300 Meter Höhe sind zu überwinden, von denen der berühmte Karakorumpaß etwa 5600 Meter mißt. Grausam hartes Land, das dem Wanderer so manchen Fluch und Seufzer entlockt! Und doch, wie unfaßbar, wie gewaltig und hehr sind deine landschaftlichen Reize! Wo finden wir ein zweites Gebiet auf unserer Erde, das solch märchenhafte Bilder zeigt wie die über 5200 Meter hoch gelegene Daplangebene mit ihrem Kranz 7000 bis 8000 Meter messender Eis- und Schneegipfel, um deren Kristallspitzen die weißen Federwolken jagen? Und welcher Zauber liegt in deinen gähnenden Schluchten, in deinen schwarzen Klammen, in denen die eisigen blaugrünen Schmelzwässer sich über riesige Blöcke stürzen und den Wanderer zwingen, auf schmalem Saumpfad am steilen Felshang seinen Weg zu suchen! Schmerzensstraße Asiens, welche Strapazen und Mühen kostet es, auf dir entlang zu ziehen, und doch — trotz allem — kehren die Gedanken immer wieder in deine majestätische Welt zurück."

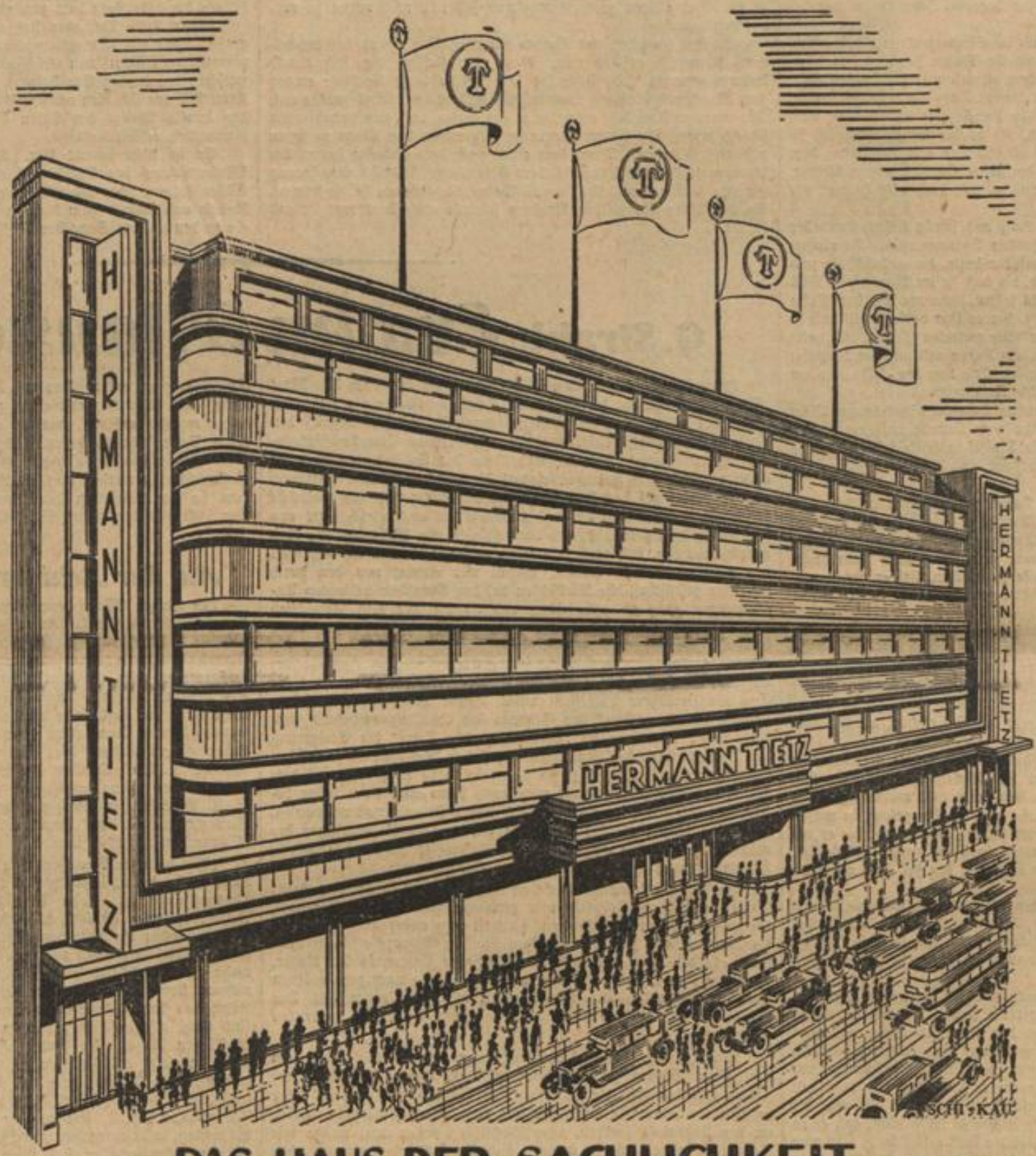
Hagel- und Schneestürme von furchtbarer Gewalt geleiten die Wanderer auf ihrem Weg. Wenn es dann klar wurde, brannte und stach die Sonne, verbrannte die Haut und bedeckte die Lippen mit dicken Brandblasen, die bei der geringsten Gelegenheit bluten. „Der Weg war durch unzählige Skelette markiert", schreibt der Verfasser. „Wäre er sonst nicht kenntbar gewesen, so brauchte man nur den Tierskeletten zu folgen, denn man sieht immer schon das nächste liegen." Nach einem heftigen Schneesturm war am 1. August 1921 das Wetter wider Erwarten schön. „Zwar waren die hohen Gipfel noch teilweise in Wolken gehüllt, aber die Schneedecke war bald geschmolzen. Der Weg nach dem Karakorumpaß, dem höchsten Passe unserer Erde, führt langsam in einem von vielen Bächen durchrieselten Tal bergaufwärts. An den höheren Hangparteien der Berge hatte sich der Schnee noch in vielen Punkten und Streifen erhalten. Auch in diesen gewaltigen Höhen konnte ich noch die Spuren ehemaliger Vereisung erkennen. Vor uns zur Linken ragte ein prächtiger, mit großer Eiskappe bedeckter Gipfel auf, der eine Höhe von etwa 6100 Meter hat. Endlos zog sich der Weg hin, bis wir gegen ½2 Uhr die Paßeinsenkung vor uns sahen. Häufig passierten wir Warendepots. Sowie Schiffe in Seenot einen Teil ihrer Ladung als Ballast über Bord werfen, kommen auch manchmal Karawanen in diese Notlage, wenn zuviel Tragtiere zusammenbrechen."

Nach der Ueberwindung des 5574 Meter hohen Karakorumpasses ging es empor auf das höchste Plateau der Erde, um das herum sich Schneegipfel bis zu einer Höhe von über 7000 Meter emportürmen. Auch hier zeigten unzählige Skelette die Opfer an, die die Schmerzensstraße gefordert.



UNSER HAUS

CHAUSSEESTRASSE



– DAS HAUS DER SACHLICHKEIT
IM NORDEN BERLINS –

WIRD MONTAG, DEN 18. NOVEMBER, VORM. 10 UHR
WIEDERERÖFFNET

HERMANN TIETZ

DAS WARENHAUS BERLINS IN ALLEN STADTTEILEN